

Preußische Allgemeine



Nr. 48 · 27. November 2020

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 €



Vom Wege gekommen

Die E-Mobilität sollte der Automobilindustrie neuen Antrieb verleihen. In der Praxis erweist sie sich bislang als Bremsklotz für den Wirtschaftsstandort Deutschland Seite 2



Im Gespräch Thüringens frühere Ministerpräsidentin Lieberknecht Seite 3



Geschichte Vor 75 Jahren wurde die „CARE“-Initiative gegründet Seite 11

KOMMENTAR

Hände weg von Weihnachten

Irgendwann ist es genug! Auch wenn bei Redaktionsschluss dieser PAZ-Ausgabe die Ergebnisse der jüngsten Beratungen zwischen Bundesregierung und Bundesländern über den Fortgang der Corona-Maßnahmen noch nicht feststanden, so zeichnete sich bereits vorab ab, dass der gegenwärtige Teil-Lockdown nicht nur nicht aufgehoben, sondern sogar verschärft werden dürfte.

Geradezu empörend ist dabei die Meldung, dass sich die Länder bereits im Vorfeld der Beratungen darauf geeinigt hätten, dass an den Feiertagen bis zu zehn Personen miteinander feiern dürfen. Man fragt sich unweigerlich, welches Amtsverständnis hinter solch einer Einigung steht. Woher nehmen Politiker, die bis heute kein nachvollziehbares Regelwerk zur Bekämpfung der Pandemie erarbeitet haben, das Recht, darüber zu entscheiden, wie die Bürger Weihnachten feiern „dürfen“?

Zur Erinnerung: Weihnachten ist nicht nur das Fest der Familie schlechthin, sondern – zusammen mit Ostern – ein Kernbestandteil unserer „christlich-abendländischen Kultur“, zu der sich Politiker aller Parteien an anderer Stelle gern bekennen. Dieses Fest ist – auch daran seien die führenden Repräsentanten unserer rund siebzig Jahre alten Republik erinnert – rund zweitausend Jahre alt.

Friedrich Merz, Kandidat für den künftigen Parteivorsitz der CDU, hat vor wenigen Tagen gesagt, dass es den Staat schlicht nichts angehe, wie die Bürger Weihnachten feiern. Dem ist nichts hinzuzufügen. *neh*

GRÜNE

Mit bürgerlicher Rhetorik nach links gerückt

Trotz einer gelungenen Inszenierung zeigen die Grünen in ihrem neuen Grundsatzprogramm, dass sie im Kern noch immer keine Partei der Mitte sind

VON RENÉ NEHRING

Jede Zeit hat ihre Farbe.“ Unter diesem Motto hielten Bündnis 90/Die Grünen am vergangenen Wochenende ihren Bundesparteitag ab, um ein neues Grundsatzprogramm zu beschließen. Wobei klar war, dass mit der richtigen Farbe für unsere Zeit die grüne gemeint war. Auch sonst gaben sich die Spitzen der einstigen Anti-Parteien-Partei selbstbewusst und alles andere als bescheiden: „Machen wir 2021 zum Beginn einer neuen Epoche“, rief etwa die Parteivorsitzende Annalena Baerbock gleich zu Beginn aus. Und ihr Co-Vorsitzender Robert Habeck erklärte, dass ein Wort wie „Macht“ für die Grünen künftig kein „Igit-Begriff“ mehr sein dürfe.

Nicht nur wegen dieser Töne lohnt ein kritischer Blick auf die Inszenierung des vergangenen Wochenendes und vor allem auf die Inhalte des neuen Grundsatzprogramms. Denn zum einen ist nach den aktuellen Umfragen ein Bündnis aus CDU und Grünen die einzige Regierungsoption jenseits der jetzigen schwarz-roten Koalition. Zum anderen bestimmen die Grünen aufgrund ihrer Beteiligung an elf Landesregierungen schon heute die Geschehnisse des Landes gehörig mit. Und nicht zuletzt haben sie in den vergangenen Jahren gezeigt, dass sie mit ihrer Programmatik (siehe Atom-Ausstieg und Energiewende, Abschaffung der Wehr-

pflucht, Migrationspolitik und Wandel des Familienbildes) die eigentlichen Stichwortgeber der Ära Merkel sind.

Das Problem für die Grünen als Partei ist jedoch bislang, dass ihnen seit dem Ende der Ära Schröder-Fischer der Zugang zur Macht im Bund verwehrt ist. Mögen Baerbock, Habeck & Co. auch die Könige der Talkshows sein – die Entscheidungen fallen andere. Dies vor allem soll sich mit dem neuen Grundsatzprogramm ändern. Schon im Vorfeld und erst recht während des Parteitags formulierte die Parteispitze um das medial omnipräsente Führungsduo deshalb nicht nur ihren Machtanspruch, sondern sie inszenierte sich als Partei einer modernen Bürgerlichkeit, einschließlich einer gediegenen Wohnzimmerkulisse im Hintergrund. Beziehungsweise: Sie versuchte es.

Denn sowohl der Parteitagungsverlauf als auch das beschlossene Grundsatzprogramm lassen Zweifel aufkommen, ob die Grünen tatsächlich in die Mitte gerückt sind. So kassierte die Parteiführung bei der Abstimmung über die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen eine Niederlage. Und in der Frage, ob die Betreuung in Kindergärten und Schulen kostenfrei sein soll, stimmten die Delegierten für die Gebührenfreiheit – und damit gegen die Parteiführung.

Nicht ohne Grund kommen denn auch wohlmeinende Medien wie „Die Zeit“ oder die „taz“ in ihren Kommentaren zu

Erkenntnissen wie: „Wer allerdings glaubt, die Partei sei nicht mehr links, irrt“ oder: „Unter Baerbock und Habeck sind die Grünen sozial- und wirtschaftspolitisch nach links gerückt.“ Spätestens hier sollten diejenigen Parteien, die traditionell für sich das Etikett der Bürgerlichkeit in Anspruch nehmen, ins Stutzen kommen und sich fragen, ob die Grünen für künftige Koalitionen der richtige Partner sind.

Das Urproblem der Grünen bleibt auch mit ihrem neuen Grundsatzprogramm, dass ihre Anliegen vor allem eines sind – kostspielig. Seit den Tagen des Beschlusses, dass ein Liter Benzin fünf Mark kosten solle, gilt, dass man sich grüne Politik leisten können muss. Öko-Strom, Bio- und Fair-Trade-Produkte sowie Elektro-Autos zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass sie teurer sind als herkömmliche Vergleichsartikel. Und so wird der grüne Umbau der Gesellschaft fast immer mit den Erträgen derjenigen Wirtschaftsformen gezahlt, die man eigentlich überwinden will.

Doch was, wenn wir uns diese Politik schon bald nicht mehr leisten können? Niemand weiß, wo die Volkswirtschaft und die öffentlichen Haushalte stehen werden, wenn die Corona-Pandemie vorbei ist. Was ist, wenn die Farbe der Zeit nicht grün ist, sondern grau – das Grau einer bleiernen Zeit der Unsicherheit? Für diesen Fall haben die Grünen, Stand heute, nichts zu bieten.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Für Deutschlands Bauern erweist sich 2020 als ein rabenschwarzes Jahr Seite 5

Kultur

Sachsen feiert in einer großen Landesausstellung 500 Jahre Industriekultur Seite 9

Das Ostpreußenblatt

In Königsberg kommt die Bastion Sternwarte unter den Hammer Seite 13

Lebensstil

Wie die Schweden auch im Corona-Advent besondere Zeichen setzen Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

E-Mobilität Um das E-Auto wettbewerbsfähiger zu machen, wollen Brüssel und Berlin den Verbrennungsmotor verbieten oder künstlich verteuern. Hauptleidtragender könnte der Wirtschaftsstandort Deutschland werden

„Weltfremde Beschlüsse“

Wie die Energiewende deutsche Automobilhersteller und -zulieferer ins Ausland treibt

VON NORMAN HANERT

Über Jahrzehnte war die Automobilindustrie ein Zuggpferd für die gesamte deutsche Wirtschaft. Inzwischen geht es bei sogenannten Autogipfeln im Kanzleramt regelmäßig um staatliche Milliardenhilfen für die Autobauer und die Zulieferindustrie. Auf dem mittlerweile vierten Autogipfel hat die Bundesregierung diesen Monat nochmals Hilfe im Umfang von drei Milliarden Euro zugesagt. Allein für eine Lkw-Abwrackprämie, die den Verkauf neuerer Modelle ankurbeln soll, stellt der Bund eine Milliarde Euro zur Verfügung.

Überschattet wurde der vierte Autogipfel von Plänen der EU-Kommission für die neue Abgasnorm Euro 7. Die Brüsseler Pläne sehen vor, die Abgasgrenzwerte 2025 noch einmal drastisch zu verschärfen. Im Gegenzug scheint die EU-Kommission die Umweltbilanz von Elektroautos massiv schönrechnen zu wollen.

Die Bewertungen der neuen Abgasnorm gehen weit auseinander. Während einige Experten wie Ferdinand Dudenhöffer in der Umsetzung der Vorgaben technisch kein Problem sehen, warnt der CDU-Wirtschaftsrat vor „weltfremden Beschlüssen“ und der „Zerstörung der europäischen Automobilhersteller und ihrer vielen mittelständischen Zulieferer“.

Vorreiter Daimler und Bosch

Erste Anzeichen, dass sich Autobauer von Deutschland als Forschungs- und Produktionsort zunehmend verabschieden, sind bereits erkennbar. Daimler gab bekannt, zusammen mit seinem Großaktionär Geely hochmoderne Benzinmotoren in China entwickeln zu wollen (siehe Meldung auf Seite 7). In einer Mitteilung ließ der Stuttgarter Autobauer wissen: „Um die globalen Märkte zu bedienen, wird der Export des Motors aus China in Betracht gezogen.“ Bosch entwickelt zusammen mit dem chinesischen Motorenhersteller Weichai neue Dieselmotoren für Lastkraftwagen. Auch in diesem Falle wird technologisches Wissen von Deutschland nach China verlagert. „Um die Effizienzverbesserung zu erreichen, hat Bosch nach eigenen Angaben vor allem sein Know-How aus dem Bereich des Com-



Soll trotz schwerwiegender Nachteile im europäischen Markt durchgesetzt werden, koste es, was es wolle: Das Elektroauto

mon-Rail-Einspritzsystems eingebracht“, so die „Automobilwoche“. Die Führung in Peking setzt nicht allein auf die E-Mobilität, sondern gibt sich wesentlich technologieoffener als die EU-Kommission mit ihrem „European Green Deal“.

Das Reich der Mitte ist nicht der einzige Akteur, der hoffen kann, von der Fixierung der deutschen Politik auf E-Mobilität zu profitieren. Mit den E-Autos werden die Karten auf dem globalen Automobilmarkt weltweit neu gemischt. Da

die E-Autos im Vergleich zu Benzin- und Dieselfahrzeugen relativ simpel konstruiert sind, wittern nun auch Länder eine Chance, die im Bau herkömmlicher Autos technologisch hinter führenden Autobauationen wie Deutschland und Japan hinterherhinken. Neben der Türkei und Polen hat beispielweise zuletzt auch Russland einen Prototyp eines eigenen E-Autos vorgestellt.

Die zwei Seiten des Hypes um E-Autos lassen sich insbesondere in Kalifornien beobachten. Der bevölkerungsreichste Bundesstaat der USA erlaubt ab dem Jahr 2035 nur noch emissionsfreie Neuwagen. Kaliforniens Regierung beruft sich beim Verbot auf den „Klimaschutz“ und die schlechte Luftqualität in Metropolen wie Los Angeles. Gleichzeitig ist in Kalifornien aber auch die Hauptzentrale von Tesla, dem Vorreiter des E-Autobaus, beheimatet. Das Verbot herkömmlicher Autos mit Verbrennungsmotor kann vor diesem Hintergrund faktisch auch als wirtschaftliche Standortpolitik verstanden werden.

Kurzporträts



VDA-Präsidentin **Hildegard Müller** wirft der EU-Kommission vor, mit der EU-7-Norm Autos mit Verbrennungsmotor ab 2025 de facto zu verbieten.



Der österreichische „Motoren-Papst“ **Fritz Indra** entwickelte für Audi und General Motors Motoren und ist ein scharfer Kritiker der E-Mobilität.



Für **Wolfgang Steiger**, Wirtschaftsrat der CDU, leistet die EU-Kommission „aktive Beihilfe zur Zerstörung der europäischen Automobilhersteller“.

E-AUTOS

Der Mangel an Lademöglichkeiten hemmt die Verbreitung

Als weitere Kaufhemmnisse gelten hohe Anschaffungskosten und geringe Reichweiten

Bereits im Jahr 2008 gab die Bundesregierung die Zielmarke von einer Million Elektroautos vor, die bis Ende 2020 auf deutschen Straßen unterwegs sein sollen. Trotz staatlicher Förderung erreichten die kumulierten Neuzulassungen bis zum 31. Oktober 2020 jedoch nur den Stand von 560.569 E-Pkw. Und von denen war nur rund jedes Zweite ein reines Elektroauto. Stark gefragt sind bei deutschen Kunden die Hybridautos, die sowohl einen E- als auch einen Verbrennungsmotor haben. Die die Bundesregierung beratende Nationale Plattform Elektromobilität geht inzwischen davon aus, dass das ursprüngliche Ziel von einer Million Elektrofahrzeugen erst 2022 erreicht wird.

Auch dieser Zeitplan muss nach derzeitigem Stand als ehrgeizig angesehen werden. Als noch größerer Kraftakt dürfte sich das Erreichen der Zielmarke herausstellen, die von der Bundesregierung bis 2030 angestrebt wird. Zur Umsetzung ihrer „Klimaziele“ peilt die Regierung bis dahin eine Zulassungszahl von mindestens sieben Millionen Elektrofahrzeugen in Deutschland an.

Realität hinkt den Plänen hinterher

Forscher der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) haben durch eine Umfrage vor allem drei Nachteile festgestellt, die deutsche Verbraucher vor dem Kauf eines E-Autos zurückschrecken las-

sen: hohe Anschaffungskosten der Fahrzeuge, geringe Reichweiten der batteriegetriebenen Autos sowie schließlich wenig Lademöglichkeiten. Gegen letztgenannten Nachteil beschloss das sogenannte Klimakabinett vor einem Jahr, im November 2019, einen Masterplan Ladeinfrastruktur. Das Papier sieht den Bau von einer Million öffentlicher Ladesäulen für Elektroautos bis 2030 vor. Derzeit existieren laut dem Bundesverband für Energie- und Wasserwirtschaft lediglich 33.000 derartige Stromtankstellen. Hildegard Müller, die Präsidentin des Verbands der Automobilindustrie (VDA), warnte unlängst die Politik, die E-Mobilität werde sich nicht in der Breite durch-

Der Masterplan Ladeinfrastruktur der Bundesregierung sieht den Bau von einer Million öffentlicher Ladesäulen für Elektroautos bis 2030 vor

setzen können, wenn beim Ausbau der Ladeinfrastruktur nicht das Tempo erhöht werde. Müller sagte, man könne die Menschen nur schlecht dazu bringen, „Elektroautos zu kaufen, wenn sie die nicht überall aufladen können“. Nach Angaben der VDA-Präsidentin würden ab sofort etwa 2000 neue Ladepunkte pro Woche benötigt, um das Ziel des Masterplans Ladeinfrastruktur zu erreichen. Das würde eine Verzehnfachung des jetzigen Tempos voraussetzen. Seit vergangenen Dienstag können nun auch Halter von Elektroautos einen Zuschuss vom Staat erhalten, wenn sie an ihrem Wohngebäude einen privaten Ladeanschluss installieren. N.H.

EURO-7-ABGASNORM

„Ein riesiges Problem der Wirtschaft“

Im Auftrag der EU hat eine Experten-Gruppe namens „Advisory Group on Vehicle Emission Standards“ (AVGES) eine Studie zu einer neuen Euro-7-Abgasnorm gefertigt, die ab 2025 in Kraft treten soll. Nachdem Details aus dem Papier bekanntgeworden sind, hagelte es insbesondere aus Deutschland Kritik an den Plänen. In der Automobilbranche war im Zusammenhang mit Euro 7 sogar schon von einer „Kriegserklärung“ die Rede. Die Chef des Branchenverbands VDA, Hildegard Müller, gehört zu den Kritikern: „Die Kommission will vorschreiben, dass künftig ein Fahrzeug in jeder Fahrsituation quasi emissionsfrei bleiben muss – sei es mit Anhänger am Berg oder im langsamen Stadtverkehr. Das ist technisch unmöglich, und das wissen auch alle.“

Anderer Meinung ist der Autoexperte Ferdinand Dudenhöffer. Er wies darauf hin, dass viele neue Dieselfahrzeugmodelle die für 2025 angedachten Stickoxid-Werte schon jetzt erreichen. Auch Stefan Carstens, Geschäftsführer von EngineSens Motorsensor, hält die neue Abgasnorm für technisch machbar. Als Folge der zusätzlichen Kosten bei den Autos mit Verbrennungsmotor erwartet Carstens, dass die E-Autos wettbewerbsfähiger werden.

Bislang ist der Preisunterschied noch immer so groß, dass die Anschaffung eines E-Autos für viele Kunden unattraktiv ist. Verteuert sich auch die Alternative, nämlich Neuwagen mit einem Verbrennungsmotor, könnte dies zu einer Entwicklung führen, vor der Fritz Indra bereits vergangenes Jahr gewarnt hat. Der Motorenentwickler sprach davon, dass die Kunden mit ihren aktuellen Autos eigentlich hochzufrieden seien. Steigende Autopreise könnten viele potenzielle Käufer dazu veranlassen, eine Neuanschaffung um einige Jahre zu verschieben. Indra warnte, „wenn der übliche Sechs-Jahres-Zyklus bei Neuanschaffungen um ein, zwei oder drei Jahre unterbrochen wird, hat die Wirtschaft ein riesiges Problem“.

N.H.

„Die Frohe Botschaft ist unverzichtbar“

Über das Agieren der Kirchen im Lockdown, die künftige programmatische Ausrichtung der Protestanten sowie die bevorstehende Advents- und Weihnachtszeit

IM GESPRÄCH MIT
CHRISTINE LIEBERKNECHT

Die Kirche hat Hunderttausende Menschen allein gelassen. „Mit dieser Aussage in einem Interview mit der „Welt“ sorgte die frühere Ministerpräsidentin des Freistaats Thüringen im Mai für Aufsehen. Inzwischen ist einige Zeit vergangen. Haben die Kirchen aus den Erfahrungen des Frühjahrs gelernt? Und wie geht es ihnen grundsätzlich, in Zeiten von Corona und darüber hinaus? Fragen an eine engagierte Christin, die als Pastorin und Politikerin der Gesellschaft auf vielfältige Weise gedient hat.

Frau Lieberknecht, Sie haben im Frühjahr die Kirchen öffentlich kritisiert, weil diese während des Lockdown zu wenig für die Gläubigen da gewesen seien. Was genau war damals Ihre Kritik?

Ich habe meine damalige Kritik mit Blick auf eine Gruppe von Personen geäußert, die besonders schwach und hilfsbedürftig ist und im Alltag kaum wahrgenommen wird: unsere Mitmenschen in den Pflegeheimen und Krankenhäusern. Ich habe kritisiert, dass viele von ihnen im Sterben lagen und wegen des Lockdowns in ihren letzten Stunden keinen seelischen Beistand erfahren haben. Ich fand, dass sich die Kirche in jenen Wochen zu sehr an die Seite drängen lassen hat. Allerdings ist dies nun schon einige Monate her, und seitdem hat sich einiges getan.

Vertreter der Kirchen haben auf ihre Kritik mit Unverständnis reagiert und unter anderem darauf verwiesen, dass die digitalen Angebote der Kirche und auch die telefonische Seelsorge intensiviert worden seien.

Ich weiß, dass es in dieser Zeit sehr viele Seelsorger und auch Gemeindeglieder gab, die sich unglaublich bemüht haben. Und natürlich gab es neben der Telefonseelsorge, die ja nicht neu ist, Podcasts und digital übertragene Gottesdienste. In dieser Hinsicht hat die Kirche sehr schnell auf die Herausforderung durch Corona reagiert. Doch wenn ein Mensch nach einem erfüllten Leben an der Schwelle zum Tode steht, braucht er den Beistand in unmittelbarer Nähe und nicht an einem Bildschirm.

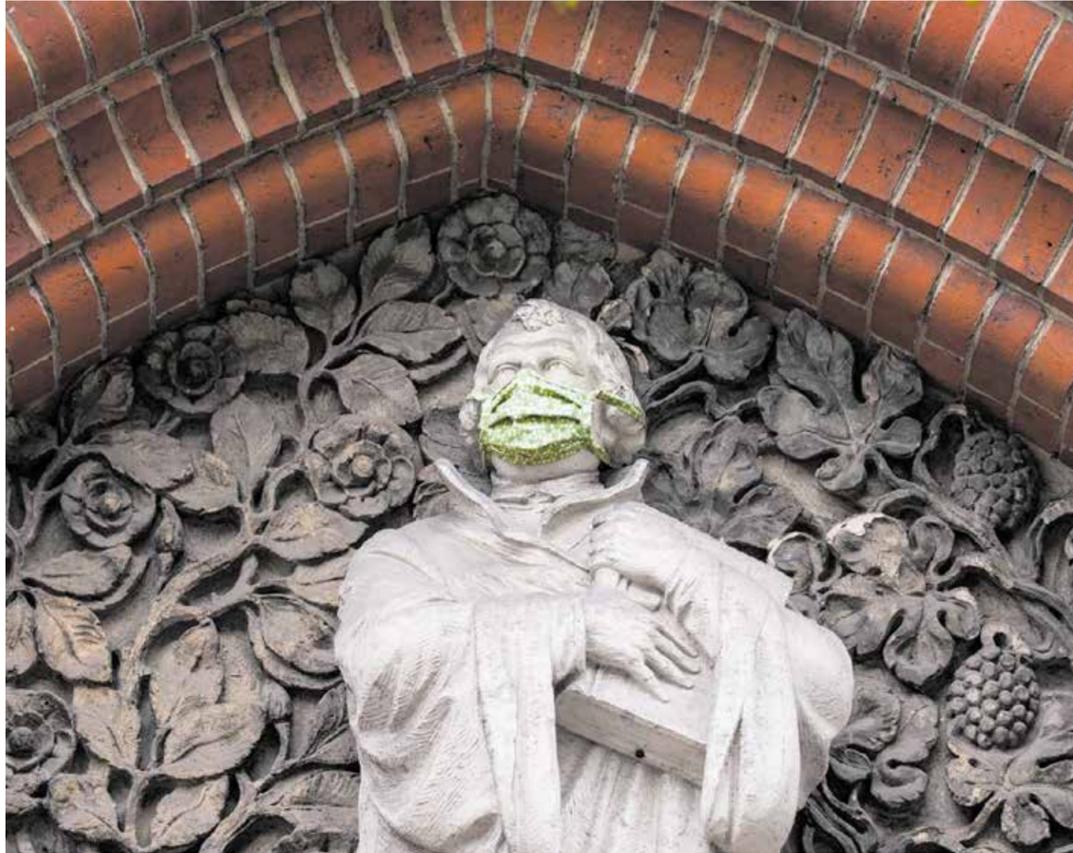
Hinzu kam, dass mir in einer Situation, in der tausende Menschen – Corona-Patienten wie deren Angehörige – mit dem Tode konfrontiert waren, ein orientierendes theologisches Wort in unserer Gesellschaft gefehlt hat. Allerdings hat der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Heinrich Bedford-Strohm, dies später nachgeholt, unter anderem in einem Artikel für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“.

Im Frühjahr gab es Medienberichte darüber, dass sich manche Pfarrer nicht an die Vorgaben gehalten und mehr oder weniger heimlich Messen gehalten haben. Ist Ihnen davon etwas zu Ohren gekommen?

Ja. Es war eine Zeit der Gratwanderungen. Auch ich habe im Sinne des Priestertums aller Gläubigen Kranke besucht, als man eigentlich nicht in andere Haushalte gehen sollte. Auch wir haben in unserer Kirche Andachten im kleinen Kreis gehalten. Und wir waren sicher nicht die Einzigen. Da gibt es eine Verantwortung auch vor Gott, die unmittelbar ist. Ich gehe davon aus, dass diejenigen, die so gehandelt haben, dies jeweils verantwortungsvoll getan haben.

Inzwischen haben wir einen zweiten Lockdown. Was macht die Kirche jetzt besser?

Der gegenwärtige Teil-Lockdown zeigt, dass sowohl Politik als auch Kirchen und natürlich auch die Virologen durchaus aus den Erfahrungen des Frühjahrs gelernt haben. So wur-



Luther mit Maske: Symbol des schwierigen Umgangs der Kirche mit der Pandemie Foto: imago images/Emmanuele Contini

den zum Beispiel die Schulen diesmal nicht geschlossen. Zudem wird darauf geachtet, dass der Schutz der Alten nicht wieder mit deren vollständiger Isolation verbunden ist.

Dennoch ist die Stimme der Kirchen auch jetzt wieder kaum zu vernehmen.

Ich finde, dass die Kirchen sehr wohl präsent sind, zum Beispiel in den Pandemiestäben. Und dass sie dort für die Schwachen und die am Rande unserer Gesellschaft Stehenden das Wort ergreifen. So hat Diakonie-Präsident Ulrich Lillie deutlich gefordert, dass es keine erneute Isolation der Alten geben dürfe. Auch für die seelsorgerliche Betreuung der Alten und Kranken setzen sich die Kirchen ein. Es gelingt ihnen nun besser darzulegen, dass der Mensch nicht vom Brot allein lebt, sondern auch vom Wort Gottes. Das heißt, dass die virologische Sicht auf das Geschehen zwar eine eminent wichtige Sicht ist, aber eben nicht die einzige.

Parallel zum ersten Lockdown hat sich in der EKD eine Debatte über die grundsätzliche Ausrichtung der Kirche entwickelt, ausgelöst durch das Arbeitspapier „Kirche auf gutem Grund. Elf Leitsätze für eine aufgeschlossene Kirche“. Dieses rät den Protestanten, verkürzt gesagt, sich von der klassischen Gemeindekirche verstärkt zu einer „Bewegungskirche“ zu entwickeln, die sich wie eine NGO in bedeutsamen gesellschaftlichen Fragen engagiert. So könnten die Kirchen auch in Zeiten sinkender Mitgliederzahlen ihre Relevanz erhalten. Wie stehen Sie dazu?

Zunächst einmal finde ich es wichtig, dass Kirche die gesellschaftlichen Veränderungen wahrnimmt und sich mit ihrer eigenen Zukunft beschäftigt. Dabei sollte sie allerdings auch einen Blick dafür haben, was unsere Gesellschaft ausmacht und was diese zusammenhält. Die Kirche ist eine der wenigen Institutionen, in denen Menschen aus allen Schichten, Berufen und Generationen zusammenfinden – und zwar in der klassischen Gemeinde mit ihren Gottesdiensten und sonstigen Angeboten. Deshalb wäre es zu kurz gegriffen, wenn sich die Kirche künftig vorrangig auf einzelne Projekte fokussieren würde. Natürlich sollen sich Christen in sozialen Fragen oder für die Umwelt und somit

für die Bewahrung der Schöpfung einsetzen, doch würde eine Konzentration auf Projektarbeit dem kirchlichen Auftrag nur unvollständig entsprechen.

Ich weiß, dass es unter Pastoren eine große Frustration gibt, weil die Gemeinden kleiner werden oder weil sie mehrere Gemeinden betreuen müssen und gar nicht mehr überall predigen können. Dennoch sollten wir die Ortsgemeinden als Kernstruktur unserer Kirche keineswegs aufgeben. Jesu Auftrag „Wo zwei oder drei versammelt sind in meinem Namen, da bin ich mitten unter ihnen“ (Matthäus 18,20), gilt noch immer. Als Pastorin in Dörfern mit Kleinst-Gottesdiensten habe ich selbst viele Jahre erlebt, wie wichtig auch diese kleinen Gottesdienste sind. Auch dort werden die Hände gefaltet, auch dort wird gebetet, und das nicht weniger, sowohl für den Nächsten als auch für die Welt. Diese Gottesdienste zu erhalten ist mitnichten nostalgische Traditionsbewahrung, sondern ein Quell, aus dem immer wieder neue Kraft entsteht.

Droht der Kirche eine Entwicklung hin zu einem sozialen Dienstleister mit vielleicht besonderem ethischen Anspruch, der zwar professionell Krankenhäuser betreibt, aber den eigentlichen Auftrag, nämlich die Verkündigung von Gottes Wort, aus den Augen verliert?

Für mich ist die Botschaft vom Wort Gottes, die Frohe Botschaft unverzichtbar. Das Wort Gottes ist allen Geboten der Liebe und der Barmherzigkeit vorgelagert. Kirche ist eben kein sozialer „Dienstleister“, auch wenn diese Aufgabe unsere diakonischen Werke dominiert. Wir haben in beiden Kirchen große Beispiele dafür, Albert Schweitzer und Mutter Teresa zeigen es, wie Spiritualität und praktische Nächstenhilfe ineinandergreifen. Doch beide hätten sich nie darauf reduzieren lassen, soziale „Dienstleister mit einer besonderen Ethik“ zu sein.

Die Arbeit an den „Elf Leitsätzen“ begann 2017, also zu dem Zeitpunkt, als die evangelische Kirche den 500. Jahrestag der Reformation feierte. Ist der Elan dieses Jubiläums schon wieder verschwunden?

Das Reformationsjubiläum war ein großartiges Fest. Und das nicht nur bei den zentralen Feierlichkeiten in Berlin und Wittenberg, son-

Die Zukunft der Kirche ist kein Problem der Strukturen, sondern vor allem der Lebendigkeit des Glaubens

Zur Person



Christine Lieberknecht wuchs in einem evangelischen Pfarrhaus im thüringischen Leutenthal auf und war nach ihrem Studium der Theologie selbst Pastorin im Kirchenkreis Weimar. Von 1991 bis 2019 war sie Abgeordnete im Thüringer Landtag und von 2009 bis 2014 Ministerpräsidentin des Freistaates Thüringen. www.christine-lieberknecht.de

dern auch und gerade bei unzähligen Veranstaltungen in den Ortsgemeinden. Andererseits verzeichnen beide Kirchen nach wie vor dramatische Austrittszahlen. Da muss man sicherlich auch das bisherige eigene Wirken kritisch hinterfragen. Grundsätzlich ist die Frage der Zukunft der Kirche kein Problem der Strukturen, sondern vor allem der Lebendigkeit des Glaubens. Wer andere überzeugen will, muss selbst brennen für das Wort Gottes und muss dieses Wort in die Welt tragen.

Wir stehen am Beginn der Adventszeit und vor dem Weihnachtsfest. In Zeiten von Corona werden diese sicher anders ausfallen als gewohnt. Die meisten Weihnachtsmärkte, die sonst trotz allen Trubels die Menschen allmählich einstimmen auf die Festtage, sind abgesagt. Was wünschen Sie sich ganz persönlich für diese Zeit in diesem ganz besonderen Jahr?

Ich blicke auf diese Zeit mit gemischten Gefühlen. Als Bürgerin mache ich mir große Sorgen um diejenigen unter uns, die im Zuge der Corona-Maßnahmen – deren Notwendigkeit ich nicht bestreiten möchte – wirtschaftliche Einbußen hinnehmen müssen. Hier wünsche ich mir, dass wir diesen Menschen nicht nur mit staatlichen Hilfsprogrammen, sondern auch mit eigener gelebter Solidarität beistehen; dass wir ihnen zeigen, dass sie nicht vergessen sind. Jeder von uns kann sich zum Beispiel fragen, ob er Geschenke wirklich bei einem großen Versandhändler ordern muss, oder ob er die nicht auch beim kleinen Händler um die Ecke bestellen kann.

Als Christin ist für mich der Advent jedoch vor allem eine Zeit der Besinnung, der Nachdenklichkeit. Und somit von alters her das Gegenteil von dem, was wir in den letzten Jahrzehnten mit all dem Trubel daraus gemacht haben. Möglicherweise bietet uns diese Corona-Zeit die Gelegenheit, uns wieder stärker darauf zu besinnen – auf das, was unser Leben, aber auch unseren Glauben eigentlich ausmacht.

Der Advent und erst recht die Weihnachtszeit sind für die Kirchen normalerweise eine absolute Hochzeit – mit vollen Gottesdiensten und kräftigem Gemeindegesang. Muss all das in diesem Jahr entfallen?

Nicht unbedingt. Im Moment gibt es zum Beispiel Überlegungen, die Krippenspiele unter freiem Himmel stattfinden zu lassen, damit möglichst wenig entfallen muss. Hier ist – wie derzeit überall in unserer Gesellschaft – auch in den Kirchen Kreativität gefragt. Viele Gemeinden „streamen“ ihre Gottesdienste inzwischen direkt, sodass auch diejenigen Gemeindeglieder, die zu Hause bleiben müssen, dort Gottes Wort hören können.

Aber auf den Gesang von „O du fröhliche“ müssen wir diesmal verzichten?

Wie kommen Sie denn auf die Idee? Wenn Sie bedenken, in welchen Zeiten der Bedrückung und Entsagung die meisten Weihnachtslieder entstanden sind! Auch „O du fröhliche“ gehört dazu. Johannes Falk, der Schöpfer dieses wunderbaren Liedes, musste den Tod von vier eigenen Kindern hinnehmen und nahm mit seiner Frau dreißig fremde Kinder bei sich auf, die durch die napoleonischen Kriege zu Waisen geworden waren. Davon sind wir bei allem Corona-Leid doch meilenweit entfernt.

Wir haben uns dank des medizinischen Fortschritts des Todes entwöhnt; aber die Welt war nie frei davon. Und auch die Bibel ist voll von Geschichten im Angesicht des Todes – und seiner Überwindung durch den Kreuzestod Christi. Darin liegt doch der tiefe Sinn der Menschwerdung Gottes. Der Kreuzigte und das Kind in der Krippe gehören zusammen. Das ist letzte Wahrheit. Das ist Weihnachten. Deswegen werde ich singen, von Freude und Frieden.

Das Interview führte René Nehring.

● MELDUNGEN

Mehr Leute,
weniger Platz

Berlin – Trotz hoher Zuwanderungszahlen hat der Flächenverbrauch in der Bundesrepublik seit der Jahrtausendwende deutlich abgenommen. In den Jahren 1997 bis 2000 nahmen die Siedlungs- und Verkehrsfläche im Durchschnitt jeden Tag deutschlandweit um 129 Hektar zu. In den Jahren 2015 bis 2018 ging der durchschnittliche tägliche Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche im Land auf nur noch 56 Hektar zurück. Dabei stieg die Bevölkerungszahl seit dem Jahr 2000 um gut eine Million Menschen: von 82,26 Millionen im Jahr 2000 auf aktuell 83,1 Millionen. Im Zuge einer 2002 beschlossenen und 2017 verschärften „Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie“ will die Bundesregierung den Flächenverbrauch bis 2030 auf weniger als 30 Hektar pro Tag senken. Bis 2050 soll laut dem Klimaschutzplan der Bundesregierung der Flächenverbrauch in Deutschland sogar auf netto-null reduziert werden. N.H.

NPD wieder in
einem Landtag

Berlin – Seit ihrem Ausscheiden aus den Landtagen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen war die Nationaldemokratische Partei Deutschlands nicht mehr in den Länderparlamenten vertreten. Am 11. November verkündete nun das Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses Kay Nerstheimer in einem im Internet veröffentlichten Gespräch mit dem ehemaligen NPD-Vorsitzenden Udo Voigt seinen Eintritt in die NPD. Damit ist die Partei wieder in einem Landesparlament vertreten. Nerstheimer war bei der letzten Abgeordnetenhauswahl vor vier Jahren nicht über die Landesliste der AfD in das Parlament eingezogen, sondern hatte als deren Direktkandidat für den Ost-Berliner Wahlbezirk Lichtenberg 1 mit 26 Prozent die meisten Erststimmen erzielt. Im Januar wurde Nerstheimer zusammen mit dem im März aus der AfD ausgeschlossenen baden-württembergischen Landtagsabgeordneten Wolfgang Gedeon bei einer Veranstaltung gesehen. In Berlin gibt es mit Andreas Wild und Jessica Bießmann zwei weitere fraktionslose Parlamentarier, die aus der AfD Fraktion ausgeschlossen wurden. F.B.

Kein Terminal
Schönefeld

Berlin – Nach der Schließung der Flughäfen Tempelhof und Tegel soll nun auch der Betrieb des Terminals vom Flughafen Schönefeld vorerst eingestellt werden. Eigentlich sollte das in den 1970ern gebaute Abfertigungsgebäude des damaligen DDR-Zentralflughafens Schönefeld als Terminal 5 dem neuen Hauptstadtflughafen BER angegliedert werden. Vor allem Billigflieger wie Ryanair waren als Kunden für das Terminal im Gespräch. Weil wegen der Corona-Krise weniger Passagiere unterwegs sind, plant die BER-Geschäftsführung Terminal 5 ab März zunächst für ein Jahr vom Netz zu nehmen. Damit ist am „Panneflughafen“ nur Terminal 1 in Betrieb. Terminal 2 ist fertiggestellt, aber noch nicht am Netz, und die Terminals 3 und 4 sind noch in Planung. tws

VON WOLFGANG KAUFMANN

Was einige Experten bereits kurz nach dem spektakulären Diebstahl von 23 mit Juwelen besetzten Schmuckstücken aus dem Historischen Grünen Gewölbe des Dresdner Residenzschlosses vermutet hatten, ist nun Gewissheit geworden. Die Täter, die am frühen Morgen des 25. November vergangenen Jahres zuschlugen, stammen ganz offensichtlich aus dem Berliner Clan-Milieu. Am 17. November wurden Wissam, Bashir und Rabih Remmo wegen des Vorwurfs des schweren Bandendiebstahls und zweifacher Brandstiftung in Kreuzberg und Neukölln verhaftet. Dabei kamen 1639 Beamte aus acht Bundesländern zum Einsatz, darunter auch Angehörige mehrerer Spezialeinsatzkommandos sowie der GSG 9 der Bundespolizei. Trotzdem konnten sich die gleichfalls dringend tatverdächtigen Abdul Majed und Mohamed Remmo ihrer Festnahme entziehen. Das wirft die Frage auf, ob die beiden einen Hinweis auf die bevorstehende Aktion erhalten hatten.

1639 Beamte kamen zum Einsatz

Denn der Remmo-Clan ist nicht nur hochkriminell, sondern auch bestens im multikulturellen Berlin vernetzt. Die Wurzeln der Großfamilie, deren Mitglieder die deutsche, die libanesische oder gleich beide Staatsangehörigkeiten besitzen, sofern sie nicht staatenlos sind, liegen in der südosttürkischen Provinz Mardin an der Grenze zu Syrien. Von dort aus wanderten einige Remmos nach dem Ersten Weltkrieg in den Libanon aus. In den 1980er Jahren, in dem nahöstlichen Staat herrschte damals Bürgerkrieg, ließen sich zahlreiche von deren Abkömmlingen in Deutschland nieder. Derzeit leben allein in der Bundeshauptstadt um die 500 Remmos aus 13 Einzelfamilien, von denen manche in regelmäßigen Abständen schwere und schwerste Straftaten verüben. Auf ihr Konto gehen unter anderem mehrere Morde und diverse weitere Gewaltdelikte, der brachiale Sparkasseneinbruch in Berlin-Marienfelde 2014 mit über neun Millionen Euro Beute sowie der spektakuläre Diebstahl einer 100 Kilogramm schweren Goldmünze aus dem Bode-Museum im März 2017. Bei der letzteren Aktion war Wissam Remmo ebenfalls mit von der Partie. Dafür wurde er diesen Februar zu einer Gefängnisstrafe von viereinhalb Jahren verurteilt. Allerdings hat die Berliner Justiz den Verbrecher bisher nicht zum Haftantritt aufgefordert, so wie sie ihm zuvor auch schon die Untersuchungshaft erspart hatte. Nur deswegen konnte er überhaupt bei dem Einbruch im Grünen Gewölbe mitwirken.



Verdächtig, am Kunstraub im Dresdner Grünen Gewölbe beteiligt gewesen zu sein: Rabih Remmo Foto: imago images/Max Stein

GRÜNES GEWÖLBE

Einbrecher kamen aus dem
Berliner Clan-Milieu

Drei Festnahmen. Beute bleibt verschollen. Hinweise auf Insidertipps für den Einbruch aus der stark von orientalischen Familien geprägten Sicherheitsbranche

Die Handschrift des Coups im Berliner Bode-Museum ähnelte auffallend dem von Dresden. Beispielsweise kam in beiden Fällen ein vorher gestohlenen hydraulisches Spreizwerkzeug zum Einsatz. Deshalb dürften die Ermittler ihr Augenmerk schon recht bald auf die Remmos gelenkt haben. Die Identifizierung der tatbeteiligten Clan-Mitglieder erfolgte dann im Nachgang zu Durchsuchungen in einem Neuköllner Internetcafé, in dem die Kriminellen Mobiltele-

fon-Karten gekauft hatten, und der Autowerkstatt, in der sie ihr Fluchtfahrzeug hatten präparieren lassen.

Zwei Tatverdächtige entkamen

Wie bei dem Sparkasseneinbruch und dem Goldmünzen-Diebstahl konnte die im Grünen Gewölbe gemachte Beute bislang noch nicht sichergestellt werden. Dabei hat neben der Polizei auch die israelische Sicherheitsfirma CGI danach gesucht. Eine Gruppe der vom früheren Chef des israelischen Inlandsgeheimdienstes Scherut Bitachon Ja'akov Peri geleiteten Firma, die von einer Anwaltskanzlei beauftragt worden war, die den Verwaltungsrat des Dresdner Museums vertritt, bekam zwar im Darknet den Bruststern des polnischen Ordens des Weißen Adlers und den Sächsischen Weißen Diamanten für neun Millionen Euro in der Kryptowährung Bitcoin angeboten, allerdings verliefen die Rückkaufverhandlungen der Pretiosen im Sande, weil der Kontakt abbrach.

Bei ihren Nachforschungen stieß die CGI jedoch auf ernstzunehmende Hinweise darauf, dass Mitarbeiter der Firma DWSI (Dresdner Wach- und Sicherheitsinstitut GmbH), die mit der Bewachung des Grünen Gewölbes beauftragt waren, die Täter mit Insiderwissen über die eklatanten Lücken im Alarmsystem des Residenzschlosses versorgt haben. Das verwundert nicht, wenn man bedenkt, wie stark orientalische Clans in Deutschland im Sicherheitsgewerbe präsent sind und welche entscheidende Rolle ein Wachmann beim Diebstahl der 100-Kilogramm-Goldmünze in Berlin spielte. In Dresden stagnierten die Ermittlungen gegen vier DWSI-Beschäftigte allerdings Ende vergangenen Jahres mangels handfester Beweise. Diese Nachforschungen könnten nun neue Impulse erhalten, sollte die Polizei bei ihren Durchsuchungen in den Immobilien des Remmo-Clans auf Unterlagen über das Grüne Gewölbe und dessen Absicherung gestoßen sein.

Die Verbindungen
des Remmo-Clans
reichen
möglicherweise bis
in die Polizei

GESETZLICHE KRANKENKASSEN

Fehlbetrag von 16 Milliarden Euro für 2021 erwartet

Streit um Höhe des Bundeszuschusses und Angreifen der Rücklagen entbrannt

Mehr als 16 Milliarden Euro fehlen der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) im nächsten Jahr. Die Mitglieder der GKV hoffen zur Deckung des Defizits auf Hilfe des Bundes. „Um einen flächendeckenden Anstieg der Zusatzbeiträge im kommenden Jahr zu vermeiden, braucht es für 2021 einen extra Bundeszuschuss für den Gesundheitsfonds“, sagte die Chefin des GKV-Spitzenverbandes, Doris Pfeiffer.

Die Bundesregierung will aber nur einen Steuerzuschuss in Höhe von fünf Milliarden Euro gewähren. Der Rest soll zum einen durch einen Zugriff auf die Kassenrücklagen in Höhe von acht Milliarden Euro sowie zum anderen durch eine Anhebung des Beitragssatzes um 0,2 Prozent, was drei Milliarden Euro bringen soll, gedeckt werden.

Die Reserven der Kassen, die nun nach dem Willen der Bundesregierung angegriffen werden sollen, lagen Mitte dieses Jahres bei rund 20 Milliarden Euro, sind allerdings sehr ungleich auf die einzelnen Versicherer verteilt. Niedersachsens Sozialministerin Carola Reimann gehört zwar der in Berlin mitregierenden SPD an, äußert sich aber trotzdem kritisch über die Vorstellungen der Bundesregierung. Das Entziehen der Rücklagen sei brandgefährlich. „Das ist ein Anschlag auf die gesetzliche Krankenversicherung, die sich in der Pandemie bewährt hat und bei der Bewältigung der Krise weiterhin vor großen Herausforderungen steht“, sagte sie dem Redaktions-Netzwerk Deutschland (RND). Bundesgesundheitsminister Jürgens Spahn versu-

che, die Beiträge bis zur Bundestagswahl stabil zu halten. Das böse Erwachen dürfte im kommenden Herbst anstehen.

Minister Jens Spahn in der Kritik

Der AOK-Bundesverband warnt in diesem Zusammenhang vor einer möglichen Verdoppelung des Zusatzbeitrags, sollte die Bundesregierung bei den Corona-Hilfen für die Kassen nicht deutlich nachlegen. „Ohne Gegensteuern“ drohe nach der Bundestagswahl des kommenden Jahres ein Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags von derzeit 1,3 auf 2,5 Prozent, sagte Verbandschef Martin Litsch der „Augsburger Allgemeinen“. Der Zusatzbeitragssatz wird zusätzlich zum gesetzlich festgelegten Beitragssatz der Kassen erhoben. Seit Anfang 2019

wird der Zusatzbeitrag jeweils hälftig von der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite gezahlt.

Corona führt zu sinkenden Einnahmen. Allerdings wird der Fehlbetrag der Kassen nicht nur auf die Pandemie zurückgeführt, sondern auch auf den Gesundheitsminister. Der Christdemokrat, so der noch hinter vorgehaltener Hand geäußerte Vorwurf, habe Zugeständnisse an den sozialdemokratischen Koalitionspartner gemacht, die deutliche Kostensteigerungen bewirkten. Als Beispiel wird immer wieder die Verordnung genannt, mit der Ärzte durch finanzielle Anreize motiviert werden sollen, ihre gesetzlich versicherten Patienten weniger lang auf einen Termin warten zu lassen.

Peter Entinger

BRANDENBURG

Ein schwarzes Jahr für die Landwirte

Ein Schlag nach dem anderen: Zu den Corona-Folgen kommt jetzt noch die Afrikanische Schweinepest

VON NORMAN HANERT

Die Vorplanungen für die nächste Grüne Woche können als Zeichen für eine Agrarwirtschaft gesehen werden, die derzeit mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Bereits im August hatten die Veranstalter angekündigt, die bereits seit 1926 durchgeführte Agrarmesse werde im kommenden Jahr coronabedingt nur Fachbesuchern offenstehen. Inzwischen entschied die Messe Berlin sogar: Die 86. Ausgabe der Internationalen Grünen Woche findet im Januar 2021 nur als rein digitale Veranstaltung statt.

Um sich über die neuesten Trends der Land- und Ernährungswirtschaft und des Gartenbaus zu informieren, werden sich Fachbesucher und interessierte Verbraucher mit Internetübertragungen von Vorträgen und Diskussionsrunden begnügen müssen. Wegfallen wird auf der Grünen Woche damit auch die Brandenburg-Halle, das traditionelle Schaufenster der märkischen Agrarerezeuger auf der weltgrößten Landwirtschaftsmesse.

Die von der Messe Berlin geplante Notversion der Grünen Woche passt zur Lage vieler Landwirte in Deutschland. Schon die erste Corona-Pandemiewelle im Frühjahr brachte für viele Agrarbetriebe massive Belastungen. Bei einigen Produkten zog der Absatz zwar an, weil sich Verbraucher durch Hamsterkäufe Vorräte an Lebensmitteln anlegten und auch verstärkt wieder zu Hause kochten. Dafür brach aber die Nachfrage durch Hotels, Restaurants und Kantinen weg. Die zeitweise Schließung von großen Schlachtbetrieben nach Corona-Infektionen trug überdies dazu bei, dass seit dem Frühjahr insbesondere die Preise für Mastschweine unter Druck geraten sind.

Fleisch-Exporte brechen ein

Speziell die Landwirte in der Mark Brandenburg mussten in diesem Jahr noch weitere Tiefschläge verkraften: Anfang November wurde im Landkreis Ostprignitz-Ruppin ein toter Kranich gefunden, der an Vogelgrippe gestorben war. Geflügelzüchter sind nach dem Fund alarmiert, da eine Übertragung der Geflügelpest auf Hausgeflügel droht. Bereits im September stellten Veterinäre erstmals auf bundes-



Schlüsselrolle für Brandenburg: Abgesperrte Straße im Oderbruch

Foto: pa

deutschem Boden bei einem Wildschwein im Landkreis Spree-Neiße die Afrikanische Schweinepest (ASP) fest. Mittlerweile sind im Bundesland Brandenburg etwa 160 Fälle nachgewiesen. Auch im benachbarten Freistaat Sachsen gibt es erste Verdachtsfälle bei Wildschweinen.

Die Restriktionsgebiete umfassen in Brandenburg mittlerweile das gesamte Gebiet entlang von Oder und Neiße. Da China nur Fleisch aus ASP-freien Ländern akzeptiert, brach nach den Fällen in Brandenburg für alle deutschen Schweinezüchter ein großer Abnehmer weg. Niedersachsens Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast (CDU) warnte inzwischen, dänische Landwirte könnten bei den Schweinefleischexporten nach China in die Lücke springen, die von deutschen Zuchtbetrieben hinterlassen wird. Die Ministerin wies zudem darauf hin, dass die Zerlegung von Tieren momentan von

deutschen Betrieben in die Niederlande abwandert.

Die Meinungen darüber, wie Brandenburgs Behörden und die Landesregierung bei der Eindämmung der Afrikanischen Schweinepest bislang agieren, gehen stark auseinander: Das EU-Veterinärnotfallteam EUVET und auch das Friedrich-Loeffler-Institut stellen dem ASP-Krisenmanagement Brandenburgs ein gutes Zeugnis aus.

Ganz Deutschland gefährdet

Der Landesbauernverband (LBV) kritisiert dagegen, das Krisenmanagement des Landes funktioniere nicht: „Was wir brauchen, ist ein abgestimmtes, verständliches und wirksames Management sowie feste Zäune zur Verhinderung eines weiteren Ausbreitens der Seuche“, so LBV-Präsident Henrik Wendorff. Auch Dirk-Henner Wellershoff, Präsident des

Landesjagdverbandes Brandenburg, rügt das Krisenmanagement massiv. Wellershoff beklagt eine mangelhafte Abstimmung zwischen den Behörden der betroffenen Landkreise und forderte einen übergeordneten Krisenstab zur Koordination aller Maßnahmen. Sonst sei der Kampf gegen die ASP verloren, so der Chef des Jagdverbandes.

Tatsächlich kommt dem Land Brandenburg beim Kampf gegen die ASP eine Schlüsselrolle für die gesamte Landwirtschaft in Deutschland zu. Nach den Erfahrungen aus anderen Ländern der Welt breitet sich die Tierseuche jedes Jahr über eine größere Entfernung weiter aus. Falls es Brandenburg jetzt nicht gelingt, die Afrikanischen Schweinepest auf seinem Gebiet wieder auszurotten, erreicht die Tierseuche in den nächsten Jahren die großen Zuchtbetriebe in Niedersachsen und anderen Bundesländern.

LUFTVERKEHR

Leipzig/Halle steigt zur Weltklasse auf

Fracht-Boom: Gegen den Trend wächst der Umschlag bei dem mitteldeutschen Flughafen kräftig

Noch vor einem Jahr schien die Vormachtstellung der großen Luftverkehrsdrehkreuze London, Amsterdam, Frankfurt am Main und Paris für die Konkurrenz uneinholbar. Doch die Corona-Pandemie hat die Rangliste der größten Flughäfen in und um Europa kräftig durcheinandergewirbelt. In der September-Statistik des Flughafenverbandes ACI Europe tauchen die großen Drehkreuze Paris-Charles-de-Gaulle, Amsterdam und London-Heathrow noch auf den Rängen acht, neun und zehn auf. Frankfurt am Main war gemessen an der Passagierzahl vergangenes Jahr noch vierthöchster Flughafen in Europa.

Große Drehkreuze fallen zurück

Im September landete FRA, so das Luftfahrtkürzel für Frankfurt, nicht einmal mehr in die Spitzengruppe der ersten

zehn Flughäfen. Die ersten Plätze werden derzeit von Flughäfen in Russland und der Türkei belegt. Branchenexperten sehen hinter der Entwicklung zwei Triebkräfte: Die großen Drehkreuze haben durch die Pandemiebeschränkungen im Vergleich zum Vorjahr bis zu 80 Prozent ihres Verkehrs verloren. Weggefallen sind fast alle Langstreckenflüge samt der umsatzbringenden Umsteigepassagiere, auch Geschäftsreisende sind kaum noch mit dem Flieger unterwegs.

Flughäfen wie Antalya, Sankt Petersburg und die Moskauer Flughäfen profitieren derzeit stark vom Geschäft mit Reisenden, die Urlaub an der türkischen Mittelmeerküste machen. Die „türkische Rivera“ stand zum Herbstbeginn für fast alle Urlauber aus Europa und auch für Touristen aus Russland offen. Die Folge war ein Aufstieg türkischer und russischer

Flughäfen in die erste Flughafen-Liga. Doch auch in Deutschland gibt es einen Flughafen, der sich in der Branchenkrise gut behauptet.

Dornier will sogar eine Werft bauen

Trotz der Flaute bei Passagierflügen blüht das Geschäft auf dem Flughafen Leipzig/Halle. Der Airport konnte im September beim Frachtaufkommen ein Plus von 18,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat melden. Wachstumsmotor des Luftfrachtgeschäfts ist der Internethandel. Der Logistikkonzern DHL und der Flughafen Leipzig/Halle kündigten bereits im Sommer an, nochmals rund eine halbe Milliarde Euro in den Ausbau des mitteldeutschen Luftdrehkreuzes investieren zu wollen.

Durch die Erweiterung des Vorfeldes will DHL künftig 96 Frachtflieger pro

Nacht gleichzeitig abfertigen können. Bislang werden schon jede Nacht bis zu 60 Maschinen be- und entladen. DHL betreibt auf dem Flughafen bereits seit 2008 eines von weltweit drei Luftfahrt-Drehkreuzen. Anfang November hat auch der Internethändler Amazon auf dem Flughafen sein erstes regionales Luftfrachtzentrum in Europa in Betrieb genommen. Mit bis zu 1000 wöchentlichen Flügen im Frachtverkehr ist der Flughafen in Schkeuditz mittlerweile der fünfgrößte Cargo-Airport in Europa.

Ab 2023 wollen Investoren in Hangars an der Startbahn Nord zudem die Produktion von Flugzeugen anlaufen lassen. Bei dem Projekt geht es um zweimotorige Turboprop-Maschinen vom Typ Dornier 328, die bis 2005 von Fairchild Dornier im bayerischen Oberpfaffenhofen gebaut worden waren. N.H.

KOLUMNE

Der Senat dreht am Rad

VON VERA LENGSEFELD

Henryk Broder hat schon lange vor der Corona-Krise gemeint, wenn es über Deutschland ein Dach gäbe, wäre es eine geschlossene Anstalt. Das trifft noch mehr auf Berlin zu, das wie ein Intensiv-Labor wirkt, in dem man testet, wie weit der Irrsinn getrieben werden kann. Nun hat die Senatorin für Verkehr und Umwelt Regine Günther mindestens die Stufe zehn der nach oben offenen Irrsinnsskala erklommen. Ihre Behörde lehnte es rundweg ab, den Pflegekräften der Charité freie Parkplätze zu gewähren.

Bekanntlich ist es das Ziel der Senatorin, die Parkraumbewirtschaftung so weit wie möglich auszudehnen. Besonders betroffen ist Berlin-Mitte, wo sich die Charité befindet. Es war schon immer schwierig, rund um das größte Krankenhaus Berlins einen freien Parkplatz zu finden. Jetzt ist es unmöglich, denn es gibt nur noch Plätze, für die man zwei Euro pro Stunde bezahlen muss. Die Schichtlänge für Pflegekräfte beträgt um die zehn Stunden. Da bedeutet es einen schmerzhaften Einschnitt ins ohnehin karge Monatseinkommen, wenn man Tag für Tag so eine Summe bezahlen muss, nur um zur Arbeit zu kommen. Der Personalratschef der Universitätsklinik hat deshalb einen Brief an zahlreiche Landespolitiker verschickt.

Sogar Kanzlerin Merkel empfehle wegen des Infektionsschutzes, „den ÖPNV nicht zu benutzen“. Das müsste in besonderem Maße für Pflegekräfte gelten. Die Senatorin sah das anders. Busse und Bahnen würden als sicher bewertet, außerdem empfehle sie das Radfahren: „Jedenfalls ergibt sich damit insgesamt keine zwingende Notwendigkeit, für Wege ausschließlich einen eigenen Pkw zu nutzen.“ Per Rad von Brandenburg und zurück?

Das ist an Arroganz und Verachtung gegenüber den Menschen, die unser Land trotz zunehmender politischer Gängelung noch am Laufen halten, kaum noch zu überbieten. Waren die Pflegekräfte anfangs noch die „Helden“ der Krise, sind es jetzt laut Regierungsvideo, erstellt von den Komikern Joko und Claas, die „Couch-Potatoes“, die ganz zuhause bleiben. Wenn die Pfleger dieser Aufforderung folgen, wer kümmert sich noch um die Kranken?

MELDUNG

Harte Strafen

Berlin – Die Blockaden gegen den „Marsch für das Leben“ durch die feministische Szene haben nun Folgen. Am 19. September demonstrierten fast 3500 Teilnehmern beim alljährlichen „Marsch für das Leben“ in Berlin. Hundert Blockierer wollten den Marsch verhindern und erhielten nun Strafbefehle wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, Nötigung, Vermummung bis zu Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Gerichts- und Anwaltskosten sowie die Geldstrafe summieren sich insgesamt zu einem fünfstelligen Betrag. Das Bündnis „What the fuck?!“ ruft nun zu Spenden für die Verurteilten auf. Lilli Kramer von dem Bündnis: „Wir lassen uns nicht einschüchtern und halten zusammen. Feminism is not a crime.“ Der „Marsch für das Leben“ erfreut sich seit Jahren zunehmenden Zuspruchs. F.B.

● MELDUNGEN

Biden gegen Nord Stream 2

Sassnitz – Die Hoffnung der Bundesregierung auf einen Regierungswechsel in den USA hat sich zwar erfüllt, nicht jedoch der Wunsch, Joe Biden könne in Bezug auf die Pipeline Nord Stream 2 sanftere Töne anschlagen. Trumps Nachfolger, der bereits als Vizepräsident unter Obama strikt gegen den Bau der Gasleitung war, hat im Gegenteil noch härtere Sanktionen angekündigt. Deshalb wird er kaum die Drohung dreier US-Senatoren gegen den Bürgermeister von Sassnitz, Frank Kracht (parteilos), zurücknehmen. In einem „Drohbrief“ an ihn sowie Vorstandsmitglieder und leitende Angestellte der Fährhafen Sassnitz AG wurden Einreiseverbote in die USA angedroht. Demokraten und Republikaner stimmen darin überein, die Pipeline unbedingt verhindern zu wollen. Jüngster Coup der Amerikaner sind Sanktionen gegen Zertifizierungsagenturen und Versicherungsunternehmen. Ohne Zertifikate und Versicherungen dürfen die russischen Verlegungsschiffe nicht in dänischen Gewässern arbeiten. **MRK**

Predigten nur auf Dänisch

Kopenhagen – Dänemarks sozialdemokratische Regierung will den Folketing im Februar über ein sogenanntes Predigtengesetz abstimmen lassen. Gemäß diesem Gesetz sollen Gottesdienste zukünftig nur noch in dänischer Sprache gehalten beziehungsweise ins Dänische übersetzt werden. Mit der Regelung will die Regierung Frederiksen islamischen Parallelgesellschaften und Hasspredigern entgegenwirken. Als Kollateralschaden betroffen sein könnten allerdings auch die Gottesdienste in den Gemeinden der deutschen Minderheit in Nord-schleswig. So will Mette Frederiksen zum jetzigen Zeitpunkt keine Ausnahmen garantieren. Bei der deutschen Minderheit in Nordschleswig gibt es aber dennoch Hoffnung auf eine Lösung, die es erlaubt, Gottesdienste auch zukünftig in der eigenen Sprache abhalten zu können. **N.H.**

Zweifel an Chinas Ratings

Peking – Ein Zahlungsausfall der staatlichen Yongcheng Coal & Electricity Holding Group hat zu Zweifeln an der Arbeitsweise chinesischer Ratingagenturen geführt. Yongcheng Coal war diesen Monat außerstande, eine Anleihe über umgerechnet rund 151 Millionen US-Dollar zu bedienen. Trotzdem hatte eine chinesische Ratingagentur dem Unternehmen erst im Vormonat die allerbeste Bonität zuerkannt. Laut Wang Qian, Professor der Finanzwissenschaft an der Tongji University, bestand bei mehr als neun von zehn Zahlungsausfällen der jüngeren Zeit eine Bonitätsstufe von mindestens „A“. Im Zusammenhang mit dem Zahlungsausfall wurde auf die Praxis hingewiesen, dass chinesische Banken Anleihen von Unternehmen platzieren, denen sie selbst keine Kredite mehr bewilligen wollen. Die Banken sollen in solchen Fällen auf die erzielten Emissionssummen zurückgreifen, um eigene Verluste durch ausgereichte Kredite zu kompensieren. **N.H.**

KAMALA HARRIS

Eine kühl berechnende Opportunistin

Welche Politik von Joe Bidens Kandidatin für das Vizepräsidentenamt zu erwarten sein wird

VON WOLFGANG KAUFMANN

Sollte sich das Wahlergebnis vom 3. November bestätigen, wird Kamala Devi Harris, Tochter einer indisch-tamilischen Krebsforscherin und eines aus Jamaika stammenden Wirtschaftsprofessors, ab Januar 2021 als erste weibliche und zugleich nichtweiße Person das Amt des Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika bekleiden und allein damit bereits Geschichte schreiben. Darüber hinaus könnte die heute 56-Jährige schon bald als Präsidentin ins Weiße Haus einziehen – entweder nach der nächsten Präsidentschaftswahl 2024 oder schon eher bei einer vorzeitigen Demission des fast 22 Jahre älteren Joe Biden. Hieraus ergibt sich die enorme Wichtigkeit ihrer politischen Agenda, die von den meisten Medien aber nur selten thematisiert wird – im Gegensatz zu den Kochkünsten, Schuhen und Hosenanzügen sowie dem Musikgeschmack von Harris oder der künftigen Bezeichnung ihres Ehemannes Douglas Emhoff.

Für Trump eine „Kommunistin“

Für den Noch-Präsidenten Donald Trump ist die eloquente Juristin, die es 2011 bis zur Generalstaatsanwältin von Kalifornien brachte und dann 2017 in den US-Senat einzog, eine „Kommunistin“ beziehungsweise Marionette linksextremer Kreise. Tatsächlich vertritt Harris viele Anliegen des linken Flügels der Demokratischen Partei. So unterstützt sie sowohl die Forderung nach einer staatlichen „Krankenversicherung für alle“ als auch die radikale Klimaschutzprogrammatische der selbsternannten „demokratischen Sozialistin“ Alexandria Ocasio-Cortez.

Desgleichen befürwortet Harris die Anhebung des Mindestlohnes, Einschränkungen beim Recht auf Waffenbesitz sowie die Abschaffung der Todesstrafe. Die Umsetzung der wirtschaftlichen Programmatische des Duos Biden-Harris, die nach Schätzungen der Expertengruppe Tax Policy Center bis zu sechs Billionen US-Dollar verschlingen könnte, würde deutliche Steuererhöhungen erfordern.

Doch ob es dazu kommt, ist fraglich. Immerhin atmeten viele Börsianer laut



Noch steht sie nur an Nummer 2 bei den Demokraten hinter Biden (l.), doch die Zeit scheint für sie zu arbeiten: Kamala Harris (r.)

dem „Wall Street Journal“ erleichtert auf, als Biden Harris zu seiner Vizepräsidentenskandidatin ernannte. Denn die als „Linke“ eingestufte Politikerin steht auf recht gutem Fuß mit der Wirtschaftselite Amerikas. Das zeigte sich nicht zuletzt 2019, als sie selbst die demokratische Präsidentschaftskandidatur anstrebte und ihr daraufhin großzügige Spenden aus der Hochtechnologie-, Pharma- und Immobilienbranche sowie von Versicherungskonzernen und Finanzdienstleistern zufließen. Außerdem gehörten auch äußerst vermögende Einzelpersonen zu ihren damaligen Sponsoren, darunter Gordon Getty, der Erbe des Öl-Magnaten Jean Paul Getty, und der Großinvestor Dean Metropoulos.

Darüber hinaus gilt Harris auf manchen Gebieten als ausgesprochene Hardlinerin. Während ihrer Zeit als Generalstaatsanwältin von Kalifornien sorgte sie für die Inhaftierung einiger Eltern schul-

schwänzender Kinder und setzte gleichfalls drakonische Strafen für andere Täter durch – auch und gerade, wenn diese schwarz waren. Dazu kam die systematische Sabotage der Auszahlung von Entschädigungen an unschuldig Inhaftierte sowie von Bemühungen zur Humanisierung des kalifornischen Strafvollzuges. Und in der Gegenwart drängt sie auf die unnachgiebige juristische Verfolgung des Gründers der Enthüllungsplattform Wiki-

Leaks, Julian Assange, der unter anderem Kriegsverbrechen des US-Militärs aufgedeckt hatte.

Abrupte Kurswechsel

Letztendlich ist Harris weniger eine Linke als eine kühl berechnende Opportunistin, die versucht, ihre Machtbasis innerhalb der Demokratischen Partei zu verbreitern. Deshalb gibt sie sich links genug, um die Unterstützung des linken Flügels zu bekommen, schert aber auch nicht zu weit in diese Richtung des politischen Spektrums aus, weil das die übrigen Demokraten verprellten würde. Das macht manchmal abrupte Kurswechsel nötig, von denen Harris schon einige absolviert hat. So beispielsweise in der Frage der Krankenversicherung für alle, die sie zunächst zu einer Angelegenheit von Privatunternehmen machen wollte. Man darf also gespannt sein, wozu Kamala Harris aus Karrieregründen noch alles fähig ist.

Möglicherweise wird die 56-Jährige bereits in wenigen Jahren Nachfolgerin des 78-jährigen Joe Biden

CORONA

Ein Opfer der eigenen antideutschen Propaganda

Polen benötigt Hilfe, Deutschland bietet sie an – doch die PiS-geführte Regierung lehnt sie ab

Die Republik Polen zählt mehr positive Corona-Tests als die Bundesrepublik Deutschland, die mehr als doppelt so viele Einwohner hat. Bei der Zahl der Toten hat Polen unlängst mit Deutschland gleichgezogen. Jeder zweite Corona-Test ist positiv. Damit liegt Polen auf dem Niveau des vom Krieg um Bergkarabach gebeutelten Armenien. Spitzenreiter in der Republik Polen ist Schlesien. Das Gesundheitssystem dort steht am Rande des Zusammenbruchs.

Anders als andere Nachbarn Deutschlands wie Frankreich, die Tschechei oder Belgien lehnt Polen eine grenzüberschreitende Patientenbetreuung ab. Obwohl sich seitdem die Infektionslage in Polen noch einmal deutlich zugespitzt hat, erklärte der polnische Staatspräsident Andrzej Duda in seinem Antwort-

schreiben auf ein Hilfsangebot seines deutschen Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier von Ende vergangenen Monats, dieses nicht annehmen zu wollen.

Besonders schlimm ist es in Breslau

Die Regierungspartei PiS (Recht und Gerechtigkeit) hatte jahrelang mit antideutscher Propaganda Politik betrieben und Wahlen gewonnen. Jetzt ist sie Gefangene ihrer eigenen antideutschen Rhetorik, deshalb die Ablehnung des Hilfsangebots. Dass diese Haltung Menschenleben gefährdet, macht die größte Oppositionspartei PO (Bürgerplattform) der Regierungspartei gerade zum Vorwurf. Der ehemalige Außenminister und PO-Politiker Dariusz Rosati drohte per Twitter Regierungsmitgliedern sogar bereits mit Klagen, wenn ihre Ablehnung

deutscher Hilfe in der Corona-Krise Menschenleben kosten sollte.

Für eventuelle Prozesse dokumentiert die Bürgerplattform täglich die exakte Aus- beziehungsweise Überlastung der Krankenhäuser und das Verhalten des Gesundheitsministers. Besonders intensiv schaut man auf die Grenzregionen zur Bundesrepublik, Schlesien und Pommern, weil von dort grenzüberschreitende Krankentransporte Richtung Westen unproblematisch wären, wenn sie denn genehmigt und gewünscht wären.

Während in Deutschland im Corona-Jahr die Sterblichkeit kaum gestiegen ist, verzeichnet Polen für den vergangenen Monat eine um 40 Prozent über dem Mittelwert der letzten vier Jahre liegende Sterberate. Besonders schlimm ist es in Breslau. Alle Beatmungsgeräte sind im

Einsatz, neue Patienten können nur dann an Beatmungsgeräte angeschlossen werden, wenn ein anderer Patient gestorben oder gesund geworden ist. Freie Geräte gibt es nicht mehr. Auch fehlt es an geschultem Personal. Die Ärzte und Pflegekräfte sind inzwischen am Ende ihrer Kräfte und viele selbst erkrankt.

Während der polnische Gesundheitsminister ein Hilfsersuchen an Deutschland ablehnt, hat der Bürgermeister von Breslau, Jacek Sutryk von der Bürgerplattform, in einem Interview mit einem Radiosender eben diese gefordert. Er warf der polnischen Regierung in diesem Zusammenhang Versagen vor. Städte und Regionen können in der Republik Polen nicht eigenständig unter Umgehung der Zentralregierung ausländische Hilfen anfordern. **Bodo Bost**

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Der November ist der schlimmste Monat der Corona-Krise für Russland: Die Zahl der Neuinfektionen liegt seit Wochen über 20.000 täglich, die Zahl der Todesfälle erreichte knapp 35.000. Die russische Zentralbank meldet für dieses Jahr einen Wirtschaftsabschwung von vier bis fünf Prozent. Der Wirtschaftsrat unter Leitung des Finanzexperten Alexej Kudrin befürchtet, dass entgegen der positiven Prognosen der Regierung nur ein jährliches Durchschnittswachstum von rund zwei Prozent in den Jahren 2021 bis 2023 erreicht werde. Ohne die von ihm seit Jahren geforderten Reformen könne das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sogar nur bei 1,5 bis zwei Prozent liegen. Kudrin hält die derzeitige Krise für schlimmer als die von 1998 und 2009.

Schlimmer als 1998 und 2009

Ein ähnlich düsteres Bild malt Andrej Belousow, Vizeministerpräsident und zuvor Wirtschaftsberater des Präsidenten. Er hält die geringe Produktivität russischer Arbeitskräfte für eines der großen Probleme. Sie liege zwei- bis zweieinhalbmal unter dem Niveau höher entwickelter Länder. Grund dafür sei, dass die Betriebe aus sozialen Gründen Beschäftigte in schlecht bezahlten Positionen hielten, die eigentlich überflüssig seien. Würden diese entlassen, könnten 16 bis 36 Millionen Menschen arbeitslos werden. Um diese aufzufangen, sei ein umfangreiches Weiterbildungsprogramm nötig. Darüber hinaus müssten Anreize zur Mobilität geschaffen werden sowie kleine und mittlere Betriebe gefördert werden. Ebenso wie Kudrin mahnt Belousow strukturelle Reformen an: „Der Kampf gegen die Armut erfordert enorme Investitionen in fast alle Wirtschaftssektoren.“

Die Kosten der von der Regierung angekündigten Anti-Krisen-Maßnahmen werden auf umgerechnet 71 Milliarden Euro geschätzt. Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung sowie Infrastrukturmaßnahmen im Straßenbau sollen vorangetrieben werden. Zusätzlich sollen gezielte Einzelsubventionen helfen, ein Wachstum des BIP von drei Prozent zu erzielen.

Nicht erst seit der Corona-Pandemie steht die russische Wirtschaft unter Druck. Jahrelang wurde die Diversifizierung der Wirtschaft vernachlässigt. Zu lange hat sich der Staat auf den Gewinnen des Öl- und Gasexports ausgerichtet. Erst die Sanktionen des Westens infolge der Ukraine-Krise hatten zu einer Förderung anderer Branchen wie der Landwirtschaft geführt. Mit Erfolg: Im vergangenen Jahr war Russland der weltweit größte Weizenexporteur.



Begehrter Zuverdienst: Vor allem junge Menschen arbeiten zusätzlich als Kassierer wie hier bei McDonald's

Foto: ddp images

CORONA-FOLGEN

Die Armut kehrt nach Russland zurück

Sanktionen und die Pandemie haben zu einem Wirtschaftsabschwung geführt. Kritik an der Regierung wegen fehlenden Krisenmanagements

Große Hoffnungen liegen derzeit auf dem russischen Corona-Impfstoff Sputnik V. Russland wirbt seit Monaten mit seinen Vakzinen und hat mit EpiVacCorona einen zweiten Impfstoff auf den Markt gebracht. Auf die angekündigte Massenimpfung warten die Russen dennoch vergeblich. Das hat verheerende Folgen: Schon Ende September waren laut Gesundheitsministerium die 130.000 Intensivbetten zu 90 Prozent belegt. In einzelnen Regionen stehen so wenig Betten zur Verfügung, dass nicht Ausgeheilte entlassen werden, um Platz zu machen. Nicht viel besser sieht es in Moskau aus, wo wegen überfüllter Kliniken im Krylatskie Eispalast ein Ausweichhospital eingerichtet wurde.

Grund für die Verzögerung beim Impfstart ist, dass Russland geeignete Fabriken zur Massenproduktion schlichtweg fehlen. Zirkum 70 Millionen Impfdosen wären nötig, um die Ausbreitung des Virus zu stoppen, doch bislang werden Impfstoffe nur in For-

schungsinstituten in kleinen Mengen hergestellt. Wladimir Putin wirbt indessen im Ausland für Sputnik V. Länder, die bereits Interesse bekundet haben wie zuletzt Ungarn, werden diesen in Lizenz in eigenen Werken herstellen.

Fabriken für Impfstoff fehlen

Die Bevölkerung bekommt die Folgen der Corona-Krise immer deutlicher zu spüren. Viele verloren bereits während des Lockdowns im Frühjahr ihre Arbeit, andere müssen dazuverdienen, um bei gestiegenen Preisen ihren Lebensstandard halten zu können. In einer Umfrage gaben 48 Prozent der Befragten an, dass sie einen Zweitjob suchen. Beliebte sind Stellen im Lager oder in der Verwaltung. Auch Fahrer, Babysitter, Kassierer oder Kellner sind gern ausgeübte Tätigkeiten. Zu 30 Prozent sind es junge Leute im Alter von 18 bis 25 Jahren, die dazuverdienen müssen. Ein Drittel gab die Verschlechterung ihrer materiellen Lage als Grund an.

Putin gerät angesichts des Fehlens eines erkennbaren Krisenmanagements unter Druck. Es gab Gerüchte, er werde im Januar zurücktreten und wolle seine Tochter Katerina Tichonowa zu seiner Nachfolgerin machen. Mal heißt es, er habe Parkinson, mal, er sei an Krebs erkrankt. Kreml-Sprecher Dmitrij Peskow dementierte alle Gerüchte.

Russlands Anteil an der Weltwirtschaft sinkt, der Lebensstandard bleibt trotz der Erfolge der vergangenen 20 Jahre auf niedrigem Niveau. Die Zahl der Armen liegt bei 20 Millionen. Offiziell gibt es 4,8 Millionen Arbeitslose. Durch die Pandemie sind weitere 1,25 Millionen als arbeitssuchend gemeldet. Die Dunkelziffer dürfte sogar bei acht Millionen liegen. Von Armut sind vor allem Kleingewerbetreibende und Familien bedroht. Putins Ziel, Russland zu einer der fünf weltweit führenden Volkswirtschaften zu entwickeln, hat er verfehlt. Seine Programme zur Verbesserung des Lebensstandards hat er auf das Jahr 2030 verschoben.

SÜDASIEN

Vom Armenhaus zum neuen Bengalischen Tiger

Höheres Pro-Kopf-Einkommen als Indien prognostiziert – Ausgerechnet Bangladesch könnte der Profiteur des Krisenjahres 2020 sein

Laut dem Internationalen Währungsfonds (IWF) gehört die indische Wirtschaft in diesem Jahr zu den am stärksten schrumpfenden Volkswirtschaften der Welt. Nach Italien, Spanien und eventuell Frankreich werde Indiens Wirtschaft in diesem Jahr am stärksten unter den Folgen der Corona-Pandemie leiden. Indien hat nach den USA die zweithöchsten Infektionszahlen. Dagegen scheint Indiens Nachbarland Bangladesch, der am dichtesten besiedelte Flächenstaat der Erde, mit nur wenigen Infektionen durch die Pandemie zu kommen.

Nach der IWF-Prognose wird die indische Wirtschaft zwischen 10,3 und 10,6 Prozent zurückgehen, während die Wirtschaft Bangladeschs um vier Prozent wachsen wird. Damit ist Bangladesch neben China eines der wenigen Länder mit

wachsender Wirtschaft im Corona-Jahr. Wenn die IWF-Projektionen korrekt sind, dann wird das Pro-Kopf-Einkommen Bangladeschs am Ende dieses Finanzjahres höher sein als das indische.

Sollte das Pro-Kopf-Einkommen Bangladeschs dasjenige Indiens übertreffen, werde dieses einstige Armenhaus Asiens nach Sri Lanka und den Malediven das drittreichste Land Südasiens sein. Dies ist ein Schock für viele Inder, die sich immer noch ein falsches Bild von dem Nachbarland machen und es bislang als hoffnungslosen Fall betrachteten. Das gilt insbesondere im Zusammenhang mit dem neuen Staatsbürgerschaftsgesetz „Citizenship Amendment Act“ von 2019, mit dem Millionen von bengalischen muslimischen Zuwanderern, die nach der Unabhängigkeit von Bangladesch 1971 nach Indien ge-

flüchtet waren, die indische Staatsangehörigkeit entzogen wurde. Indien war der Geburtshelfer bei der Unabhängigkeit des ehemaligen Ost-Pakistan von Pakistan.

China streckt schon die Fühler aus

Selbst wenn sich Indien im kommenden Jahr nach Einführung eines Corona-Impfstoffs mit einer prognostizierten Wachstumsrate von acht Prozent verbessern sollte, könnte es den Rückstand zu Bangladesch nur schwer wieder wettmachen. Dieser Rückgang um mehr als zehn Prozent ist in einem Jahr nicht aufzuholen. Das Pro-Kopf-Einkommen Indiens lag vor fünf Jahren noch um 40 Prozent höher als das von Bangladesch.

In den zurückliegenden fünf Jahren ist die Wirtschaft Bangladeschs um 9,1 Prozent, die Indiens aber nur um 3,2 Prozent

wachsen ist. Nur so konnte es Bangladesch es schaffen, etwa zwei Millionen wenigstens die Landessprache Bengalisch sprechende Rohingya-Flüchtlinge aus Myanmar problemlos zu integrieren.

Indien muss sich unter Führung von Premierminister Narendra Modi der Frage stellen, warum das Land in den vergangenen fünf Jahren seine Wachstumsdynamik in einem solchen Ausmaß verloren hat. Covid-19 ist dabei nur der Auslöser, nicht die Ursache. Unter dem Hindunationalisten Modi ist Indien zum Protektionismus zurückgekehrt.

Das Wachstum von Bangladesch basiert heute ebenso auf dem Export wie dasjenige Indiens vor Modi. Während Bangladeschs Exporte auch in der Pandemie boomen, sind diejenigen Indiens ins Stocken geraten.

MELDUNGEN

Teilzeit rechnet sich oft nicht

München/Gütersloh – Nach Berechnungen des ifo-Instituts lohnt es sich für viele Arbeitnehmer mit sogenannten 450-Euro-Jobs nicht, stattdessen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachzugehen. Bei der Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung haben die Münchner Forscher untersucht, ein wie großer Teil des Bruttoeinkommens im Niedriglohnbereich durch Steuern und Sozialabgaben vom Staat einbehalten wird. Modellrechnungen des ifo-Instituts haben ergeben, dass Arbeitnehmern bei einem Teilzeitjob mit doppelter Arbeitszeit bei gleichem Stundenlohn oft nicht einmal 100 Euro mehr bleiben als bei einem steuer- und abgabenfreien Minijob. Um die Anreize sozialversicherungspflichtiger Berufstätigkeit zu erhöhen, empfiehlt die Bertelsmann-Stiftung der Politik entsprechende Veränderungen der Hinzuverdienstregelungen für Alleinstehende, Alleinerziehende und Hartz-IV-Empfänger sowie eine Reform des Ehegattensplittings. N.H.

China-Motoren für Daimler

Stuttgart – Daimler will ab 2024 Hunderttausende Motoren pro Jahr in China bauen lassen. Bei der Produktion will der Stuttgarter Konzern mit seinem Großaktionär, dem chinesischen Unternehmen Geely, zusammenarbeiten. Beide Unternehmen wollen gemeinsam „an einem hocheffizienten Benzinmotor der nächsten Generation“ arbeiten, der für Hybridanwendungen ausgelegt wird. Die Motoren sollen nicht nur in Fahrzeugen von Daimler zum Einsatz kommen, sondern auch bei der Geely-Tochter Volvo. Personalvertreter bei Daimler übten Kritik an den Plänen der Daimler-Führung. Michael Häberle, Betriebsratschef des Daimler-Werks in Stuttgart-Untertürkheim, zeigte sich „fassungslos“. Er sagte, nicht einmal Diskussionen über alternative Fertigungsstandorte seien möglich gewesen. Erst im September war bekannt geworden, dass Daimler die Motorenproduktion in seinem Werk in Berlin-Marienfelde auslaufen lässt. N.H.

Bodo Bost

KOMMENTAR

Titel-Entwertung

ERIK LOMMATZSCH

Unlängst erzählte ein promovierter Pfarrer, er habe eine neue Gemeinde übernommen, in der tiefsten Provinz. Um freundliche, aber auch sehr einfache Menschen handle es sich dort. Seinen Doktor-Titel werde er wohl verschweigen müssen, denn einen Doktor gebe es im Dorf schon und Missverständnisse seien nicht auszuschließen, wenn es plötzlich heiße, der Herr Pfarrer sei nicht nur Pfarrer, sondern eben auch Doktor.

Die sichtliche Kennzeichnung mit dem höchsten akademischen Grad, auf die der Pfarrer verzichtete, ist hierzulande zwar nur selten zwingende Voraussetzung für einen beruflichen Aufstieg, gilt aber noch immer als äußerst karriereförderlich. Doktor sei des Deutschen liebster Vorname, heißt es.

Doch seit den Vorgängen um Verteidigungsminister Karl-Theodor von und zu Guttenberg (CSU) im Frühjahr 2011 ist der allgemein gute Ruf des Titels angekratzt. Durch Franziska Giffey (SPD), Familienministerin mit weiteren Ambitionen, ist die Diskussion wieder aktuell. Guttenberg musste wegen großflächiger Plagiate zurücktreten. Aus der Familie hieß es, ihm werde weniger die Abschreiber an sich verübelt als die Tatsache, dass er nicht mit geradem Rücken zu seinem Fehler gestanden habe. Unterstützt von der Kanzlerin, war er zunächst bemüht sich herauszuwinden. Weitere Karrieren fielen seitdem akribischen Plagiatssuchern zum Opfer. Der Blick der Öffentlichkeit war dabei vor allem auf die Politik gerichtet. Mit Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) verlor Merkel 2013 ein weiteres Kabinettsmitglied wegen entsprechender Vorwürfe.

Jagd statt Aufklärung

Im Fokus steht die Plagiatssucherei, die nicht selten eher vom Bestreben geprägt ist, jemanden zu „erledigen“, als von der wirklichen Suche nach der Aneignung fremden geistigen Eigentums. Um das Festhalten an Positionen geht es, um Rücktrittsforderungen, erteilte Rügen mit mannigfachen Peinlichkeiten, aber auch Bleibechancen oder die Titelaberkennung mit Amts- beziehungsweise Mandatsverlust. Aus dem Lager von Union und FDP wurde in der Vergangenheit der Vorwurf erhoben, die politisch linke Seite komme bei vergleichbaren Vorwürfen weitaus glimpflicher davon.

Die Problematik der Politiker-Doktoren ist jedoch umfassender. In gekauften, das heißt von professionellen „Beratern“

angefertigten Dissertationen wird man kaum Plagiate finden. Titel, die auf diese Weise erworben wurden, werden nur in den seltensten Fällen als Betrug entlarvt. Der Gedanke, dass es bei der Anfertigung einer Dissertation nicht vorrangig um die Verlängerung der Visitenkartenaufschrift geht, sondern um das Erbringen einer Forschungsleistung, scheint inzwischen selbst in der inneruniversitären Wahrnehmung nur noch bedingt präsent zu sein.

Bismarck hat nie einen regulären Doktor-Titel erworben, er hätte zu seiner Zeit wohl auch keine Verwendung dafür gehabt. Anders verhielt es sich später bei Konrad Adenauer (Zentrum, dann CDU), der ebenfalls lediglich Inhaber der ehrenhalber verliehenen Doktorwürde war. Hier wurde der Namenszusatz jedoch regelmäßig geführt. Auch für Helmut Kohl (CDU) war der – mit einer zwar nicht bahnbrechenden, aber soliden zeit-historischen Studie erlangte – Titel wichtig. Und für viele andere Politiker der Gegenwart ist er es auch. Auf der Strecke geblieben sind Wissenschaft und Charakter.

Vom Doktor zum „Scharlatan“

Der amtierende sächsische Innenminister Roland Wöller (CDU), der sich für sein Werk in einer fremden Magisterarbeit bedient hatte, ist zwar weiterhin regulärer Doktor, sein Doktorvater bezeichnete ihn jedoch im Nachgang enttäuscht als „Scharlatan“. Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) hatte in Tschechien einen Titel mit einer Arbeit erworben, die nicht den Anforderungen an eine deutsche Dissertation entspricht, seinen Doktor durfte er – einer seltsamen Regelung zufolge – nur in Bayern und Berlin führen. Nach öffentlichen Beanstandungen verzichtete er auf den Zusatz vor dem Namen, weitere Folgen hatte das Ganze für ihn nicht.

Mit einem derartigen Verzicht versucht gegenwärtig auch Franziska Giffey die Forderungen nach ihrem politischen Rückzug abzuwenden. Plagiatvorwürfe und ein voreingenommenes, inzwischen für unwirksam erklärtes universitäres Prüfverfahren verdecken die Tatsache, dass es sich – unabhängig von der Eigenleistung Giffey – um eine wissenschaftlich wertlose, ausschließlich zum Zweck des Titelerwerbs angefertigte Arbeit handelt. Der Vorwurf ist, wie in vielen anderen Fällen, jedoch auch an die Verantwortlichen an den Universitäten zu richten: an Professoren, die derartige Dissertationen überhaupt ermöglichen.



Umstrittener Einsatz am Brandenburger Tor: Erstmals seit vielen Jahren setzte die Berliner Polizei bei der „Querdenken“-Demonstration am 18. November wieder Wasserwerfer ein
Foto: imago images/E. Contini

ZWISCHENRUF

Wo sind die Brückenbauer?

BURGHARD GIESELER

Um es gleich vorweg zu sagen: Ja, die Corona-Pandemie ist real und von ihr geht eine reale Gefahr aus. Ja, in einem Rechtsstaat gelten Regeln, die auch derjenige einhalten muss, der ihren Sinn nicht einsieht. Ja, die Polizei hat die Pflicht, diese Regeln durchzusetzen.

Allerdings muss sie hierbei den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachten. Ob der massive Polizeieinsatz, mit dem am 18. November 2020 in Berlin gegen friedliche Demonstranten vorgegangen wurde, noch verhältnismäßig war, ist fraglich. Jedenfalls wirft seine Härte, die man gewöhnlich von der Berliner Polizei gegenüber Drogendealern, kriminellen Clans oder der stets gewaltbereiten „Antifa“ nicht sieht, ein bezeichnendes Licht auf das geistige Klima in unserem Land.

Tendenz zur Ausgrenzung

Schon vor Corona gab es bei uns die zunehmend totalitäre Tendenz, jeden, der auch nur geringfügig von der Generallinie abweicht, zu stigmatisieren und vom gesellschaftlichen Diskurs auszuschließen. Diese Entwicklung lässt sich gut an der inflationären Zunahme des Wortes „Leug-“

ner“ (Stichwort: „Klimaleugner“) ablesen, das auch demjenigen entgegeng gehalten wird, der gar nicht „leugnen“, sondern nur differenzieren will. In bewusster Assoziation zum Begriff „Holocaustleugner“ wird jedoch signalisiert, dass jede abweichende Meinung tabu ist.

Die Krise wird sich nicht überwinden lassen, indem man Kritiker als „Covidioten“ beschimpft oder Wasserwerfer gegen sie einsetzt

Diese schon vorhandene totalitäre Tendenz wurde durch die Corona-Pandemie zusätzlich verstärkt – und die Gräben in unserer Gesellschaft zusätzlich vertieft. Mit fatalen Folgen. Denn die gegenwärtige Krise wird sich nicht überwinden lassen, indem man die Kritiker

der Corona-Politik als „Covidioten“ beschimpft oder Wasserwerfer gegen sie in Gang setzt. Nur wenn man wieder das Gespräch, das gesellschaftliche Miteinander sucht und sich bemüht, die Menschen mitzunehmen, indem man ihnen mit Empathie begegnet – nur dann wird es gelingen, die Pandemie unbeschadet zu überstehen und die Gesellschaft zusammenzuhalten.

Fehlende geistige Führung

Eigentlich, so sollte man meinen, dürfte das doch gar nicht so schwer sein, da die Corona-Maßnahmen insgesamt – sieht man vielleicht von den Beschränkungen in den Bereichen Kultur und Gastronomie ab – durchaus zielführend sind.

Aber es fehlt an geistiger Führung in unserem Land. Wo sind die Autoritäten, die einer weitgehend entwurzelten Bevölkerung ein wenig Orientierung, Halt und Zuversicht geben könnten? Weder in der Politik und schon gar nicht in den Kirchen drängen sich derzeit Namen solcher Autoritäten auf, die willens und in der Lage wären, den Menschen ihre Angst vor der gegenwärtigen Situation und der Zukunft zu nehmen und sie wieder zusammenzuführen. Autoritäten, denen die Menschen vertrauen. Brückenbauer.

PORTRÄT

Der mehrheitsfähige AfD-Mann

Bei Postenvergaben im Bundestag stellen die etablierten Parteien der AfD bei jeder Gelegenheit ein Bein. Anders als alle anderen Fraktionen stellt die stärkste Oppositionspartei bis heute keinen Bundestagsvizepräsidenten. Selbst wenn es um den Vorsitz von Untersuchungsausschüssen geht, stellten sich viele quer. Traditionell wird die Reihe der Vorsitzenden pro Legislaturperiode nach der Größe der Fraktionen vergeben. Ging der erste Vorsitz zum Attentat auf dem Breitscheidplatz an die CDU, so ging der zweite zur Pkw-Maut an die SPD. Beim dritten zu Wirecard war die AfD an der Reihe.

Erst nach viel Hickhack hat man sich mit fünf gegen vier Stimmen auf den AfD-Parlamentarier Kay Gottschalk geeinigt. Angesichts der Blockadehaltung gegen-

über der AfD ist das eine Überraschung, mit der die übrigen Parteien aber gut leben können. Der Hamburger, der am 12. Dezember seinen 55. Geburtstag feiert, ist so etwas wie der seriöse Gegenentwurf zu jenen AfD-Politikern, deren Auftreten häufig als provokant und polternd empfunden wird.

Von einem Juristen wie Gottschalk, der auch ein kaufmännisches Diplom hat und in der Versicherungswirtschaft tätig war, kann man erwarten, dass er die Aufarbeitung des Wirecard-Skandals mit Zeugenbefragungen unter anderem von Angela Merkel und Olaf Scholz bis in einem Jahr professionell über die Bühne bringen wird.

Das abtrünnige SPD-Mitglied Gottschalk war mit Bernd Lucke einer der Mitbegründer der AfD und gehörte bis vor einem Jahr dem Bundesvorstand der Partei an. Als Hamburger Kommunalpolitiker zog er dann über die Landesliste Nordrhein-Westfalen in den Bundestag ein. Beim Wirecard-Untersuchungsausschuss kann er zeigen, dass die AfD zu konstruktiver Parlamentsarbeit fähig ist. H. Tews



Auf gemäßigte Art: Kay Gottschalk

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem

Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Es hat „Boom“ gemacht

Rückblick auf bessere Wirtschaftszeiten – Sieben Orte wollen ab Dezember „500 Jahre Industriekultur in Sachsen“ weiterfeiern

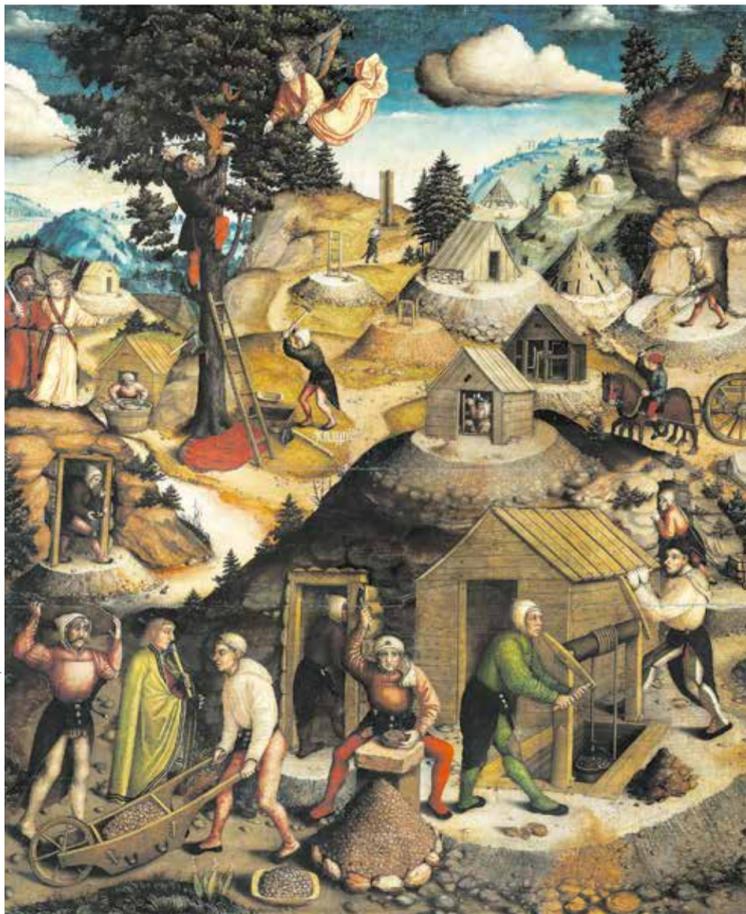
VON VEIT-MARIO THIEDE

Der Niedergang der Wirtschaft wegen Corona war nicht absehbar, als man in Sachsen die 4. Landesausstellung „Boom. 500 Jahre Industriekultur in Sachsen“ überschrieb. Immerhin konnte man sich bis zur Pandemie-bedingten Zwangsschließung in der Zwickauer Überblickschau sowie in sechs Spezialausstellungen an historischen Industrieschauplätzen mit dem Rückblick auf bessere Zeiten trösten, als noch alles florierte. Nach der Corona-Pause soll die Landesausstellung im Dezember fortgesetzt werden.

Die Zentralschau im Zwickauer Audi-Bau bietet den großen kulturhistorischen Überblick. Rund 600 Werkzeuge und Maschinen, Automaten und Konsumprodukte, Kunstwerke, Dokumente, Fotografien und Filme erzählen von den Auf- und Abschwüngen des sächsischen Wirtschaftslebens. Kurator Thomas Spring ist überzeugt: „Durch diesen Fokus auf die produktive Bewältigung von Krisen gewinnt die Ausstellung in Zeiten der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie an aktueller Relevanz.“

Die zentrale Schau beginnt mit dem Silberbergbau im Erzgebirge, der Sachsen im 16. Jahrhundert zu einem der ersten und wichtigsten Zentren der europäischen Industrialisierung erhob. Die Gewinnung von Silber und anderen Metallen begründete den Reichtum der sächsischen Herrscher. Ohne ihn wäre etwa die Prachtentfaltung Augustus des Starken nicht so üppig ausgefallen und Dresden nicht zur ob seiner barocken Bauwerke bewunderten Residenzstadt aufgestiegen.

Zu weiteren wichtigen Industriezweigen entwickelten sich die Textilproduktion, der Maschinenbau und die Automobilherstellung. Die Mangelwirtschaft der DDR steht ebenso im Blickpunkt wie das Industriesterben nach der deutschen Vereinigung. Zuletzt zeigt eine Videoinstalla-



Das „Bergeschrey“ sorgte im Barock für Wohlstand: Der Annaberger Bergaltar

tion „Zukunftsmacherinnen und -macher“ des Wirtschaftslebens. Sie geben Entwicklungsprognosen ab und erzählen, wie sie über Sachsen denken und welche Vorteile der Standort hat.

Die Spezialausstellungen an den sechs anderen Orten vertiefen die Themen der Überblickschau. Im Zwickauer August-Horch-Museum geht es um den „Auto-boom“. Vier Abteilungen behandeln die allgemeine Geschichte der motorisierten

Fortbewegung und die der sächsischen Fahrzeugproduktion. Daran schließen sich gegenwärtige Entwicklungen und ein Ausblick in die Zukunft an. Laut Vision der Ausstellungsmacher werden sich autonom fahrende Elektromobile über Straßen aus Solarmodulen bewegen und Verkehrsstörungen einfach überfliegen.

Das Industriemuseum Chemnitz ist in einer über 100 Jahre alten ehemaligen Gießereihalle untergebracht. Die Sonder-

schau „Maschinenboom“ bittet zur Reise durch die Epochen des Maschinenbaus. Es geht um deren Einsatz im Wirtschaftsleben und im Alltag. Die Schau beginnt mit einem Faustkeil und endet mit Utopien von menschenleeren Werkhallen.

Im Eisenbahnmuseum Chemnitz-Hilbersdorf, das nach dem Lockdown witterungsbedingt geschlossen bleibt und erst wieder Ende März 2021 öffnen wird, wurde auf dessen 26 Hektar großem ehemaligen Güterbahnhofsareal der „Eisenbahnboom“ abgehandelt. Anlässlich der Landesausstellung hat man das historische Betriebsgelände frisch ausgeschildert und die Dauerschau neu konzipiert. Sie erzählt von der über 180 Jahre alten sächsischen Eisenbahngeschichte. Überdies wird man auf dem Betriebsgelände und im Ringlokschuppen 50 alte Lokomotiven bestaunen können.

Silberboom in 150 Metern Tiefe

Lange Zeit war Crimmitschau eine Textilstadt mit weltweiten Handelsverbindungen. Doch nach der Vereinigung brach die Textilindustrie zusammen. Die 1990 stillgelegte Tuchfabrik der Gebrüder Pfau steht unter Denkmalschutz. Hinsichtlich der Größe und Vollständigkeit der ab 1899 errichteten Gebäude und des Maschinenparks ist sie in Mitteleuropa einzigartig. Als „Volltuchweberei“ vereinigt sie von der Wollflocke über das Spinnen, Weben und Walken bis zur Appretur alle Arbeitsschritte der Tuchfabrikation. Das Museumspersonal wirft die entsprechenden Maschinen für die Besucher des „Textil-booms“ an.

Um den „Kohleboom“ geht es auf dem Gelände des früheren „Kaiserin-Augusta-Schachts“ im Erzgebirgsort Oelsnitz. Der Steinkohlenabbau fand 1971 sein Ende. Das daraufhin in den Gebäuden eingerichtete Bergbaumuseum bedarf der Restaurierung und die Dauerschau der Aktualisierung. Sie sollen 2023 vollendet sein. Einen Vorgeschmack auf das Kommende

gewährt die Sonderöffnung anlässlich der Landesausstellung. Im Blickpunkt stehen die Bedeutung und Auswirkung des Steinkohlenbergbaus auf Mensch und Wirtschaft, Natur und Kultur.

Über Jahrhunderte war Freibergs „Reiche Zeche“ eines der fortschrittlichsten Silberbergwerke Europas. Heute forschen und lehren hier Wissenschaftler der Technischen Universität Bergakademie Freiberg. Nun ist es obendrein Schau-



Vollendung sächsischer Industriekultur: Limousinen im August Horch Museum von Zwickau Foto: Thiede

platz des „Silberbooms“. In 150 Metern Tiefe kann man an der 90 Minuten dauernden „Entdeckertour“ teilnehmen, auf der es um die schwere und gefährvolle Arbeit der früheren Bergleute geht. Eine Stunde länger dauert die „Forschertour“, Sie vermittelt an Versuchsständen Einblicke in zukunftsweisende Projekte und Technologien, die hier unter Tage erprobt werden.

● **Boom. 500 Jahre Industriekultur in Sachsen** www.boom-sachsen.de. Katalog, Sandstein Verlag, 19,90 Euro in den Ausstellungen, 29 Euro im Buchhandel

LIEDKUNST

Musik des Meeres

Ein Sylter war einziger Schüler von Brahms – Die Lieder von Gustav Jenner sind neu auf CD eingespielt

Nur ein Musikschüler hatte die Ehre, von Johannes Brahms in dessen Wiener Zeit in Kompositionslehre unterrichtet zu werden: Gustav Jenner. Vielleicht lag es daran, dass er Norddeutscher war – wie Brahms selbst. Das verbindet. Brahms stammt aus Hamburg, und Jenner wurde am 3. Dezember 1865 auf Sylt geboren.

Zu Lebzeiten machte sich Jenner einen Namen als Liedkomponist mit Vertonungen von Gedichten seiner schleswig-holsteinischen Landsleute Theodor Storm und Klaus Groth. Heute ist Jenner, der am 29. August 1920 im Alter von 54 Jahren in Marburg starb, nahezu vergessen. Im Frühjahr sollte eigentlich ein Festival an den 100. Todestag des Komponisten auf dessen Geburtsinsel erinnern. Doch wegen der Corona-Krise mussten alle Veranstaltungen abgesagt werden. Dafür hat jetzt der Sänger Ulf Bästlein dessen Liedschaffen wiederentdeckt.

„Vielleicht waren die Nordseewellen die erste ‚Musik‘, das erste arrangierte Stück, das der Komponist Gustav Jenner jemals hörte. Vielleicht waren der Wind, das Rauschen des Meeres und das Krei-

schon der Möwen das erste Zusammenspiel verschiedener Instrumente, die der kleine Gustav in seinem Geburtsort Keitum auf Sylt vernahm. Schließlich sollten später Kritiker und Liebhaber seiner Werke die Meinung vertreten, in all seinen Kompositionen höre man es: das Meer“, so der in Flensburg geborene und in Husum aufgewachsene Bassbariton Bästlein.

Schon lange beschäftigt sich der Gesangsprofessor an der Musikhochschule Graz mit Jenners Œuvre. So standen dessen Werke in den zurückliegenden Jahren häufig im Mittelpunkt der Konzertabende der Meisterkurse Liedkunst im Schloss vor Husum, die Bästlein leitet.

Schon früh hatte sich der Dithmarscher Heimatdichter Klaus Groth für den talentierten Jenner eingesetzt. Auch Theodor Storm, der den jungen Mann in seinem Alterswohnsitz empfing, hatte sich bereits 1884 beeindruckt über ihn geäußert. Jenner fühlte sich diesen beiden um eine Generation älteren Dichtern zeitlich verbunden. „Der Kieler Salon Groths stellte einen Glücksfall der europäischen Kulturgeschichte dar“, sagt Bäst-

lein, „von dort aus öffneten sich für den jungen Komponisten die Türen zur Welt.“

Groth arrangierte ein Treffen zwischen Jenner und Brahms und sammelte Geld, um seinem Schützling das Studium bei seinem als mürrisch geltenden Freund in Wien zu ermöglichen. „Kaum ist Jenner in Wien, schreibt er einen bewegenden

Brief an Groth, in dem er detailliert berichtet, wie Brahms ihn unter seine Fittiche genommen hat, ihm bei der Quartiersuche genauso geholfen hat wie bei der Ausstattung der Wohnung und ihm den Weg in die Salons der Stadt ebnet“, erzählt Bästlein.

Sieben Jahre hielt es der Nordfriese in Wien aus, auch wenn ihm der Umgang mit dessen Einwohnern schwerfiel. Die norddeutsche Zurückhaltung wurde ihm in Wien mal so, mal so ausgelegt. Besonders das Prinzip der „österreichischen Gemütlichkeit“ stellte für den gebürtigen Sylter zeitweilig eine Unart dar.

Später wurde Jenner auf Empfehlung von Brahms und Groth zum Universitätsmusikdirektor in Marburg ernannt, wo bis zu seinem Tod zahlreiche Kompositionen entstanden, darunter über 150 Lieder, diverse Chorwerke sowie auch Instrumentalwerke. Andreas Guballa

● **CD-Tipp** Ulf Bästlein (Gesang) und Charles Spencer (Klavier), „Die Welt ist lauter Stille, nur mein Gedanke wacht – Lieder von Gustav Jenner“ (Naxos Verlag)



Vor 100 Jahren gestorben: Gustav Jenner

DIGITALE ZUKUNFT

Das Museum vom Sofa aus

Kann das Publikum wegen Corona-bedingter Schließungen nicht mehr in die Museen kommen, so kommen diese dafür zum Publikum nach Hause. Immer mehr Institutionen stellen ihre Sammlungen online mit 360-Grad-Rundgängen oder Podcasts vor, die man bequem vom heimischen Sofa aus konsumieren kann. Weil die Produktion zusätzliches Geld kostet, man aber wegen der Schließung keine Einnahmen generiert, können sich in der Regel nur staatlich subventionierte Häuser diese meist kostenlosen Angebote leisten. Das Problem: Es fördert ein neues Nutzerverhalten. Wer sich langsam daran gewöhnt, eine Sammlung am Bildschirm anzusehen und diese nicht nur von einem Kurator erklärt bekommt, sondern auch einzelne Exponate in Detailansicht heranzoomen kann, der wird sich auch in einer Zukunft nach Corona den Gang ins Museum lieber sparen. Nun leisten auch die Staatlichen Museen zu Berlin dieser Entwicklung mit ihrem Online-Angebot Vorschub: www.smb.museum/online-angebote tws

KAISERBRIEF

Vor 150 Jahren
griff Ludwig II.
zur Feder

Nachdem die kleindeutsche Lösung der deutschen Frage durch den Beitritt der süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bund realisiert war, sollte das Einigungswerk buchstäblich durch eine Kaiserkrone gekrönt werden. Preußens Ministerpräsident Otto von Bismarck, der um den durch die Romantik mit ihrer Mittelalter-



König Ludwig II. von Bayern

verklärung noch verstärkten Nimbus von Kaiser und Reich in der deutschen Nation wusste, sprach von „dem formalen Abschluss unsrer nationalen Einigung“.

Das warf die Frage auf nach der Legitimation des zu schaffenden kleindeutschen Kaisertums. Eine Kaiserkrone aus der Hand des Parlaments als Volksvertretung hatte bereits König Friedrich Wilhelm IV. 1849 abgelehnt. Friedrich Wilhelms Bruder und Nachfolger Wilhelm I. und dessen Regierungschef dachten da nicht anders. Wen er stattdessen für legitimiert hielt, dem Preußenkönig die deutsche Kaiserkrone anzutragen, machte Bismarck in einem Schreiben an den bayerischen König Ludwig II. vom 27. November 1870 deutlich: „Bezüglich der deutschen Kaiserfrage ist es nach meinem ehrfurchtsvollen Ermessen vor allem wichtig, dass deren Anregung von keiner anderen Seite wie von Eurer Majestät und namentlich nicht von der Volksvertretung zuerst ausgehe. Die Stellung würde gefälscht werden, wenn sie ihren Ursprung nicht in der freien und wohlwollenen Initiative des mächtigsten der dem Bunde beitretenden Fürsten verdankte.“

Nun stand Bismarck vor der Frage, wie er Ludwig zu einer derartigen Initiative motivieren konnte. Der Bayernkönig brauchte Geld für den Bau seiner Schlösser, und der preußische Ministerpräsident verfügte über den sogenannten Reptilienfonds. Preußen hatte nach dem gewonnenen Deutschen Krieg von 1866 nicht nur Hannover annektiert, sondern auch das Privatvermögen des Herrscherhauses beschlagnahmt. Auf dieses Welfenvermögen selbst hatte Bismarck zwar keinen Zugriff, wohl aber auf dessen Erträge. Und die reichten, dass Ludwig in dem von Bismarck am 27. November 1870 aufgesetzten, von ihm selbst am 30. November unterzeichneten und am 3. Dezember von Wilhelm empfangenen sogenannten Kaiserbrief dem preußischen König den Kaisertitel antrug – anders als 1849 die Kaiserdeputation der Paulskirche mit Erfolg. *Manuel Ruoff*

ALFRED NOBEL

Ein Preis für jene, „die der Menschheit
den größten Nutzen erbracht haben“

Vor 125 Jahren unterschrieb der „Dynamit-König“ im Beisein einiger Freunde im Schwedisch-Norwegischen Club in Paris das letzte und endgültige seiner Testamente

VON WOLFGANG KAUFMANN

Als der schwedische Industrielle Alfred Nobel am 10. Dezember 1896 im Alter von 63 Jahren starb, hinterließ er ein für die damalige Zeit immenses Vermögen von 31.225.000 Kronen – nach heutigem Geldwert mehr als 300 Millionen Euro. Dieser Reichtum resultierte aus der Vermarktung des von Nobel erfundenen Dynamits und seiner übrigen 354 Patente. Die finalen Nutznießer des Millionenerbes benannte Nobel in seinem dritten und endgültigen Testament, das er vor 125 Jahren, am 27. November 1895, im Beisein einiger Freunde im Schwedisch-Norwegischen Club in Paris unterzeichnete.

Viele Preise gingen an Preußen

Nach Abzug diverser Zuwendungen an Verwandte und Bekannte, die rund sechs Prozent des Nachlasses ausmachten, sollte die gesamte übrige Summe in einen Fonds fließen, „dessen Zinsen jährlich als Preis an diejenigen ausgeteilt werden, die im vergangenen Jahr der Menschheit den größten Nutzen erbracht haben“. Dabei



„Es ist mein ausdrücklicher Wille, dass bei der Preisverteilung die Zuteilung nicht an irgendeiner Nationalität festgemacht wird“

Alfred Nobel

dachte Nobel explizit an Mediziner beziehungsweise Physiologen, Chemiker, Physiker und Literaten sowie an Personen oder Institutionen, „die am meisten oder am besten auf die Verbrüderung der Völker und die Abschaffung oder Verminderung stehender Heere sowie das Abhalten und die Förderung von Friedenskongressen hingewirkt“ haben. Eine Begründung für die Auslobung des später nach ihm benannten Preises gab Nobel damals nicht – nach Aussage von Zeugen bei der Testamentserstellung wollte er aber offensichtlich einen eigenen substanziellen Beitrag zur Bewahrung des Friedens in der Welt leisten und zugleich auch herausragenden Wissenschaftlern finanzielle Unabhängigkeit bieten.

Allerdings erhob die Verwandtschaft des „Dynamit-Königs“ zunächst Einspruch gegen dessen Letzten Willen. Deshalb zog sich die formelle Etablierung der Nobelstiftung durch Ragnar Sohlman und Rudolf Lilljequist noch bis zum 29. Juni 1900 hin. Daher konnte die erste Preisverleihung nicht vor dem fünften Todestag Nobels, dem 10. Dezember 1901, stattfinden. Für auszeichnungswürdig befunden worden waren damals neben dem nieder-

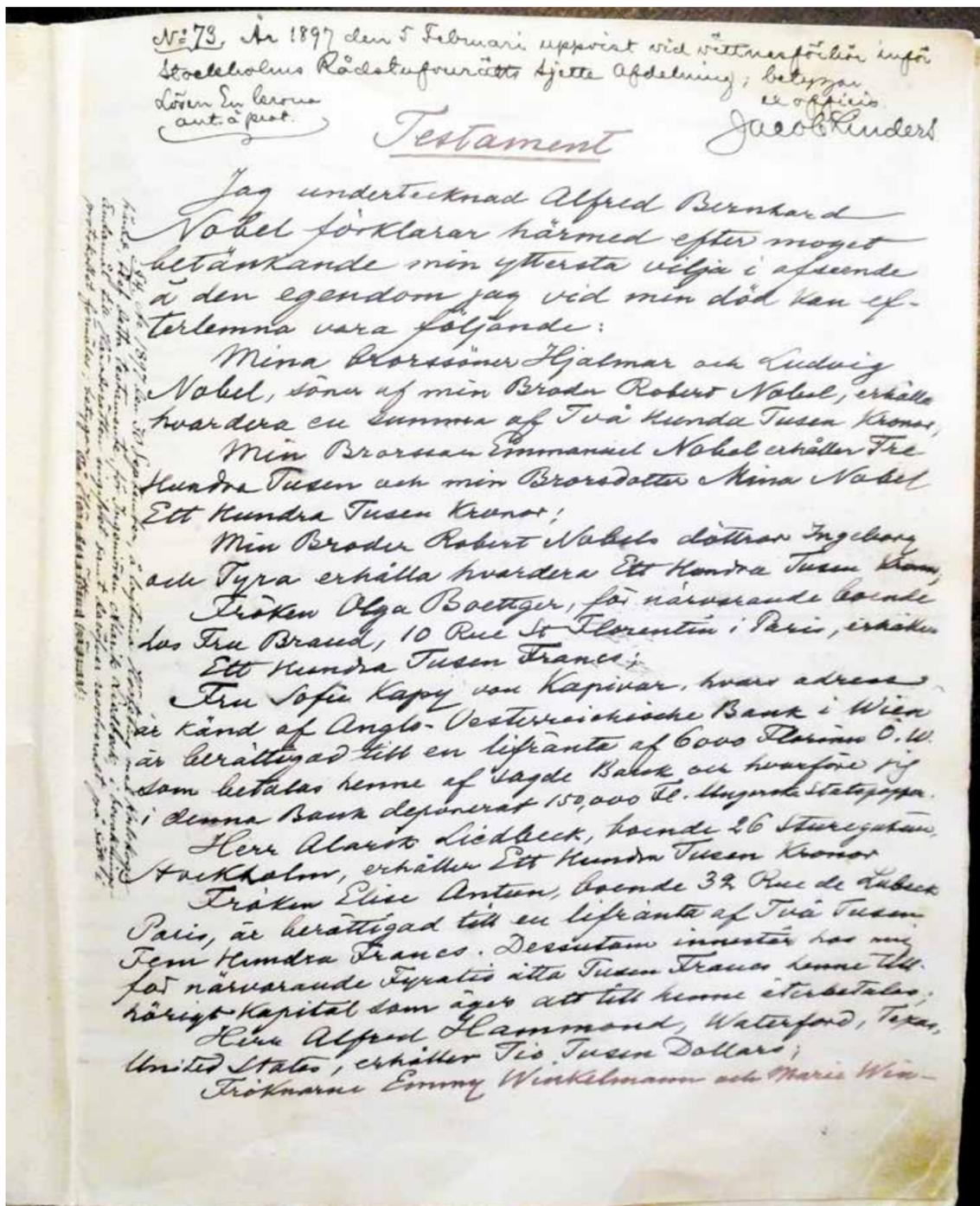
ländischen Chemiker Jacobus Henricus van 't Hoff, dem Schweizer Henry Dunant und den beiden Franzosen Sully Prudhomme und Frédéric Passy auch die beiden deutschen Wissenschaftler Wilhelm Conrad Röntgen für die Entdeckung der nach ihm benannten Strahlung und Emil von Behring aufgrund seiner Erfolge bei der Entwicklung von Impfstoffen.

Nicht immer im Sinne Alfred Nobels

So ging es in den Folgejahren weiter. Deutsche Forscher erhielten regelmäßig einen der begehrten Preise. Inzwischen liegt die Zahl der Nobelpreisträger mit einem Geburtsort im Deutschen Reich oder der Bundesrepublik oder aber einer später erworbenen deutschen Staatsbürgerschaft bei 103. Davon wurden 30 für ihre Leistungen auf dem Gebiet der Physik ausgezeichnet, 33 mit dem Nobelpreis für Chemie und 24 mit dem für Medizin oder Physiologie. Dazu kommen zehn Träger des Literaturnobelpreises und sechs Friedensnobelpreisträger. Bei bislang nur 876 Laureaten insgesamt weltweit sind das fast zwölf Prozent, ist das mehr als jeder Neunte.

Obwohl Preußen bereits 1947 für aufgelöst erklärt wurde, wurden 42 der deutschen Nobelpreisträger im Königreich oder dem anschließenden Freistaat geboren. Und die Meisten wuchsen auch dort auf und besuchten preußische Universitäten oder Lehranstalten. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf das Schulsystem und die Hochschullandschaft Preußens, dem ebenso unbedarft wie böswillige Kritiker gerne eine reaktionäre Wissenschafts- und Kunstferne sowie ausschließliche Konzentration aufs Militärische bei gleichzeitiger Schwächung des Bildungsbürgertums unterstellen.

Doch nicht jeder Träger des Nobelpreises hat ihn im Sinne dessen Stifters auch wirklich verdient. So wurden Personen aus politischer Liebedienerei ausgezeichnet, die in keiner Weise den Kriterien Nobels entsprachen. Der US-Präsident Barack Obama erhielt den Preis 2009 für seine angeblich „außergewöhnlichen Bemühungen, die internationale Diplomatie und die Zusammenarbeit zwischen den Völkern zu stärken“. Andere hätten den Preis verdient gehabt, bekamen ihn aber nicht, weil sie beispielweise starben, bevor man die Tragweite ihrer Entdeckung erkannte. Der kanadische Mediziner Oswald Avery, der herausfand, dass die DNA Träger der Erbinformation ist, wurde zwar 38 Mal für den Nobelpreis vorgeschlagen, ging aber bis zu seinem Tode im Jahre 1955 leer aus. Manche Geistesgrößen erhielten ihn zwar, mussten dafür aber ein fast schon biblisches Alter erreichen. Der Physiker John B. Goodenough, der über 800 wissenschaftliche Veröffentlichungen vorgelegt hat, hatte bereits seinen 97. Geburtstag gefeiert, als man ihm 2019 endlich den Preis zuerkannte. Die Kinderrechtsaktivistin Malala Yousafzai aus Pakistan erhielt ihn hingegen bereits mit 17 Jahren. Wieder anderen wurde er zwar zuerkannt, aber sie lehnten ihn ab. Der französische Schriftsteller Jean-Paul Sartre nahm aus Prinzip keine Preise entgegen. Und der vietnamesische Politiker Le Duc Tho, der 1973 gemeinsam mit Henry Kissinger für die Aushandlung eines Waffenstillstands im Vietnamkrieg ausgezeichnet werden sollte, verweigerte die Annahme des Friedensnobelpreises mit dem Hinweis, dass in seinem Land nach wie vor kein Frieden herrsche.



Alfred Nobels Testament vom 27. November 1895: Erste Seite

Foto: Waage

CARE

Die Pakete der US-Hilfsorganisation erlangten in Deutschland Berühmtheit

Vor 75 Jahren wurde die „Cooperative for American Remittances to Europe“ gegründet. Corned Beef, Aprikosenkonserven und andere Liebesgaben sollten politische Früchte tragen

VON KLAUS J. GROTH

Die CARE-Pakete waren für die hungernden Menschen in der Nachkriegszeit wie ein Geschenk des Himmels. Am 27. November 1945 gründeten 22 US-amerikanische Wohlfahrtsverbände, darunter die Heilsarmee und Kirchen wie die Quäker, die Mennoniten oder die Church of the Brethren, die „Cooperative for American Remittances to Europe“ (Vereinigung für amerikanische Hilfssendungen nach Europa). Die Abkürzung lautete „CARE“, was auf Deutsch so viel wie „Fürsorge“ heißt. Rund zehn Millionen der gespendeten Lebensmittelsendungen schickte die Organisation nach Westdeutschland.

Der Frachter „American Ranger“, der im Juli 1946 in Bremerhaven eintraf, war voll beladen mit Paketen mit der Aufschrift „CARE“. Erst zögernd, dann immer freudiger packten Familien sie aus und buchstabierten: „Braised Beef in Gravy“, „Liver Loaf“, „Cane Sugar“. Alle diese Herrlichkeiten in Dosen oder „vacuum packed“ hatten die Menschen in den zerstörten Städten noch niemals oder seit Langem nicht mehr geschmeckt. Hauptsächlich Brot, Kartoffeln und Steckrüben kamen auf den Tisch. Vor allem Kinder und Alte litten an Unterernährung, viele verhungerten. Ein CARE-Paket lieferte 40.000 Kalorien und sollte einen Monat lang für einen vierköpfigen Haushalt reichen.

„Von Mensch zu Mensch“

Die Gründung von CARE ging auf die Initiative von zwei Männern zurück, Arthur C. Ringland und Lincoln Clark, beides leitende Mitarbeiter von Hilfsorganisationen. Ihre Idee: US-amerikanische Bürger sollten Pakete mit Lebensmitteln spenden, eine persönliche Liebesgabe „von Mensch zu Mensch“. Noch war jede private Hilfe für Deutschland verboten. Nur die Regierung durfte Nahrungsmittel verteilen lassen. Deren Rationen waren völlig unzureichend. Im Februar 1946 schwenkte US-Präsident Harry S. Truman um. Die Besatzungspolitik sollte statt auf strafende auf „rehabilitierende“ Maßnahmen ausgerichtet werden. Das hatte nicht nur humanitäre Gründe. Im beginnenden Kalten Krieg wollten die US-Amerikaner die Deutschen nicht in die Arme der Kommunisten treiben. Das besiegte Land sollte sich schnell erholen, um zu einem loyalen Partner des westlichen Bündnisses zu werden. In einem Bericht an die Regierung über die verzweifelte Situation in den Besatzungszonen hieß es: „Demokratische Lehren werden kaum in den Köpfen der Deutschen verankert werden, wenn ihre Mägen dauerhaft leer sind. Freundlichkeit, Verständnis und ernsthafte Hilfsbereitschaft sind nicht nur Sentimentalitäten und ein Gespött für ‚Realisten‘, sie sind Realitäten, die bei der Gestaltung eines neuen Deutschlands zählen.“

Die erste Generation der CARE-Pakete stammte aus dem Bestand des US-Heeres. In dessen Lagerhallen lagen 2,8 Millionen Pakete mit Fleisch, Obst, Getränkpulver, Zigaretten und Kaugummi, fertig verpackt zum Verschiffen. CARE erhielt die Erlaubnis, die Vorräte aufzukaufen. Die Tagesverpflegungen für jeweils zehn Soldaten waren für den Einmarsch von US-Truppen in Japan bestimmt gewesen. Nach dem Abwurf der



Exponat des National Museum of American History: Ein CARE-Paket

Foto: Daderot

Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki hatte Japan kapituliert.

CARE stieß zunächst bei US-Bürgern mit europäischen Wurzeln auf ein großes Echo. Viele wollten in den Herkunftsländern ihrer Eltern und Großeltern helfen. Eine Welle der Wohltätigkeit rollte an, die sich bald auf Westdeutschland konzentrierte. Fotos von abgemagerten Kindern und Frauen in den Ruinen der Städte erschienen auf den ersten Seiten der US-Zeitungen. Die Berichte und eine emotionale Werbekampagne bewirkten einen Umschwung der öffentlichen Meinung. Die US-Amerikaner sahen die ehemaligen Feinde nicht mehr als „Nazis“, sondern als hilfsbedürftige Mitmenschen. Prominente wie Marlene Dietrich, Ingrid Bergman, Gregory Peck und der Boxer Joe Louis warben um Spenden: „Please care.“

1947 waren die Bestände der Armee aufgebraucht. Der Inhalt der Pakete zum Preis von 15 US-Dollar wurde nunmehr auf die Bedürfnisse von Familien zugeschnitten. Die robusten Kartons enthielten Corned Beef, Leber, Speck, Schmalz, Aprikosen-Konserven, Honig, Schokolade, Zucker, Ei- und Milchpulver sowie Kaffee. Die Spender konnten die Namen von Verwandten angeben oder Patenschaften für Unbekannte übernehmen. Unterstützt von deutschen Wohlfahrtsverbänden kümmerte sich CARE um die Ermittlung von Adressen und den Transport. Eine schwierige logistische Aufgabe in einem Land, in dem Millionen Flüchtlinge herumirrten und die Infrastruktur zerstört war.

100 Millionen Pakete nach Europa

Wer ein Paket erhielt, musste den Empfang auf einer Quittung bestätigen. So sollte verhindert werden, dass der kostbare Inhalt auf dem Schwarzmarkt landete. Über die Ankunft der ersten Geschenkpakete in Berlin berichtete der Berliner „Telegraf“ am 11. August 1946: „In zwei

Waggons trafen gestern die ersten Liebesgabenpakete aus Amerika auf dem Güterbahnhof Steglitz ein ...“ Die Waggons enthielten 1480 CARE-Pakete und kamen aus Bremerhaven. 150 Pakete seien direkt an Berliner Familien adressiert gewesen. Als „glücklichen Empfänger Nr. 1“ nannte die Zeitung W. Starick in Charlottenburg, Dahlmannstraße 5.

„Demokratische Lehren werden kaum in den Köpfen der Deutschen verankert werden, wenn ihre Mägen dauerhaft leer sind. Freundlichkeit, Verständnis und ernsthafte Hilfsbereitschaft sind nicht nur Sentimentalitäten und ein Gespött für ‚Realisten‘, sie sind Realitäten, die bei der Gestaltung eines neuen Deutschlands zählen“

Hermann Ebeling
Pädagoge, Journalist und
Hochschullehrer

Das Sortiment wurde ständig erweitert. Spender konnten zwischen verschiedenen Pakettypen wählen: Saatgut, Werkzeug, Babynahrung und Medikamente, sogar ganze Truthähne, konserviert in Schmalz, wanderten zu Weihnachten über den Ozean.

Am 24. Juni 1948 begann die Blockade von West-Berlin durch die Sowjets. CARE charterte Flugzeuge, um sich an der Luftbrücke zu beteiligen. Nun kamen die Pakete buchstäblich vom Himmel. Drei Millionen waren es, gefüllt auch mit Wolldecken, Kleidung und Schuhen. Die Popularität von CARE stellte die Arbeit anderer Helfer in den Schatten. Die Nichtregierungsorganisation „Council of Relief Agencies Licensed to Operate in Germany“ (Rat der zur Arbeit in Deutschland zugelassenen Hilfsorganisationen) mit dem sperrigen Kürzel „CRALOG“, die wesentlich mehr Spenden für Lebensmittelpakete und Gebrauchsgüter einsammelte, blieb weitgehend unbekannt.

In den 50er Jahren begann sich das Leben in Europa zu normalisieren. Die Bundesrepublik erlebte ein Wirtschaftswunder. 1960 stellte CARE die Sendungen ein. Insgesamt 100 Millionen Pakete wurden nach Europa geschickt.

Ab 1946 bildeten sich außerhalb der USA nationale Ableger der US-amerikanischen Organisation. Kanada machte den Anfang. Es folgten die Bundesrepublik und Norwegen 1980, Frankreich 1983, Großbritannien 1985, Österreich 1986, Australien und Japan 1987, Dänemark 1988, die Niederlande 2001, Thailand 2003, Indien 2011 und schließlich Peru 2015. 1982 schlossen sich die unabhängig voneinander arbeitenden nationalen CARE-Organisationen unter der Bezeichnung „CARE International“ zu einem Netzwerk zusammen. Die internationale Koordination übernimmt ein Generalsekretariat in Genf. CARE Deutschland sitzt in Bonn.

ERNST ROWOHLT

Verleger mit dem Gespür für gute Literatur

Jeder kennt die rororo-Taschenbücher. Die Abkürzung stand ursprünglich für „Rowohlts-Rotations-Romane“. Wie Zeitungen wurden sie Ende der 1940er Jahre im Rotationsverfahren gedruckt. Es waren auf Zeitungspapier gedruckte Bücher zum kleinen Preis. Ernst Rowohlt hatte die Idee, auf diese Weise auch einem weniger betuchten Leserkreis gute Literatur näherzubringen.

Rowohlt war ein Verleger mit dem Gespür für gute Literatur. 1928 legte er den Grundstein für seinen Erfolg, als er die zeitgenössische Literatur aus den USA entdeckte und übersetzte, darunter Bücher von Sinclair Lewis, Ernest Hemingway, Thomas Wolfe und William Faulkner. Lewis sollte 1930 der erste Nobelpreisträger aus dem Hause Rowohlt werden.

Bis sich der Verlag etablieren konnte, mussten zahlreiche Hürden überwunden werden. Der am 23. Juni 1887 in Bremen geborene Rowohlt hatte nach seiner Ausbildung in einer Leipziger Druckerei in Buchhandlungen in München und Paris gearbeitet. Schon mit 21 Jahren gab er einen Gedichtband heraus. Bis 1910 hatte der an Geldmangel leidende Verleger erst wenige Titel im Sortiment, als er Kurt Wolff kennenlernte, der in seinen Verlag investierte. Nur zwei Jahre später kam es aber zum Zerwürfnis mit seinem Teilhaber. Rowohlt verließ den Verlag und arbeitete unter anderem beim S. Fischer Verlag in Berlin.

Der Erste Weltkrieg unterbrach Rowohlts Arbeit. Die zweite Verlagsgründung erfolgte 1919 in Berlin. Neben Werken von Robert Musil, Joachim Ringelnatz, Walter Benjamin, Kurt Tucholsky und Hans Fallada erschienen linksintellektuelle Wochenblätter. Rowohlt hatte ein Gespür für erfolgreiche Autoren. Falladas 1932 erschienenes Buch „Kleiner Mann, was nun“ wurde zum Verkaufsschlager, der in 20 Sprachen übersetzt wurde.

Weil er Werke jüdischer Autoren publizierte, wurden Teile der Produktion Opfer der Bücherverbrennung. Gegen Rowohlt selbst wurde 1937 ein Berufsverbot verhängt, was ihn zur Emigration veranlasste. 1950 zog der Verlag nach Hamburg um. Vor den Toren der Stadt, in Reinbek, baute der Fir-



Vor 60 Jahren gestorben: Der Verleger Ernst Rowohlt Foto: pa

mengründer ein Verlagshaus, in das der Verlag 1960 einzog.

Ehre für seine kulturellen Verdienste wurden ihm durch die Verleihung des Großen Bundesverdienstkreuzes und die Ehrendoktorwürde der Universität Leipzig zuteil.

Ab 1955 suchten ihn Krankheiten heim, sodass sein Sohn nach und nach die Geschäfte übernahm. Rowohlt verstarb vor 60 Jahren, am 1. Dezember 1960, an den Folgen seines zweiten Herzinfarkts. *Manuela Rosenthal-Kappi*

VON WOLFGANG KAUFMANN

An US-amerikanischen Hochschulen gelangen oft nobelpreiswürdige Entdeckungen. Manchmal werden dort allerdings auch Ideen ausgeheckt, auf welche die Menschheit gut und gerne hätte verzichten können. Ein Musterbeispiel hierfür ist das Konzept der Mikroaggression, dessen Geburtsstunde im Jahre 2007 schlug. Damals saß der Psychologieprofessor von der New Yorker Columbia-Universität Derald Wing Sue in einem kleinen Flugzeug, in dem sich alle Passagiere auf der linken Seite der Maschine zusammendrängten. Daraufhin bat die Flugbegleiterin den chinesischstämmigen Sue und dessen schwarzen Mitreisenden, aus Sicherheitsgründen die Plätze zu wechseln. Für Sue überschritt sie damit eine Grenze, weil sie die einzigen Nichtweißen an Bord umsetzen wollte.

Das Verhalten der Flugbegleiterin charakterisierte Sue später als ganz eindeutige Mikroaggression, wobei er in seinem Furor machenden Aufsatz „Racial Microaggressions in Everyday Life“ (Rassistische Mikroaggressionen im Alltag), der in der Fachzeitschrift „American Psychologist“ erschien, gleich drei Formen dieser Art von Diskriminierung auflistete: Ganz absichtliche plumpe Mikroangriffe (microassaults), subtilere bewusste oder unbewusste Mikrobeleidigungen (microinsults) sowie von Ignoranz geprägte Mikroentwertungen (microinvalidations).

In allen drei Fällen, so Sue weiter, handele es sich um Botschaften an Angehörige marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen, also an Farbige, Immigranten, Homosexuelle, Behinderte und ähnliche Personen, die einerseits abwertend seien und andererseits die Gruppenzugehörigkeit der Mikroaggressionsopfer thematisierten. Das gelte auch für scheinbar unverfängliche Sätze wie: „Dein Name ist aber schwer auszusprechen“ an die Adresse eines Zugewanderten. Oder den Willkommensgruß für den neuen schwarzen Kollegen, dem damit nur seine nach wie vor bestehende Außenseiterrolle bewusst gemacht werde solle.

Unternehmen knicken beflissen ein

Ganz neu war das Konzept von Sue freilich nicht, denn ähnlich hatte es schon der Psychiater Chester Pierce von der Elite-Universität Harvard formuliert. Jedoch kam dessen diesbezügliche Publikation „Offensive Mechanisms“ (Mechanismen der Beleidigung) aus dem Jahre 1970 zu zeitig, um ein großes Echo auszulösen. Anders hingegen die Reaktionen im Jahre 2007. Plötzlich waren die Mikroaggressionen in aller Munde, während sich immer mehr „Opfer“ zu Wort meldeten und beklagten, wie oft und gravierend sie durch die Äußerungen anderer in ihrer Seele verletzt würden.



Vor allem schwarze Studenten fühlen sich als Opfer von „Mikroaggression“: Feierliche Diplomverleihung an einer US-Universität

Foto: Mauritius

PSYCHOLOGIE

Vorwurf „Mikroaggression“ – die Waffe gegen Jedermann

Wenn die Gefühle vermeintlicher Opfer zum Maßstab für alles werden: Von den USA kommend breitet sich ein wissenschaftsferner Ungeist nun auch in Deutschland aus

Für große US-amerikanische Unternehmen war dies bald Grund genug gegenzusteuern. Um jedwede „Feindseligkeit“ im Arbeitsalltag auszuschließen, verordneten Coca-Cola, Google und Co. ihren Mitarbeitern umfangreiche Trainingsmaßnahmen zwecks Erkennung und Vermeidung von mikroaggressiven Äußerungen und Verhaltensweisen. Mit der Zeit erhoben sich aber auch Stimmen, welche die wachsende Hysterie rund um die vermeintlichen Mikroaggressionen und die Unwissenschaftlichkeit von Sues Annahmen kritisierten.

Allen voran Scott Lilienfeld, Psychologieprofessor an der Emory University in Atlanta. Der schrieb 2017 in einem Aufsatz mit dem Titel „Microaggressions – Strong Claims, Inadequate Evidence“ (Mikroaggressionen – starke Behauptungen, unzureichende Beweise), der in dem Fachblatt „Perspectives on Psychological Science“ erschien, dass das Konzept „viel zu unterentwickelt“ sei, „um in der ech-

ten Welt angewandt zu werden“. Es beschreibe lediglich die subjektive Art und Weise, wie „Zielpersonen“ die Äußerungen oder Handlungen anderer Menschen wahrnahmen. Daher könne letztlich jeder mit dem Begriff machen, was er wolle, und daraus Vorwürfe ableiten, denn objektive Belege für die angeblichen Schäden durch Mikroaggressionen seien unter diesen Umständen überflüssig. Zudem fehle die Verknüpfung mit psychologischen Persönlichkeitstheorien: Wenn ein Mensch etwas als beleidigend empfinde, müsse dies nicht an der Äußerung liegen, sondern an seiner Art und Weise, zu denken und zu reagieren. Daher sollte das schwammige Konzept der Mikroaggressionen komplett aufgegeben werden.

Daraufhin entgegnete Sue, Empirie sei nicht alles – und nur privilegierte Weiße wie Lilienfeld könnten sich den „Luxus des Beweises“ leisten und „die gelebte Erfahrung von Randgruppen ausblenden und negieren“. Allerdings erhielt Lilien-

feld auch Unterstützung von farbigen Wissenschaftlern wie der Statistikerin Althea Nagai vom Center for Equal Opportunity in Falls Church (Virginia).

„Ablenkung von wahren Problemen“

Nagai bezeichnet das Konzept der Mikroaggressionen ganz ohne Umschweife als „pseudowissenschaftlich“, da dessen Befürworter etablierte Methoden und Standards der Forschung ablehnten. So falle die Datenbasis der meisten Untersuchungen viel zu klein aus: Oft läge die Zahl der Probanden lediglich zwischen fünf und 100. Und der jüdische Soziologe Amitai Etzioni meinte 2014, die obsessive Beschäftigung mit den Mikroaggressionen diene wohl eher der Ablenkung von den wahren Problemen der US-Gesellschaft.

Trotz all dieser Einwände hat der Rummel um die Mikroaggressionen aber nun auch Deutschland erreicht. Davon zeugen unter anderem aktuelle Forschungsprojekte der Universitäten Ulm

und Bielefeld. Oder die Kooperation der auf die Bekämpfung von Mikroaggressionen spezialisierten Plattform „DearEmployee“ mit großen Unternehmen wie der DEKRA. Und nicht zu vergessen auch die naiv-wohlwollende Medienberichterstattung.

Ein Musterbeispiel für Letztere ist der Beitrag „Rassismus macht den Körper krank. Wie Tausende kleine Mückenstiche“ auf Deutschlandfunk Kultur. Darin darf die selbst ernannte Expertin Azadé Peşmen verkünden: Man könne durchaus von „einer biologischen Tötung sprechen, wenn es um racial microaggression geht“. Hiergegen wissenschaftlich zu argumentieren ist extrem schwer: Bestenfalls bekämen die Kritiker – so wie Lilienfeld – den Stempel „mikroaggressiv“ aufgedrückt, schlimmstenfalls droht ihnen die Einstufung als „Rassist“, „Sexist“ oder Ähnliches. Und das wäre angesichts des hiesigen gesellschaftlichen Klimas das Aus für jede Forscherkarriere.

US-GESELLSCHAFT

Die vergessenen weißen Arbeiter

Die Lebenserwartung weißer US-Amerikaner ohne Uni-Abschluss sinkt bedenklich – Immer mehr bringen sich aus Verzweiflung um

Während immer wieder von der angeblich prekären Lebenssituation der Farbigen und Latinos in den USA die Rede ist, zeichnen Statistiken und wissenschaftliche Studien ein ganz anderes Bild. Darauf verwiesen jetzt auch der prominente Träger des Alfred-Nobel-Gedächtnispreises für Wirtschaftswissenschaften, Angus Deaton, und dessen Frau Anne Case.

Obwohl sonst fast überall auf der Welt die durchschnittliche Lebenserwartung steige, sei die der Weißen in den USA dramatisch gesunken, wobei es vor allem die Gruppe der männlichen Fabrikarbeiter mittleren Alters ohne Universitätsabschluss getroffen habe. Zum Vergleich: In Europa wuchs die Lebenserwartung der

Menschen mit nicht vorhandener akademischer Ausbildung in jüngster Zeit sogar noch schneller als die der Hochschulabsolventen.

„Alkohol, Drogen oder ein Gewehr“

Die Talfahrt in den USA setzte 1999 ein. Bis dahin lag die Sterberate von Weißen zwischen 50 und 54 Jahren um 30 Prozent niedriger als die von Schwarzen gleichen Alters. Seit 2015 herrscht nun das umgekehrte Verhältnis. Als Erklärung hierfür gab die an der Princeton University lehrende Case in einem Radiointerview an: „Die Leute bringen sich um, entweder langsam mit Alkohol und Drogen oder schnell mit einem Gewehr.“

Und tatsächlich geht die verkürzte Lebenserwartung unter weißen Arbeitern mittleren Alters nicht zuletzt darauf zurück, dass sich die Suizidrate in dieser Bevölkerungsgruppe seit 2000 verdoppelt hat. Darüber hinaus stieg auch die Zahl derer, welche regelmäßig starke Schmerzmittel mit hohem Suchtpotential wie Oxycodon konsumieren.

Laut Deaton handelt es sich dabei quasi um „Heroin in Pillenform mit dem Siegel der Gesundheitsbehörde“. Letztlich, so der Nobelpreisträger, der vor allem auf dem Gebiet der Medizin- und Entwicklungsökonomie forscht, stürben die Weißen jetzt vermehrt einen „Tod aus Verzweiflung“.

Schuld hieran ist in erster Linie die prekäre Lage auf dem Arbeitsmarkt, die nicht zuletzt aus den massenhaften Importen chinesischer Waren herrührt, welche zu flächendeckenden Fabrikschließungen führten. Während zu Beginn der 1970er Jahre noch 95 Prozent der männlichen weißen Facharbeiter im Alter zwischen 30 und 40 in Lohn und Brot standen, sank diese Quote auf nunmehr 80 Prozent.

Weiße Eliten kümmert es kaum

Und das hatte keineswegs nur finanzielle Auswirkungen für die Betroffenen, sondern auch familiäre. So sind jetzt nicht mehr neun Zehntel der Männer ohne

Hochschulabschluss verheiratet, sondern nur noch die Hälfte.

Das kümmert die urbanen weißen Eliten indes kaum, denn sie leben nach wie vor in einer weitgehend heilen Welt, die weder unter der Globalisierung noch der Einwanderung leidet. Dahingegen fürchten 52 Prozent der Weißen mit geringem oder durchschnittlichem Einkommen, dass Amerika seine besten Tage hinter sich habe. Das war das Wählerpotential des Republikaners Donald Trump, der das Land wieder groß zu machen versprach. Denn die Demokraten als ökologisch orientierte Bürgerrechtspartei, welche auf noch mehr Immigration setzt, bieten den deklassierten Weißen keine Lösungen mehr. W.K.



KÖNIGSBERG

Bastion Sternwarte unter dem Hammer

Eigentümer lässt das denkmalgeschützte Bauwerk verfallen – Verkaufsversuche scheiterten bislang

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Die Bastion Sternwarte ist in Königsberg sehr bekannt. Dieses historische Denkmal liegt im Stadtzentrum an der Kreuzung der Friedrich-Ebert-Straße [ul. Gornaja] und dem Deutschorondring [Gwardzyskij prospekt]. Sie erhielt ihren Namen wegen der schräg gegenüber liegenden Sternwarte Königsberg. Die Bastion wurde während des Baus des Zweiten Befestigungsringes in Königsberg in den Jahren 1856 bis 1860 errichtet.

Zu Sowjetzeiten wurde sie „Astronomische Bastion“ genannt, ebenfalls weil sich gegenüber dem Ausfalltor am Deutschorondring die Königsberger Sternwarte befand, die 1813 vom Mathematiker und Astronomen Friedrich Bessel erbaut wurde. Die militärische Entwicklung führte schnell dazu, dass die Befestigung des zweiten Walls an Bedeutung verlor und zu Beginn des 20. Jahrhunderts der irdene Wall der Bastion in Grünanlagen umgewandelt wurde. Nur der Verteidigungsbau blieb übrig – ein mächtiges halbkreisförmiges zweistöckiges Backsteingebäude. Während des Sturms auf Königsberg spielten die Bastionen kaum noch eine Rolle.

Zu Sowjetzeiten beherbergte die Bastion Sternwarte lange Zeit ein Rekrutierungsbüro des regionalen Militärausschusses, in dem sich die Wehrpflichtigen sammelten, bevor sie zu ihren Einheiten geschickt wurden. 2007 erhielt die Bastion den Status eines Kulturerbes von regionaler Bedeutung und ist im Register unter dem offiziellen Namen „Reduite der Bastion des Observatoriums“ eingetragen. Etwa zur selben Zeit wurden die Gebäude vom ehemaligen Abgeordneten der Staatsduma Asan Nydyrbegow erworben. Es gab einen Plan, einen Verwaltungs- sowie einen Einkaufs- und Unterhaltungskomplex auf dem Bastionsgelände zu errichten, aber diese Pläne wurden bisher nicht umgesetzt. Zunächst war die Bastion im Besitz von Nydyrbegows Firma „Seestern“. 2011 verschob er das ihm offenbar mehr Kosten als Nutzen bringende Objekt in den Be-



Leerstehendes Gebäude der Bastion Sternwarte: Noch ist unklar, wie es künftig genutzt werden soll

Foto: J.T.

stand seiner 2015 insolvent gewordenen Firma „Kapital“.

Im Jahr 2018 interessierte sich der amtierende Gouverneur Anton Alichanow für die Bastion Sternwarte, als der Gebäudekomplex für umgerechnet vier Millionen Euro auf der beliebten Avito-Kleinanzeigen-Website zum Verkauf angeboten wurde. Der Gouverneur sagte, das Objekt sei „halb tot“ und könne „besser“ genutzt werden. Er zeigte sich empört darüber, dass irgendein „Sascha, Pascha oder eine Mascha“ sich einfach bei Avito melden und für vier Millionen Euro das Objekt kaufen könne.

Im Rahmen des Insolvenzverfahrens der Kapitalgesellschaft war im Jahr 2018 der gesamte Komplex der Bastion bereits zur Versteigerung angeboten worden. Jedoch gab es kein einziges Kaufangebot, so-

3,2

Millionen Euro soll der Verkauf zweier Gebäude der Bastion mit einer Fläche von 947 und 1428 Quadratmetern einbringen

dass das Verfahren zunächst ruhen musste. Dann wurden zwei Gebäude mit einer Fläche von 947 und 1428 Quadratmetern zu einem Mindestpreis von umgerechnet 3,2 Millionen Euro zum Kauf angeboten. Der Grundbuchwert der Objekte wurde jedoch nur auf 56.000 beziehungsweise 84.000 Euro geschätzt.

Zurzeit hat die Schöpferin der Königsberger Homlin-Figuren, die Designerin Natalja Schewtschenko, eines der Bastionsgebäude gemietet. Seit zwei Jahren befindet sich ihr Geschäft dort, und der Mietvertrag wird verlängert verlängert. Der Eigentümer hat zwar Vorschläge für die Nutzung der Bastion für Museumsaktivitäten erhalten, reagiert aber nicht auf diese Anregung.

Laut Gesetz muss nun für die Bastion Sternwarte ein neues Versteigerungsverfahren eröffnet werden. Wie der Insolvenzverwalter der Kapitalgesellschaft erklärte, könne das Insolvenzverfahren bald beendet werden und das Objekt verbleibe dann im Eigentum des jetzigen Schuldners. Das weitere Schicksal des noch erhaltenen Teils der Bastion Sternwarte steht somit in den Sternen.

MELDUNGEN

Pilgern im Ermland

Ortelsburg – In Balden im Kreis Ortelsburg wurde ein Pilger-Weg „Heiliges Ermland“ eröffnet, der an 16 „Stationen“ vorbeiführt. Der Weg beginnt in Balden, der Pforte zum Ermland und verläuft durch 15 weitere Orte, darunter Heiligelinde, Springborn und Braunsberg. Der Fremdenverkehrsverband Allenstein sieht in dem Heiligen Weg eine interessante Ergänzung der bisherigen Urlaubsziele. Auf dem Pilgerweg liegt auch Dietrichswalde, der einzige von der Kirche anerkannte Ort der Marienerscheinung in der Republik Polen. Schloss und Kathedrale in Allenstein, der Kalvarienberg in Glottau, die Hallenkirche in Guttstadt sowie Springborn und Heiligelinde, genannt das Tschenstochau des Nordens an der Grenze zum Ermland, liegen auf der Route. Im Ermland befinden sich insgesamt 2500 sakrale Denkmal-Objekte. Der Heilige Weg entstand unter dem Patronat des Ermländischen Metropoliten, Erzbischof Jozef Gorzynski. Es werden ein gedruckter Reiseführer und ein Hörbuch angeboten. Die örtlichen Kommunalverwaltungen, Firmen und eine Bäckerei, die das „Ermländische Pilgerbrot“ backt, hatten sich an der Entstehung des Pilgerwegs beteiligt. PAZ

Kanäle werden saniert

Allenstein – Das Unternehmen „Woody Polskie“ („Polnische Gewässer“) saniert die Kanäle zwischen den Großen Masurischen Seen. Auf dem Talter, dem Grünwalder und dem Immenhagener Kanal haben die Arbeiten bereits begonnen. Am Immenhagener Kanal werden die Spundwände vertieft, beim Talter Kanal können schon die neuen Spundwände eingebaut werden. Die Arbeiten sollen im kommenden Jahr beendet sein. Die Arbeiten am Talter und dem Immenhagener Kanal sollen 2022 beendet sein. PAZ

TILSIT

Neues Stadtoberhaupt

Grigorij Sokolowskij hat Natalja Soroka abgelöst

Im September dieses Jahres fanden in Tilsit Kommunalwahlen statt. Die Bürger waren aufgerufen, ein neues Stadtparlament zu wählen. Gewählt wurden 20 Abgeordnete, davon vier Damen und 16 Herren. 15 Deputierte gehören der Partei „Einiges Russland“ an, drei der Liberaldemokratischen Partei, einer der Kommunistischen Partei und ein Abgeordneter ist parteilos.

Als eine der ersten Amtshandlungen wählten die Abgeordneten aus ihrer Mitte den Vorsitzenden, der damit gleichzeitig neues Stadtoberhaupt ist. Es ist Grigorij Sokolowskij, Direktor der Schule Nr. 10. Er wird in seinem Amt als Schulleiter bleiben und die Würde des Stadtoberhaupts ehrenamtlich ausüben. Ihm zur Seite steht Generaldirektor Viktor Smilgin, der zum Stellvertreter gewählt wurde. Beide sind Mitglied der Partei „Einiges Russland“. Sokolowskij sprach seiner scheidenden Vorgängerin Natalja Soroka Dank und Aner-

kennung aus. Vier Abgeordnete wurden zu Vorsitzenden der Ständigen Kommissionen Recht/Ordnung, Bildung/Kultur, Haushalt/Finanzen sowie Infrastruktur gewählt.

Eine wichtige Aufgabe bestand in der Bestellung eines neuen Leiters der Stadtverwaltung. Nach dem überraschenden Rücktritt von Nikolaj Woischew zu Beginn dieses Jahres wurden die Amtsgeschäfte seit dem Monat März von Andrej Sergejew geführt, der zuletzt in der Kommunalverwaltung von Neuhausen [Gurjewskij] tätig war. Er ist 48 Jahre alt, studierte Wirtschaftsgeografie und ist Mitglied der Partei „Einiges Russland“. Die Abgeordneten wählten Sergejew einstimmig zum neuen Chef der Administration und beauftragten das Stadtoberhaupt Sokolowskij, Sergejew für die nächste Amtsperiode unter Vertrag zu nehmen. Damit scheinen die Weichen gestellt, die Stadt sicher durch die schwierige Corona-Zeit zu bringen. H.D.

NEIDENBURG

Betten für Covid-19-Infizierte

Krankenhaus soll zur Spezialklinik für Corona-Kranke ausgebaut werden

Gemäß der Entscheidung des Woiwoden Gustaw Marek Brzezina ist das Krankenhaus in Neidenburg [Nidzica], das alte wie das neue Gebäude, seit dem 29. Oktober für die Behandlung von Patienten vorgesehen, bei denen zumindest der Verdacht auf eine Corona-Infektion besteht. Seitdem ist das Krankenhaus verpflichtet, vier Betten für Patienten mit Verdacht auf eine Coronavirus-Infektion bereitzustellen – 61 weitere Betten werden für Covid-Patienten gemäß einem festgelegten Zeitplan vorbereitet.

Andere Patienten werden verlegt

Daher wird die Aufnahme in das Neidenburger Krankenhaus für Patienten ohne Coronavirus-Infektion ausgesetzt – sie müssen in das nächstgelegene Krankenhaus, beispielsweise nach Soldau oder Ortelsburg, fahren. Die Neidenburger Patienten wurden nach Hause entlassen

oder in andere Behandlungszentren gebracht. Auf dem Gelände des Krankenhauses befindet sich nach wie vor eine Pflege- und Behandlungseinrichtung.

Ein zweiter Trakt des Krankenhauses konnte noch nicht in Betrieb genommen werden, weil es dort noch keine Ausrüs-

tung gibt. Das Krankenhaus wirbt um materielle, finanzielle und personelle Unterstützung. Die Ausstattung des Krankenhauses soll das ermländisch-masurische Woiwodschaftsamt finanziell unterstützen.

Insgesamt gibt es im alten Teil des Neidenburger Krankenhauses 114 Betten. Im neuen Teil sind 56 Betten geplant. Nicht an jedem Bett eines Covid-Patienten wird ein Beatmungsgerät notwendig sein, aber dennoch muss bei jedem Bett Sauerstoff zur Verfügung stehen. Das Krankenhaus in Neidenburg hat bereits zehn Beatmungsgeräte und kardiologische Monitore erhalten. Noch fehlende Ausrüstung wurde bereits bestellt.

Edyta Gladkowska



Ein zweiter Trakt ist noch nicht zur Nutzung frei gegeben: Krankenhaus in Neidenburg



ZUM 99. GEBURTSTAG

Dittrich, Charlotte, geb. **Soboll**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 3. Dezember
Gantz, Irmgard, geb. **Drummer**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 2. Dezember

ZUM 98. GEBURTSTAG

Fauken, Hedwig, geb. **Wengoborski**, aus Lyck, Lycker Garten 12, am 2. Dezember
Stankewitz, Lieselotte, geb. **Royla**, aus Kielen, Kreis Lyck, am 29. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Schönicke, Käte, geb. **Westphal**, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 30. November
Spelge, Vera, geb. **Lindemann**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 1. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Burba, Luise, geb. **Teschke**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 30. November
Kalinowski, Gerda, geb. **Kozik**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 28. November
Lehmann, Waltraut, geb. **Voigt**, aus Alt Sellen, Kreis Elchniederung, am 28. November
Rehberg, Christa, geb. **Kenneberg**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. November
Schönfisch, Ruth, geb. **Weinert**, aus Eckersdorf, Kreis Mohrunen und Heiligenbeil, am 27. November
Seitz, Else, geb. **Szech**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 28. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Albrecht, Ella, aus Lyck, am 30. November
Battefeld, Grete, geb. **Ficht**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 29. November
Klemz, Gerda, geb. **Findeisen**, aus Fischhausen, am 3. Dezember
Konrad, Franz, aus Liebnicken, Kreis Preußisch Eylau, am 30. November
Kowalewski, Helmut, aus Lyck, am 28. November
Maschlinski, Erich, aus Bobern, Kreis Lyck, am 3. Dezember
Meyer, Dr. Günter, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 30. November
Schliwinski, Heinrich, aus Mulden, Kreis Lyck, am 3. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Krämer, Hildegard, geb. **Gleich**, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 29. November
Küster, Annaliese, geb. **Grabowski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 29. November
Luttikus, Manfred, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 29. November
Richter, Ella, geb. **Schulz**, aus Wartenfeld, Kreis Elchniederung, am 1. Dezember
Ruchatz, Fritz, aus Lyck, am 29. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Beckmann, Anneliese, geb. **Beba**, aus Hellengrund, Kreis Ortelsburg, am 27. November
Bohmann, Reinhold, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 30. November
Fischer, Ilse, geb. **Schapat**, aus Skulbetwarren, Kreis Elchniederung, am 2. Dezember
Kniest, Günther, aus Tilsit, am 3. Dezember
Pruß, Günter, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 1. Dezember
Schulz, Erich, aus Wehlau, am 2. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bär, Edith, geb. **Beyer**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 3. Dezember
Bormüller, Irmgard, geb. **Bembeneck**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 27. November
Dürre, Waltraut, geb. **Lemke**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 28. November
Fabry, Brunhilde, geb. **Gusko**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 1. Dezember
Klönner, Hermann, aus Wehlau, am 3. Dezember
Kloth, Hannelore, geb. **Melzer**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 30. November
Korting, Kurt, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 1. Dezember
Krutzinna, Werner, aus Lyck, Karl-Freyburger-Straße 6, am 3. Dezember
Kudling, Erich, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 2. Dezember
Kudling, Walter, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 2. Dezember
Lagerpusch, Horst, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 27. November
Niemeyer, Hildegard, aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, am 28. November
Reddig, Heinz, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 2. Dezember
Reichardt, Charlotte, geb. **Skrimmer**, aus Ortelsburg, am 29. November
Schiemann, Werner, aus Seehausen, Kreis Angerburg, am 1. Dezember
Stoltz, Irmgard, geb. **Weiß**, aus Kiefernheide, Kreis Lyck, am 2. Dezember
Stuhr, Herta, geb. **Krantau**, aus Liebwalde, Kreis Mohrunen, am 27. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Demsky, Horst, aus Lippitz, Kreis Mohrunen, am 30. November
Elsner, Charlotte Luise, geb. **Kirsch**, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 30. November
Gellert, Gerda, aus Neidenburg, am 29. November
Hofmann, Erika, geb. **Leibenath**, aus Ribben, Kreis Ebenrode, am 3. Dezember
Nikualla, Fritz, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 3. Dezember
Sassnick, Christel, aus Medenau, Kreis Fischhausen, am 2. Dezember
Stritzel, Hans-Werner, aus Lyck, am 2. Dezember
Zaiss, Hildegard, geb. **Spirat**, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, am 29. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Czerwinski, Oswald, aus Lyck, am 27. November

Frydrycy, Gertrud, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 1. Dezember
Heese, Lilly, geb. **Nolda**, aus Wehlau, am 30. November
Heine, Elfriede, geb. **Frommer**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 27. November
Hochfeld, Fritz, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 2. Dezember
Kairies, Gerhard, aus Altdümpelkrug, Kreis Elchniederung, am 29. November
Katzmarzik, Johanna, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 28. November
Klein, Werner, aus Watzum, Kreis Fischhausen, am 3. Dezember
Koetzing, Erwin, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrunen, am 1. Dezember
Kohse, Helmut, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 3. Dezember
Malliaris, Margot, geb. **Koprek**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 3. Dezember
Marhenke, Helene, geb. **Drott**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 29. November
Rode, Edelgard, geb. **Schemeit**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 28. November
Stamer, Waltraut, geb. **Schieder**, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 2. Dezember
Stelter, Magda, geb. **Hollfoth**, aus Wolitnick, Kreis Heiligenbeil, am 29. November
Weil, Christel, geb. **Baumgardt**, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 1. Dezember
Zwillus, Rosi, geb. **Hocheder**, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 30. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Baumeister, Gerhard, aus Nöttnick, Kreis Fischhausen, am 28. November
Domnick, Konrad, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 29. November
Janzick, Georg, aus Lyck, am 1. Dezember
Jebens, Heino, aus Rosenau, Kreis Mohrunen, am 29. November

Klever, Elisabeth, geb. **Siebler**, aus Landsberg, Kreis Preußisch Eylau, am 3. Dezember
Piaszinski, Erwin, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 1. Dezember
Plexnies, Werner, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 2. Dezember
Stieler, Martel, geb. **Heise**, aus St. Lorenz, Kreis Fischhausen, am 27. November
Voigt, Irmgard, geb. **Danisch**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 28. November
Wichgers, Hannelore, geb. **Nass**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 2. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Baltrusch, Erhard, aus Kernhall, Kreis Tilsit-Ragnit, am 30. November
Behrens, Helga, geb. **Mierwald**, aus Kleeberg, Kreis Elchniederung, am 1. Dezember
Endruweit, Lothar, aus Tannenhöhe, Kreis Elchniederung, am 30. November
Fedrowitz, Heinz, aus Eckersdorf, Kreis Mohrunen, am 1. Dezember
Furkert, Erika, geb. **Kaiser**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 30. November
Kassel, Volker, Kreisgemeinschaft

Wehlau, am 28. November
Koziollek, Ute, geb. **Samorski**, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 1. Dezember
Manecke, Krimhilde, aus Löffkeshof, Kreis Tilsit-Ragnit, am 30. November
Rogge, Gerda, geb. **Cytrich**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 2. Dezember

ZUM 75. GEBURTSTAG

Heilmann, Günther, aus Dame-rau, Kreis Ebenrode, am 2. Dezember

Ostpreußisches Landesmuseum

Vorübergehende Schließung des Ostpreußischen Landesmuseums mit Deutschbaltischer Abteilung und des Brauereimuseums Lüneburg

Schließung vom 2. bis voraussichtlich 30. November 2020

Das Ostpreußische Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung und das Brauereimuseum Lüneburg bleiben voraussichtlich für den Rest des Monats November geschlossen. Diese Maßnahmen folgen den Beschlüssen der Bundesregierung und des Landes Niedersachsen, die zur Eindämmung der Corona-Pandemie getroffen wurden.

Nicht nur der reguläre Museumsbesuch, sondern auch alle Führungen, Abendveranstaltungen, Kindergeburtstage sowie alle weiteren museumspädagogischen Angebote sind von der Schließung betroffen.

Die ursprünglich für den 27. November geplante Eröffnung der

neuen Sonderausstellung „**Textile Lebensräume – Anneliese Konrat-Stalschus**“ wird digital übertragen, die Kunstwerke selbst werden hoffentlich ab Dezember 2020 zugänglich sein.

Wir bedauern diese erneute Schließung sehr, möchten aber unserer Verantwortung und Fürsorge gegenüber unseren Gästen und unserem Team gerecht werden, deren Gesundheit und Wohlbefinden oberste Priorität hat.

Auf der Website des Ostpreußischen Landesmuseums werden wir Sie laufend über weitere Entwicklungen informieren. Auf unserem Facebook- und Instagram-Account sowie auf unserem Youtube-Kanal und Blog finden Sie weiterhin aktuelle Einblicke in unsere Museumsarbeit. Wir bitten alle Besucher um Verständnis.

Kontakt

Janina Stengel M.A., Volontärin Marketing und Öffentlichkeitsarbeit

Tel. +49 (0)4131 7599528,
E-Mail: j.stengel@ol-ig.de

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung

Heiligengeiststraße 38,
21335 Lüneburg
Tel. +49 (0)4131 7599528,
Fax +49 (0)4131 7599511
E-Mail: info@ol-ig.de,
Internet: www.ostpreussischeslandesmuseum.de

Öffnungszeiten:

Di – So 10.00 bis 18.00 Uhr,
Eintritt: 7,00 €, ermäßigt 4,00 €, ab 17 Uhr ermäßigter Eintritt
Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre frei!
Führungen nach Vereinbarung,
Preis: ab 50,00 € / Gruppe,
zzgl. 4,00 € pro Person

Folgen Sie uns auf Facebook:
www.facebook.com/OstpreussischesLandesmuseum

Folgen Sie uns auf Instagram:
www.instagram.com/ostpreussischeslandesmuseum

ANZEIGE

Landkarte Ostpreußen als Schreibunterlage

Schreibunterlage

mit Landkarte Ostpreußen und geschichtlichem Abriss

Format: 65 x 45 cm

Ausführung: alle Ecken gerundet, ringsum randgeschweißt



29,95 €
inkl.
Versand

Bestellung:
Landmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchtstr. 4, 22087 Hamburg
Tel. 040/41 40 08 0
selke@ostpreussen.de



Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzende: Uta Lüttich,
Feuerbacher Weg 108, 70192
Stuttgart Tel.: 0711 - 85 40 93,
uta.luetlich@web.de **Geschäfts-
stelle:** Haus der Heimat, Schloß-
straße 92, 70176 Stuttgart,
2. Stock, Zimmer 219 (Sprech-
stunden nach Vereinbarung)

Gedenken

Reutlingen - Im Jahresprogramm unserer Landsmannschaft Ost-Westpreußen Reutlingen war für den 14. November 2020 die Gedenkfeier zum Volkstrauertag am Gedenkstein für alle Vertriebenen Reutlingen vorgesehen.

Doch Corona-bedingt war nur eine kleine Gedenkstunde mit Niederlegung eines Gestecks zulässig. Aber welche Überraschung: Treue Mitglieder unserer Landsmannschaft waren gekommen, um bei der letzten Gedenkfeier anwesend zu sein.

Die erste Vorsitzende Ilse Hunger war sehr erfreut und be-

grüßte alle Landsleute auf das Herzlichste. Der Gedenkstein wurde 1984 gesetzt und als Mahnmahl für Flucht, Vertreibung und Tod eingeweiht.

An dem ursprünglichen innerstädtischen Standort wurde der Stein jedoch beschmutzt und geschändet. Die Umsetzung vor knapp 20 Jahren zum Stadtfriedhof Römerschanze in Reutlingen auf einer Anhöhe mit einer wunderbaren Sicht in alle Himmelsrichtungen ist der würdige Platz.

Bei außergewöhnlichem schönen Herbstwetter, einer besinnlichen Ansprache der 1. Vorsitzenden und einer brennenden Kerze gedachten wir aller Toten, die durch Flucht, Vertreibung und Bombenangriffe fern der Heimat ihr Leben verloren.

Unsere Gedanken waren auch bei den Landsleuten und Angehörigen, die in den letzten Wochen, ja Tagen von uns verabschiedet wurden.

Ein sehr schönes Gesteck wurde niedergelegt und wir sangen gemeinsam unser Heimatlied „Land der dunklen Wälder“. Und das alles im Rahmen der Coronapantemie mit Abstand und Tragen

des Mund-Nasen-Schutzes mit der Ostpreußen-Elchschaufel.

Leider war eine gemeinsame Kaffeetafel nicht möglich und wir gingen traurig auseinander.

Es war die letzte offizielle Veranstaltung unserer 70-jährigen Landsmannschaft Ost-Westpreußen Reutlingen! Am 31. Dezember 2020 wird die Auflösung der LOW-Reutlingen vollzogen.

Leider fällt die Weihnachtsfeier – Termin 12. Dezember – im Treffpunkt für Ältere in Reutlingen aus bekannten Gründen aus. Eine Abschiedsfeier der LOW-RT ist für Frühjahr 2021 vorgesehen. Alle Mitglieder werden rechtzeitig angeschrieben.

Allen Landsleuten, Mitgliedern und Freunden unserer verlorenen Heimat wünsche ich eine gesegnete Adventszeit!

Bleiben oder werden Sie gesund!

Ilse Hunger



Vorsitzender: Heinrich Lohmann
Geschäftsstelle: Parkstraße 4,
28209 Bremen, Telefon: (0421)
3469718 (Anrufbeantworter)
E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de

Aufgrund der bekannten Corona-Vorsichtsmaßnahmen konnte unserer angekündigte „Entenessen“ am 11. November leider nicht stattfinden.



Ausgefallen ist auch die Gedenkfeier am Volkstrauertag, die in den vergangenen Jahren regelmäßig vom BdV und den ostdeutschen Landsmannschaften für die Toten der Heimat und die Opfer der Vertreibung, an den Gedenksteinen um das Ehrenkreuz auf dem Osterholzer Friedhof stattgefunden hatte.

Allerdings blieben die Gedenksteine für Ostpreußen und Westpreußen nicht ungeschmückt. Einzelne Besucher, die den Weg zur Gedenkstätte fanden, sahen an beiden Steinen den gewohnten Blumenschmuck, die Landesgruppe der Landsmann-

schaft hatte ihn bei einer Gärtnerei in Auftrag gegeben.

Trauer um Hanna Jodat

Wir trauern um unser Vorstandsmitglied Hanna Jodat. Als Beisitzerin für die Betreuung der Westpreußen in unserer Landsmannschaft hatte sie sich noch im Frühjahr zur Wiederwahl gestellt. Bis zuletzt leistete sie zudem zuhause einen kräftezehrenden Dienst in der Pflege ihres erkrankten Ehemannes.

Hanna Jodat war uns im Vorstand eine gern gesehene freundliche und engagierte Dame. Wir werden sie nicht vergessen und ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

ANZEIGE

Das siebte Buch von
Wendelin Schlosser
„Die Deutschen unter
dem Damoklesschwert“
ist 2019 im

„August von Goethe Literaturverlag“
erschienen.

ISBN: 978-3-8372-2220-3
314 Seiten, €18,80

Der Band spricht von der Vertreibung der Deutschen, der Abschaffung Deutschlands, dem Selbsthass der Deutschen und der organisierten Kriminalität.

Die Verbrecher machen aus deutschen Opfern, die Arbeitslager, Bomben und Vertreibung überlebt haben, Täter. Diese geschundenen Deutschen werden auch noch obendrauf von Hasspredigern zum Selbsthass erzogen. Die vom Mainstream verschwiegene Wahrheit kommt in diesem Buch zum Erscheinen.



Ostpreussisches Landesmuseum

**Noch bis 21. Februar 2021,
Sonderausstellung: Textile
Lebensräume – Anneliese
Konrat-Stalschus**

Ein breites Spektrum an Techniken und Materialien umfasst das künstlerische Schaffen von Anneliese Konrat-Stalschus. Geboren 1926 in Goldap, war sie schon als Kind mit den klassischen textilen Techniken vertraut. Nach der Flucht stand sie zunächst allein im zerstörten Nachkriegsberlin und begann eine Lehrerausbildung. Sie unterrichtete Biologie und besonders Kunst- und Handarbeit. Nach 30-jähriger Tätigkeit als Lehrerin und ihrem Studium der Bildwerkerei an der Berliner Hochschule der Künste war sie ab 1979 freischaffende Textilkünstlerin. Von Tapisserie bis zu selbst entwickelten Bearbeitungsverfahren für Stoffe reicht ihr Werk. Es zeigt einen großen Ideenreichtum und eine eindringliche Sprache der Themen. Anneliese Konrat-Stalschus nimmt in vielen Arbeiten Stellung zum politischen Geschehen und verarbeitet autobiografische Mo-

mente. Die Ausstellung im Ostpreussischen Landesmuseum gibt einen Überblick über das Werk der Künstlerin, das in gut 40 Jahren entstand.

**Noch bis 31. Januar 2021,
Kabinettausstellung:
„Reise um die Welt“ – Adam
Johann von Krusenstern zum
250. Geburtstag**

Der aus einer deutschbaltischen Familie stammende Adam Johann von Krusenstern (1770-1846) wurde berühmt, da ihm im Auftrag des Kaisers Alexander I. von 1803 bis 1806 mit den Schiffen Nadeschda und Newa die erste russische Weltumseglung gelang. Diese Expedition lieferte zugleich eine Vielzahl neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse, die auch Niederschlag in Krusensterns dreibändiger Publikation „Reise um die Welt“ fanden, der ein Atlas beigelegt ist. Aus diesem werden seltene Kupferstiche gezeigt, deren Vorlagen der Leipziger Arzt, Zeichner und Naturforscher Wilhelm Gottlieb Tilesius von Tilenau

(1769-1857) während der Reise anfertigte.

Ostpreussisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung

Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg
Tel. +49 (0)4131 759950,
Fax +49 (0)4131 7599511
E-Mail: info@ol-ig.de, Internet:
www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Öffnungszeiten:

Di – So 10.00 bis 18.00 Uhr,
Eintritt: 7,00 €, ermäßigt 4,00 €, ab 17 Uhr ermäßigter Eintritt, Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre frei!
Führungen nach Vereinbarung,
Preis: ab 50,00 € / Gruppe,
zzgl. 4,00 € pro Person

Folgen Sie uns auf Facebook:
www.facebook.com/OstpreussischesLandesmuseum

Folgen Sie uns auf Instagram:
www.instagram.com/ostpreussischeslandesmuseum

Kontakt

Wegen Elternzeit der zuständigen Mitarbeiterin ist bis Ende 2020 Frau Ingrid Renker Ansprechpartnerin für die Heimat-Seiten.
Telefon: (040) 41 40 08 - 34
E-Mail: renker@preussische-allgemeine.de
Telefonische Erreichbarkeit: Dienstag-Donnerstag jeweils von 13-16 Uhr

Zusendungen für die Ausgabe 50/2020

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 50/2020 (Erstverkaufstag 11. Dezember) bis spätestens Dienstag, den 1. Dezember 2020, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: renker@paz.de,
Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4,
22087 Hamburg

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

PAZ-03-R

ANZEIGE



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreussisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Schleswig-Holstein
Vorsitzender: Edmund Ferner,
 Julius-Wichmann-Weg 19, 23769
 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371)
 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Dittchenbühne: Nach den „Sterntalern“ jetzt die „Bremer Stadtmusikanten“

Elmshorn – Nach den „Sterntalern“ zeigt das zweite Szenenbild dieser Mini-Bühne am Parkplatz des Elmshorner „Forum Baltikum - Dittchenbühne“ jetzt die „Bremer Stadtmusikanten“ - natürlich mit Esel, Hund, Katze und Hahn.

Da am „Forum Baltikum - Dittchenbühne“ in diesem Jahr das Weihnachtsmärchen aufgrund

von Corona leider ausfallen muss, werden auf der kleinen Outdoor-Märchenbühne im wöchentlichen Wechsel Kulissen und Figuren bekannter Märchen aufgebaut und dekoriert. Eltern und Kinder helfen beim Aufbau und Dekorieren der Szene, lesen das Märchen zu Hause gemeinsam, sprechen miteinander darüber und überlegen, was sie dazu beitragen können, das Märchenbild vor der Dittchenbühne zu ergänzen.

Das nächste Motiv stammt aus dem Märchen „Schneewittchen und die sieben Zwerge“. Da müsste doch auch etwas gehen ...

Schwarzenbek – Die Advents- und Weihnachtsfeier 2020 der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen muss coronabedingt ausfallen. Wenn wir schon

nicht in das Hotel Schröder gehen dürfen, so werden wir zu unseren Mitgliedern nach Hause gehen. Unsere Mitglieder, die einen Internetanschluss haben - und das sind erfreuliche 72 Prozent - können sich den gesamten Ablauf der Feier in Wort, Bild und Ton aus der „Cloud“ herunterladen.

Ein Klick genügt dazu. Unsere Mitglieder und andere Freunde werden zu Beginn die aufwunderbare Weise gerettete Magdalenglocke der im Krieg und da-

nach völlig zerstörten Pfarrkirche St. Katharina zu Braunsberg in Ostpreußen hören, sie werden die Worte zum Advent und zur Weihnacht des Ersten Vorsitzenden Peter Gerigk und der Pastorin Angelika Gogolin aus Brunstorf verfolgen können.

Über die „Cloud“ kommen fünf Advents- und Weihnachtslieder nach Hause, als erstes das einzige ostpreußische Adventslied „Macht hoch die Tür, die Tor macht weit ...“

Das Weihnachtskaffeetrinken muss jeder selbst bereiten. Wer mag, kann alleine oder im Kreise der Familie oder mit Freunden kleine Weihnachtsgeschichten und Gedichte vorlesen. Zum Schluss hören alle das Ostpreußenlied, es wird untermalt mit Bildern der ostpreußischen Landschaft.

Mitglieder ohne Internet-Anschluss können im Anschluss eine DVD mit dem Ablauf der Feier erhalten.

Hinweis

Die Kartei der Heimatkreisgemeinschaft braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb bitte jeden Wohnungswechsel. Und geben Sie bitte auch bei allen Schreiben stets den letzten heimatlichen Wohnort an. Vielen Dank!



Wieder lieferbar: Die Gesichtsmaske mit „Elchschaufel-Design“

Not macht erfinderisch. Als die Landsmannschaft Ostpreußen als Folge der allgemeinen Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes eine eigene Gesichtsmaske herausgab, entwickelte sich diese schnell zu einem Verkaufsschlager. Auf vielfachen Wunsch hin ist die Gesichtsmaske mit der Elchschaufel nun wieder lieferbar.

Die zweilagige Ostpreußen-Maske besteht aus weißem Stoff (Material jeweils 100 Prozent Baumwolle und 100 Prozent Polyester) mit schwarzem Aufdruck. Die Maske wird durch Bügeln bei maximal 150 Grad oder Waschen bei 60 Grad sterilisiert und ist somit wiederverwendbar. Sie hat zwei Gummischlaufen zum Tragen über den Ohren. Herkunftsland ist Ungarn.

Das Bedecken Ihres Gesichts mit der Ostpreußen-Maske kann dabei helfen, die Verbreitung des Coronavirus anderen gegenüber zu reduzieren. Bitte beachten Sie jedoch, dass die Maske nur ein einfacher Schutz ist und keine vollständige Sicherheit zur Abwehr gegen Viren bildet und auch keinen Virusfilter hat. Bitte sterilisieren Sie diese Maske nach spätestens 4-stündiger Tragedauer!

Eine Haftung vonseiten der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* oder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. ist ausgeschlossen.

Der Preis per Stück beträgt 4,50 Euro, zzgl. Verpackungs- und Versandkosten in Höhe von 2,- Euro. Wir freuen uns über Ihre **Bestellung** unter folgender E-Mail Adresse: **selke@paz.de** oder telefonisch unter **(040)414008-0**.



ANZEIGE

Das einzig Wichtige im Leben sind die Spuren von Liebe, die wir hinterlassen, wenn wir gehen.

Gertraud Greta Marlene Beckert

geb. Sakuth

* 24. 8. 1932 in Insterburg/Ostpreußen
 † 11. 11. 2020 in Hamburg-Duvenstedt

In Liebe und Dankbarkeit
die Kinder Hannelore und Michael mit Familien

Trauerfeier:
 26. November 2020, 11.00 Uhr, Kirche, 22889 Tangstedt

Rätsel

Abchnitt einer Zeitung, Feuilleton	Frucht wilder Rosen	Spionin, weiblicher Spitzel	Lokal m. Selbstbedienung	mit den Augen wahrnehmen	auffallend, offenkundig	fressen (Wild)	franz. Schriftsteller (Andre)	warmes Käse- o. Fleischgericht	geringe Größe, geringes Ausmaß	im Jahre (lateinisch)	Plattfisch	eine Zahl	Erde mit Nährstoffen versehen
Teil eines Zeitmessers			Werkzeug zum Glätten		Titel islam. Herrscher		Hochschul-lehrer		Spielzeug für Kleintiere			franz. Stadt in der Normandie	Furcht empfinden (sich ...)
wasserdichte Schutzdecke		Behälter für Handarbeitszubehör		leichte Vertiefung, Beule	Anpflanzung	ein Europäer	große Urweitschse (Kzw.)	Ränke-spiel				Gnom; Knirps	Tabak-ware
unordentlich, verworren		altrömische Monats-tage			türkische Hafens-tadt			Gebärde		Ansiedlung durch Wechsel d. Wohnung			
englischer Maler (William)				gedanklicher Gehalt, Bedeutung		Turner-abteilung				klug und ein-sichtig			
Fischfang-gerät		Anteil, Anspruch (an einer Mine)	ungar. Komponist (Franz)			Brot-röster	eine Chemiefaser	nicht genug Raum lassen				Kauf, Anschaffung	Streben nach Erfolg
ein Balte				Ei der Laus		Ding; Angelegenheit	starker Wind						
									veraltet: Klein-händler	Schub-fach	mit Freude, Vor-nügen		
									befestigt. Stadtteil in russ. Städten	Konto-ab-schluss			Klei-dungsstück
									Roman v. H. Mann („Professsor ...“)	Widerstand, Verteidigung			
									mit Hausrat ausgestattet	Porzellanstadt in Oberfranken			
									wiederholt, öfters	bestimmter Artikel			Viper, Gift-schlange
										duftende Gartenblume			
									indian. Symbol d. Klanzugehörigkeit	Maßeinheit der elektr. Leistung	Kloster		süd-amerikanischer Indianer
									würzige Flüssigkeit	Verbundenheit, Vertrautheit	Serie, Folge	Lederart	musika-lisches Bühnenwerk
										Heil-mittel, Medizin			
									nicht los-lassen, fest un-schließen	Wintersport-gerät	Fluss durch Florenz		Abkür-zung für Deutsche Post
										kroati-sche Insel	Samm-lung von Schrift-stücken		
										Wink, Hinweis			
									Wein-trauben-art	Raben-vogel	Anti-bürgerlicher, Blumen-kind		
									Junger Pflanz-spross	Nacht-vogel		römi-scher Liebes-gott	

Schüttelrätsel

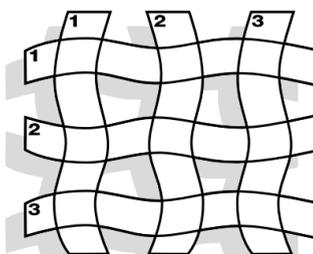
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AEKOR	DINR	ADEGN	IPRSU	BEOT	IIRS	AGOS
			BIIS			
DENOR		AAORU				
DEEGIINTU						
AEKN			EOPS			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein symbolkräftiges Schmuckstück.

1	FOUL					TOR
2	FETT					PLAN
3	NATUR					SALON
4	LEICHT					HEMD
5	HITZE					LUFT
6	GRUND					GUT
7	STEUER					LAST



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Staat in Südwesteuropa
- 2 Worte an jemanden richten
- 3 voll, belegt

Heimatkreisgemeinschaften



Allenstein-Stadt

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach **Gst.:** Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Tel.: 0209 - 29 131, StadtAllenstein@t-online.de

„Tredank“ wird virtuell begehbar

Das Allensteiner Heimatmuseum in Gelsenkirchen, der „Tredank“, wurde als eines der ersten Heimatmuseen in das Projekt „Virtuelle Heimatsammlungen in NRW“ aufgenommen, das von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen umgesetzt wird. Es wurden bereits die wesentlichen Exponate digitalisiert und erläuternde Texte erarbeitet.

Das Heimatmuseum wurde im April 1971 im Dreikronenhaus neben dem Hans-Sachs-Haus eröffnet. Dank der finanziellen Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen konnte damals der Schritt von einer Heimatsammlung zu einer zeitgemäßen musealen Ausstellung vollzogen werden. Zum 50. Jahrestag der Einweihung wird es möglich sein, das Museum in einem virtuellen Rundgang zu erleben. Der Name „Tredank“ erinnert an den Namen des Allensteiner Landestheaters. Als Dank für die Treue zu Deutschland, die Südostpreußen bei der Volksabstimmung 1920 bewiesen hatte, erhielt die Stadt Allenstein von der preußischen und der Reichsregierung die Mittel für den Bau eines Theaters. 1925 konnte der „Tredank“ eröffnet werden.



Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. **Stellv. Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Die Kreisgemeinschaft Lyck hat seit dem 1. Oktober einen neuen Karteiwart:

Andreas Schenkewitz, Am Wall 65, 15366 Dahwitz-Hoppegarten/OT Hönow, Tel.: 03342 364113, E-Mail: ritterrauslitz@kabelmail.de



Tilsit-Ragnit

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Winddeck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de **Geschäftsstelle:** Hans-Joachim Scheer, Wrister Str.1, 24576 Weddelbrook, Telefon (04192)4374, E-Mail: hans-joachimscheer@t-online.de

Hans-Joachim Scheer feierte runden Geburtstag

Im Frühjahr 2017 übernahm Hans-Joachim Scheer die Betreuung des Kirchspiels Jurgaitschen/Königskirch in der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit, und etwa zwei Jahre später entsprach er dem Wunsch des Vorstands, sich auch der Geschäftsführung anzunehmen, nachdem der erkrankte Geschäftsführer seiner Aufgabe nicht mehr nachkommen konnte.

Hans-Joachim wurde als Kind ostpreußischer Eltern in Bad Segeberg geboren. Er absolvierte ein Bauingenieur-Studium in Lübeck und ein Architektur-Studium in



Geburtstagskind Am 20. November wurde Hans-Joachim Scheer 70 Jahre alt. Die Mitglieder des Kreistags gratulieren herzlich und wünschen ihm weiterhin alles Gute. *Foto: KG Tilsit-Ragnit*

Hamburg, arbeitete anschließend in verschiedenen Planungsbüros und schließlich bis zu seiner Pensionierung im Jahr 2015 als Leiter der Bauabteilung der Stadt Kaltenkirchen.

Hans-Joachims Vater stammt aus dem Kreis Tilsit-Ragnit, seine Mutter aus dem Kreis Pillkallen.

Sie verlobten sich während eines Fronturlaubs des Vaters und fanden einander nach dem Krieg in Schleswig-Holstein wieder, wo sie bald heirateten. Auch die Großeltern gesellten sich zu der jungen Familie, und der heranwachsende Hans-Joachim erfuhr aus den Gesprächen der Älteren viel über Ostpreußen, was ihn im fortgeschrittenen Alter bewog, wiederholt in die Heimat der Eltern und Großeltern zu reisen.

Hans-Joachim ist verheiratet; das Ehepaar hat zwei Kinder und zwei Enkelkinder und wohnt in Weddelbrook, nicht weit von seiner Geburtsstadt entfernt. Am 20. November wurde er 70 Jahre. Die Mitglieder des Kreistags gratulieren herzlich und wünschen ihm weiterhin alles Gute. Am liebsten sähen sie ihn in zweieinhalb Jahren auf dem Stuhl des Kreisvertreters!

Dieter Neukamm



Wehlau

Kreisvertreter: Uwe Koch, Schobüllerstraße 61, 25813 Husum, Telefon (04841) 663640. **Schriftleiter:** Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. **Internet:** www.kreis-wehlau.de

Absage der Vorstandssitzung

Leider müssen wir Ihnen mitteilen, dass unsere Mitgliederversammlung, die zuletzt als für Mitglieder offene Vorstandssitzung für den 1. Dezember 2020 angekündigt war, wegen der Corona-Pandemie ausfallen muss. Die nächste Mitgliederversammlung ist für Mittwoch, den 16. Juni 2021, in Bassum geplant. Einladungen werden im Heimatbrief und in der PAZ veröffentlicht.

Hinweis

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

Renovierung im Hauptgestüt Trakehnen nimmt Form an

Neumünster/Trakehnen –

Der Mythos Trakehnen hat den Krieg und die Räumung des Hauptgestüts im Jahre 1944 in seinen Pferden überlebt. Trakehner Pferde werden auf allen Kontinenten gezüchtet.

Anders der Ort Trakehnen heute: Er liegt im russischen Teil Ostpreußens [Jasnaja Poljana]. Die traditionsreichen Anlagen des ehemaligen Hauptgestüts drohen nach über 250-jähriger Geschichte zu verfallen. Deshalb hat sich vor über 20 Jahren der „Verein der Freunde und Förderer des ehemaligen Hauptgestüts Trakehnen“ gegründet. Im Einvernehmen mit der örtlichen Bevölkerung und den russischen Behörden soll das Kulturerbe bewahrt werden. Die Erhaltung des Landstallmeisterhauses und des Reitburschenhauses ist ein wichtiger humanitärer Beitrag, da sie seit Ende der 40er Jahre als Schule genutzt werden.

Und es gibt Neues zu berichten: Die Renovierung der Museumsräume ist abgeschlossen. Diese guten Nachrichten überbrachte der erste Vorsitzende des Trakehnenvereins, Jürgen Bloech: Die Renovierungsarbeiten in weiteren Räumen sind ebenfalls beendet und diese stehen nun für die Erweiterung des Museums bereit. Bereits vor einigen Jahren hat die Real- und Hauptschule im „Trakehner Schloss“, damit begonnen, im ehemaligen Amtszimmer des Landstallmeisters ein kleines Museum einzurichten. Es dokumentiert



Einstige Pracht: Das Landstallmeisterhaus in Trakehnen

die Geschichte und das Andenken an mehr als 285 Jahre Trakehner Pferde in Ostpreußen.

Der Trakehnenverein hatte schon lange den Wunsch, das Museum um drei kleine zusätzliche Räume zu erweitern, alle Räume gründlich zu renovieren und sie neu zu gestalten. Bevor an eine Erweiterung des Museums zu denken war, mussten zunächst die Fußböden und Elektroleitungen neu verlegt, neue Türen eingesetzt sowie die Decken und Wände gestrichen oder tapeziert werden. Erfreulicherweise gelang es dem Verein, die Finanzierung mit Hilfe von Spenden- und Sponsorengeldern zu ermöglichen.

Eine Baufirma konnte in den Sommermonaten und Schulferien die Renovierungsarbeiten durchführen. Dabei wurde das künftige Museum um die geplanten drei kleinen, zusätzli-

chen Räume erweitert. Im nächsten Schritt geht es nun darum, das eigentliche Museum durch die Bestückung mit Vitrinen, Informationstafeln, Displays und Exponaten auszugestalten. Die Beschriftungen sollen möglichst in deutscher und russischer Sprache vorgenommen werden. Für diesen zweiten Schritt ist von dem zuständigen Leiter des Ostpreußenmuseums in Ellingen (Bayern) zusammen mit der Schuldirektion in Trakehnen bereits eine erste Konzeption entwickelt worden. Für die neue Ausstattung des Museums bemüht sich der Trakehnenverein ebenfalls, die erforderlichen Finanzierungsmittel sowie auch Exponate durch Spenden aufzubringen.

Kontakt: Bernd Klausung, Fünfhausenstraße 5, 31832 Springe, Tel. +49 (0) 5041 - 5052, E-Mail: b.klausung@klausung.lvm.de



Bereit für Ausstellungsobjekte: Der renovierte Museumsraum

Fotos: Trakehner Verband

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft,

und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegier-

ten zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der LO, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,00 Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem

auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg.

Weitere Auskünfte zur persönlichen Mitgliedschaft erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen:

Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de.

PAZ wirkt!

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimatarbeit“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt.

Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

ANZEIGE

Am 22. November gedenken wir unserer Geschwister

Jutta Thiel

verstorben am 9. November 2019 im Alter von 96 Jahren und

Gabriele Hoffmann geb. Thiel

verstorben am 10. März 2020 im Alter von 91 Jahren.

In Bildern bzw. vor Ort erlebten sie mit uns auf drei Reisen nochmals die Schönheit unserer Heimat.

2012 das Ermland mit Frischer Nehrung, sowie Braunsberg, Kirschdorf mit Strauben, **2013 Masuren, 2015 Königsberg** mit Kurischer Nehrung.

War auch das Elternhaus, die Grabstätte unserer Vorfahren nicht mehr vorhanden, trostreich erwiesen sich die alten, bekannten Lebensräume. Sie weckten erbauliche Erinnerungen und ermunterten uns im Sommer 2017 auf den Spuren der Eltern das Baltikum zu bereisen.

Malwine Neumann, geb. Thiel und Udo Thiel

29336 Nienhagen, Butterstieg 16

NACHRUF

Reis mit Beethoven

Knapp 100-jährig starb in Rom die Ostpreußin Vera Macht – Mutter, Zeitzeugin und Künstlerin

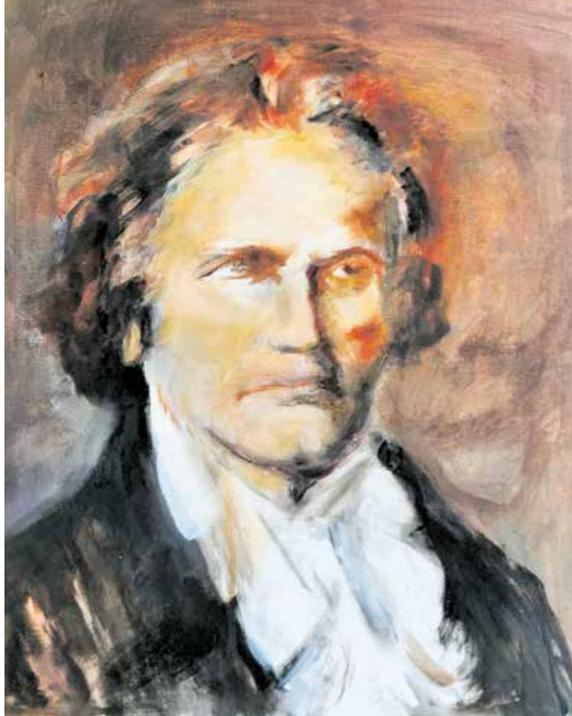
VON WOLFGANG THIELKE

Optimismus war ihre Lebensphilosophie: „Covid? Ihr habt den Krieg nicht erlebt!“ Was Vera Macht, geboren am 25. Oktober 1920 in Rostken, Kreis Johannisburg, nicht erschrecken konnte, war letztlich entscheidend für ihren Tod am 24. September dieses Jahres in Rom. Sie erkrankte zwar nicht an Covid, litt aber unter der Ausgangs- und Kontaktsperre des Lockdowns in Italien. Der Verzicht auf die täglichen Spaziergänge, die fehlenden Besuche und das physische Fernbleiben von Töchtern und Enkeln bereiteten den Boden für ihr unerwartetes Ableben. Nein, sie wollte eigentlich nicht so früh sterben, sie wollte nicht nur die 100 erreichen und an diesem Tag öffentlich Beethovens Apassionata spielen – nicht in Rom, wo sie lebte, sondern in New York.

Apassionata in New York zum 100.

Vera Macht hatte ihr Leben lang Ziele. Und sie hatte bis zuletzt unerschöpfliche Kraft und ungebrochenen Lebensmut. Sie hinterließ vier Töchter, vier Enkel und drei Urenkel. Sie malte hunderte, vielleicht sogar tausende Bilder, schrieb Gedichte und das Buch „Von Saratow nach Sindeldorf“, die Geschichte ihrer Familie.

Vera Macht war tüchtig und resolut. Tüchtig, weil sie ohne finanzielle Unterstützung durch den Vater ihre vier Töchter großgezogen hat. Sie hatte den Lebensunterhalt durch Nähen und Bildermalen verdient. Resolut, weil sie vor Gerichten in Allenstein und Bialystok gegen eine polnische Zeitschrift, die Lügengeschichten über ihren Vater verbreitete, die Unterlassung und eine öffentliche Entschuldigung erstritt. Und weil sie, mehr Preußin als Deutsche, bis ins hohe Alter ihrer Heimat treu blieb. Weil sie am Geschehen in Ortelsburg [Szczytno] rege teilnahm, selbst Initiativen ergriff und dort mit schwer verdientem Geld für die



Werke einer ostpreußischen Künstlerin: Das Beethoven-Porträt ist Vera Machts letztes Gemälde

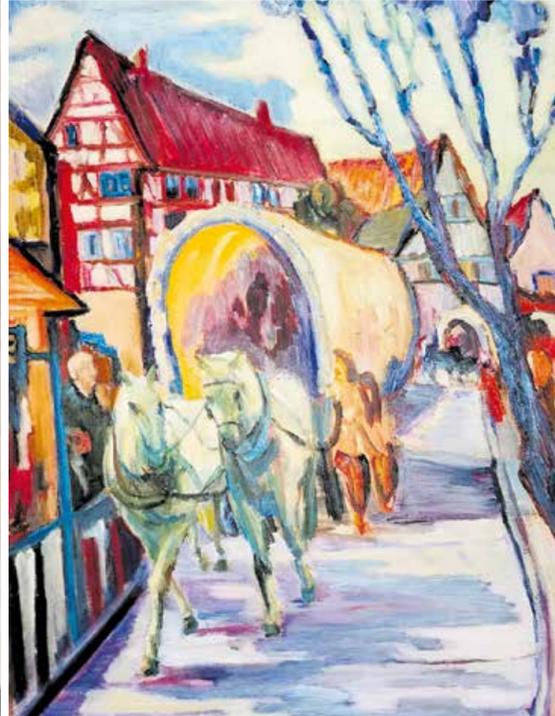


Foto: Thiele

Anschaffung von Musikinstrumenten im Gymnasium sorgte.

Geboren und aufgewachsen in einer Zeit unsäglicher Armut und Hoffnungslosigkeit, in einem Land, das schwer unter den Folgen des Krieges litt, hatte Macht das Glück, eine unbeschwertere Jugend zu verbringen. Sie durchschwamm mit 13 Jahren den großen Haussee bei Ortelsburg, profilierte sich als Turnerin, fuhr Ski und Schlittschuh und bestand das Abitur am Ortelsburger Lyzeum mit Auszeichnung, ohne dem nationalsozialistischen Bund Deutscher Mädel (BDM) anzugehören. Und für die Zeit unter dem Nationalsozialismus unmöglich, studierte sie, zunächst in Königsberg, später in Italien.



„Covid? Ihr habt den Krieg nicht erlebt!“

Vera Macht
Im Kreis Johannisburg
geborene Künstlerin

Vera Macht, die neben Deutsch bereits Französisch und Russisch sprach, studierte in Perugia Italienisch. Hier entdeckte sie auch ihre Passion, die Kunst.

Kunststudium in Rom

Sie zog nach Rom, lernte dort das Bildermalen an der Kunstakademie, doch dann zerstörte der Zweite Weltkrieg ihre Ziele. Mit ihrem Ehemann, dem Kunstprofessor Giuseppe Minardo, einem gebürtigen Sizilianer, flüchtete sie vor den herannahenden Alliierten nach Ostpreußen. Doch die Sicherheit war nur von kurzer Dauer, wieder floh sie, diesmal vor der Roten Armee, mit Mann und dem kleinen Sohn nach Italien zurück. Auf der Flucht wurde Sohn Giovanni Opfer eines Beschusses durch

alliierte Tiefflieger, auf dem weiteren Marsch nach Rom waren die Flüchtlinge den Untaten von Partisanen ausgesetzt.

Das Leben in Rom war alles andere als erträglich. Räumliche Enge und die ständige Anwesenheit der sizilianischen Familie ihres Mannes brachten zusätzliche Sorgen. Am Ende von psychischem Terror und physischer Bedrohung trennte sich Vera Macht von Giuseppe Minardo. Um zu überleben, kopierte und verkaufte Vera Macht die Bilder alter Meister und berühmter Maler, produzierte Miniaturen, meist nachts, wenn die Kinder schliefen. Geldmangel, oft aus betrügerischer Absicht der Käufer resultierend, war ständiger Gast der Familie. „Als einmal ein säumiger Zahler sein Versprechen nicht hielt und den Lohn schuldig blieb, gab es nichts zu essen“, erinnert sich Olga Minardo, die jüngste Tochter. „Aber es war noch etwas Reis vorhanden. Also gab es gekochten Reis, aber nicht am Tisch, sondern wir Kinder mussten im Schneidersitz auf dem Teppich sitzen, den Reis mit Stäbchen essen, während unsere Mutter auf dem Klavier dazu Beethoven spielte.“

Vera Macht liebte Beethoven. Sie spielte und malte ihn. Ihr letztes Bild von ihm zeigt einen ernst, fast zornig blickenden Komponisten.

Mit Vera Macht ging nicht nur eine fürsorgliche, großartige Mutter und eine talentierte Künstlerin verloren. Vera Macht war eine der wenigen Zeitzeuginnen mit einem unerhört präzisen Gedächtnis. Jahreszahlen, Ereignisse, Namen sowie bedeutende wie unbedeutende Erlebnisse konnte sie exakt wiedergeben. Vielen schlecht oder nachlässig recherchierten Berichten und Artikeln in Medien widersprach sie in Leserbriefen vehement. Besonders scharf kritisierte sie immer wieder die Art und Weise, wie in Polen über die deutsche Vergangenheit in den Oder-Neiße-Gebieten geschrieben und berichtet wird, und rügte die „unterwürfige“ Haltung der deutschen Bundesregierung dazu.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

„Ein großer Held mit Makel“

Nach Missbrauchsvorwürfen: Breslau erkennt Kardinal Gulbinowicz am Tag der Trauermesse die Ehrenbürgerwürde ab

Am 16. November verstarb Henryk Kardinal Gulbinowicz, Erzbischof Emeritus der Diözese Breslau, im Alter von 97 Jahren. Zehn Tage davor wurde er ins Klinikum in der Weidebrücker Straße [ul. Kamieńskiego] mit einer Lungenentzündung eingeliefert. Sein Tod sei ganz ruhig eingetreten, das Herz habe aufgehört zu schlagen, berichtete Wojciech Witkiewicz, Klinikumsdirektor und seit 35 Jahren Leibarzt des Kardinals, im Radio Breslau.

So ruhig sein Tod auch gewesen sein mag, kurz davor war es umso lauter um den Breslauer amtierenden Erzbischof der Jahre 1976 bis 2004 geworden. Denn Anfang November informierte die Apostolische Nuntiatur, also die diplomatische Vertretung des Heiligen Stuhls in Polen, dass es Kardinal Gulbinowicz verboten sei, öffentliche Gottesdienste zu feiern und an öffentlichen Veranstaltungen teilzunehmen. Zudem wurden ihm seine bischöflichen Insignien wie der Bischofsstab, das Brustkreuz, der Bischofsring oder die Mitra abgenommen. Auch darf er nun nicht im Breslauer Dom beigesetzt werden.

Im Kommunikant der Nuntiatur heißt es, dies sei Folge eines Verfahrens in Sachen sexuellen Missbrauchs und seiner

Mitarbeit bei der kommunistischen Staatssicherheit.

Im Mai 2019 wurden Anschuldigungen eines früheren Schülers der Franziskanerschule in Liegnitz [Legnica] publik, dass Gulbinowicz ihn vor drei Jahrzehnten sexuell missbraucht habe. Die Staatsanwaltschaft sah wegen Verjährung davon ab, eine Untersuchung einzuleiten. Im Herbst 2020 wurden zudem Auszüge aus Akten bekannt, die der polnische Staatssicherheitsdienst (SB) über ihn geführt haben soll. Demnach habe der SB versucht, Gulbinowicz als jungen Priester, der „aktiver Homosexueller“ war, zur Mitarbeit zu erpressen. Einer Publikation im Magazin „Polityka“ zufolge soll er bei regelmäßigen Geheimdiensttreffen Auskunft über andere Geistliche gegeben haben. Es heißt, Gulbinowicz habe seit Ende der 70er Jahre, nachdem Karol Wojtyła zum Papst gewählt worden war, die Mitarbeit verweigert.

Der 1923 in Szukiszki bei Wilna [Vilnius] geborene Gulbinowicz wird von vielen Breslauer Solidarność-Kämpfern verehrt. Der langjährige Breslauer Oberbürgermeister Rafal Dutkiewicz sagte, dass er den Kardinal in guter Erinnerung behalten möchte. Dank ihm konnten, so Dut-



Henryk Kardinal Gulbinowicz

kiewicz, 80 Millionen Zloty Mitgliedsbeiträge der Solidarność vor der Konfiszierung durch die Kommunisten gerettet werden. Diese Summe entsprach vor 30 Jahren dem Wert von etwa 160 Polski Fiats. Das Geld wurde von drei Solidarność-Aktivistinnen mit List von der Bank abgehoben und zum Erzbischof gebracht. Dieser konnte das Geld in US-Dollar umtauschen. Es gibt Rechnungen, die

dokumentieren, dass dieses Geld für die Miete einer Druckerei, für Lager und einen Radiosender ausgegeben wurde. Breslau unterstützte zudem die Solidarność-Bewegung in Krakau, Świdnik bei Lublin und Bielitz-Biala [Bielsko-Biala]. Einer, der bei der Aktion dabei war, ist Stanislaw Huskowski, von 2001 bis 2002 Oberbürgermeister von Breslau. Für ihn bleibt Gulbinowicz ein Held der Breslauer Solidarność. „Er ist für mich ein großer Held mit Makel. Aber Menschen ohne Makel gibt es nicht, von wenigen Heiligen abgesehen. Er ist für mich eine große Persönlichkeit, die jedoch voller Schwächen war“, so Huskowski, der von 2013 bis 2015 Staatssekretär im Ministerium für Verwaltung und Digitalisierung war.

Gulbinowicz bleibt deutschen Breslauern in Erinnerung als derjenige, der die Überreste des letzten deutschen Erzbischofs der Diözese Breslau, Adolf Kardinal Bertram, in den Dom zurückholte. Auf seine Initiative wurden 1991 die Gebeine des 1945 verstorbenen Bertrams von Jauernig im Bezirk Freiwaldau im tschechischen Mähren-Schlesien in die Kathedrale Johannes des Täuflers überführt. Die späte Trauerfeier hielten der in Breslau-Deutsch-Lissa [Wrocław-Leśnica] gebo-

renen Joachim Kardinal Meisner, der Krakauer Kardinal Franciszek Macharski und Henryk Kardinal Gulbinowicz, der Bertram mit den Worten empfing: „Du bist in die Breslauer Kathedrale zurückgekehrt. Du hast hier gefehlt.“

Keine Beisetzung im Dom

Gulbinowicz bleibt ein Platz im Breslauer Dom verwehrt. Am 19. November wurde eine Trauerfeier in der heutigen Universitätskirche gehalten. Nur wenige haben daran teilgenommen. Die Übertragung im Internet verfolgten jedoch 1500 Menschen. Die Trauermesse hielt Erzbischof Józef Kupny. „Ich hoffe, der Heilige Stuhl hat die Vorwürfe gründlich geprüft und dass seine Entscheidung kein Urteil über seine Person, sondern Ausdruck einer menschlichen Redlichkeit ist. Diese gilt denen, die in der Vergangenheit Leid und Unrecht erfahren haben. Ihnen gelten Worte der Entschuldigung“, sagte er. Die Beisetzung fand außerhalb der Breslauer Diözese statt und wird wie der Begräbnisort auf Bitten der Angehörigen dauerhaft unbekannt bleiben. Am Tag der Trauermesse hat die Stadt Breslau Gulbinowicz den Titel des Ehrenbürgers aberkannt.

Chris W. Wagner

ZUM ERSTEN ADVENT

Vorweihnachtszeit in Pommern

Was wäre die schöne, lichtvolle Adventszeit ohne die althergebrachten Rituale

Kaum eine andere Zeit im Laufe eines Jahres versetzt uns so in Freude und lässt alle traditionellen Vorbereitungen zu einem jährlich wiederkehrenden unverzichtbaren Ritual werden. Das wird in vielen Familien wie selbstverständlich zelebriert, stets gewürzt mit Erzählungen: Weißt du noch, damals. Zumeist startete alles mit dem Backen der Weihnachtsspezialitäten. Die alten Rezepte wurden hervorgeholt und es dauerte nicht lange, bis der vertraute Duft dieses ganz besonderen Gebäcks durchs Haus duftete. Gerade in diesem Corona-bedingt „sehr speziellen“ Jahr möchten wir noch mehr an Althergebrachtem und Vertrautem festhalten. Deshalb tauchen Sie bitte ein in die Adventsaktivitäten im alten Pommern. Genießen wir alle doppelt die Zeit der Lichter. Die Stettiner Adventsrose vermittelt dabei heimatliche Stimmung.

Dem schönsten und besinnlichsten der Feste gingen wochenlang Vorbereitungen voraus. Es fing im Herbst mit der Schlachtereian, so dass zum Fest dann gut abgehangene Braten, duftende Spickgänse, all die guten Wurstsorten, und andere Spezialitäten für den eigenen Tisch und die vielen Weihnachtspakete fertig waren.

Viel Überlegung brauchten auch die mancherlei Wunschzettel. Die jungen Mädchen, die meist jahrelang auf den Höfen waren, wünschten sich als Hauptgeschenk immer Aussteuerwäsche, sie fingen an mit Bettwäsche, Handtüchern, Tischwäsche, dann kam der Silberkasten und zum Schluss Kaffee- und Essservice. So war es schon zu Großmutterzeiten

und so war es noch bei unserm letzten Weihnachtsfest in der Heimat. Es blieb jedes Jahr noch nebenbei so viel übrig, dass Geschenke zum sofortigen Gebrauch dabei waren.

Lichterfunkelnde Schummerstunde

Aber wie stolz waren sie auf ihre gut gefüllten Aussteuerkisten, mit denen sie dann getrost den Start in den eigenen Hausstand wagen konnten. Solange die Kinder klein waren, wurden auf dem eigenen Hof Pferdeställe und Bollerwagen, Puppenbettchen, Schiebkarren und Pieschlitten hergestellt, sie überdauerten Generationen. Weihnachtsbesorgungen wurden in der nächstgelegenen Stadt oder in der Kreisstadt gemacht.

Im Dezember, zur Zeit des Hengstmarktes, auch in Stettin, der schönen Landeshauptstadt. Da traf sich dann das ganze Land und es blieb neben der Veranstaltung reichlich Zeit für den Weihnachtsmann. Schon die ganze Adventszeit war in den Häusern des Dorfes alles festlich geschmückt und jede Mutter sah darauf, dass Zeit blieb zum Licht anstecken am Adventskranz und zum Singen aller lieben alten Lieder. Die lichterfunkelnde Schummerstunde war besonders schön bei knackendem Frost und leise fallenden Schneeflocken, in den Händen duftende Pfeffernüsse.

Zutaten in Settern angerührt

Jeder hatte seinen alten ererbten Schatz an Familienrezepten, die zum Fest alle wieder gebacken wurden. Urgroßmutter Ausstecher, die dicken Thorer, weiße und braune Pfeffernüsse, darinnen all die Gewürze mit den klingenden Namen:

Cremor Tartari (Weinstein), Koriander, Kaneel. Später kamen die Mürbchen dazu, Heidesand, Spekulatius, Marzipan und Nougat. Keine Arbeit wurde gescheut, kein Backtag war zu lang.

In Pommern wurden die Zutaten in Settern angerührt, das sind riesengroße irdene Schüsseln. Den Stollenteig dagegen in den hölzernen Backmulden, den



Die Stettiner Adventsrose

Foto: B. Kleszczewski

„Müllen“. Teig, der abends glatt und „schiefer“ eingerührt, an den noch warmen Ofen geschoben wurde, war morgens, wenn man die weißen Backlaken abnahm, kraus und unbeschreiblich gut duftend. Er war „kurz“ und ließ sich herrlich verarbeiten. Trotz ihres reichlich großen Pflichtenkreises ließ sich keine pommersche Landfrau bei ihren Backvorbereitungen

jagen. Alles geschah „sinnig“, trotzdem flink und immer blieb Zeit, drei segensbringende Kreuze mit der Hand in den Teig zu drücken.

Landkinder, die sich sonst am liebsten ordentlich den Wind auf dem Eis um die Ohren pusten ließen, wurden ganz zahm, wenn sie helfen durften. Leider, leider wurde dabei immer gesungen, so dass es ein Kunststück war, Kandis, Mandeln oder Sukkade in ungehörigen Mengen zu naschen. Ebenso von dem Teig, den sie alleine zu Figuren formen durften. War zu viel Teig in den Magen gewandert, entschloss sich der kleine Sünder, dass eigentlich Pfeffernüsse viel idealer wären als Weihnachtsmänner, die so viel Teig zum Gedeihen brauchten.

Julkapp alter Brauch in Pommern

In die Nacht des kürzesten Tages, dem Julabend, dem Fest der Wintersonnenwende, fällt der Julklapp-Brauch. Mit dem Ruf „Julklapp“ warf man in die Stuben von Verwandten und Freunden ein riesiges Paket mit einem kleinen Geschenk und einem selbstverfassten Gedicht darin. Der Geber versuchte nach Möglichkeit unerkannt zu entkommen. Diese Julklappsitte hat die bekannte schwedische Parallele.

Es ist aber nicht erwiesen, dass dieser alte Brauch in Pommern aus dem Schwedischen stammt, da das Gebiet des Pommerschen Julklapp-Brauches nach Westen und Osten weit über das alte schwedische Herrschaftsgebiet hinausreicht und der Brauch noch weitere Parallelen hat.

Brigitte Stramm
(gelesen in alten pommerschen Aufzeichnungen)

AKTIVE BAPTISTENGEMEINDE

Christliches Zentrum in Stettin – ein Zwischenstand



Die Baptistenkirche in Stettin, einst in der Johannisstraße 4, heute heißt die Straße Ul. Stoislawa 4

Vor fünf Jahren wagten Mitglieder der Baptistengemeinde in Stettin von Unmöglichem zu träumen – in ihrer Stadt ein Christliches Zentrum zu schaffen, das nicht nur ihre lokale Gemeinde, sondern auch Polen und die umliegenden Länder beeinflussen wird.

Es war eigentlich wirklich unmöglich, da nur 25 bis 30 meist ältere Menschen die Gottesdienste besuchten. Es ging jedoch nicht darum, was wir tun konnten, sondern was Gott zu tun imstande war. Er beauftragte die örtliche Regierung, uns die ehemalige baptistische Kapelle zu übergeben, die nach dem Zweiten Weltkrieg beschlagnahmt worden war und Jahrzehnte nicht gepflegt wurde. Das Gebäude war in einem schrecklichen Zustand, als es an uns gegeben wurde, aber es befand sich im Stadtzentrum. Die Renovierung sollte 4,5 Millionen PLN (etwa eine Million Euro) kosten. Zu diesem

Zeitpunkt hatten wir nur 80.000 PLN (weniger als 18.000 Euro) auf unserem Konto. Im Glauben daran, dass unser Gott, der 2 Fische und 5 Brote vermehrt hat, auch in diesem Fall ein Wunder vollbringen kann, beschlossen wir, dem Herrn dorthin zu folgen, wohin er uns führte.

Jetzt, fünf Jahre später, stehen wir kurz vor dem Abschluss der Renovierung des Gebäudes. Wir haben bereits 5,2 Millionen PLN (1,16 Millionen Euro) ausgegeben. Noch vor fünf Jahren hätte jeder gesagt, dass das unmöglich ist! Eine kleine Gemeinde mit 30 Personen, deren durchschnittliches individuelles Monatseinkommen etwa 450 bis 500 Euro betrug, hat bis 2020 über eine Million Euro ausgegeben.

Die Kosten stellten sich höher als erwartet heraus, und zwar aus zwei Gründen. Erstens: Die Preise für Baumaterialien sind gestiegen. Zweitens: Wir mussten Bauarbeiten durchführen, die uns zusätzlich 240.000 Euro gekostet haben. Die zusätzlichen Arbeiten mussten wegen der alten Holzkonstruktion des oberen Teils des Gebäudes durchgeführt werden. Vor 150 Jahren war das obere Stockwerk durch einen Brand beeinträchtigt worden und inzwischen auch durch Holzschädlinge und Feuchtigkeit geschwächt.

Nach Angaben der Baufirma werden die Arbeiten im Februar 2021 abgeschlossen sein – es wird das 175-jährige Bestehen unserer Gemeinde sein. Wir werden noch etwa zwei bis drei Monate benötigen, um alle Arbeiten wie Anstrich, Fliesenlegen, Einbau von Waschbecken, Duschen, Toi-

letten, Beschaffung von Bänken, Kauf von Möbeln usw. abzuschließen.

Wir haben kein Geld dafür. Tatsächlich haben wir nicht genug Geld, um die Baufirma für die Fertigstellung der Arbeiten zu bezahlen. Aber das ist für uns nichts Neues. Dieses Projekt war für uns eine Glaubensreise. Es gab Zeiten, in denen wir kein Geld hatten, um eine Rechnung zu bezahlen, aber Gott rührte die

Wir hätten wahrscheinlich nie eine so starke Präsenz und einen so großen Segen erfahren, wenn wir nicht seiner klaren Führung und seinen Bestätigungen gefolgt wären, um mit dem Projekt zu beginnen.

Durch das Projekt habe ich erstaunliche deutsche Geschwister von der „AG Stettin“ getroffen und mit ihnen zusammengearbeitet, die selbstlos und großzüg-



Das Innere der Baptistenkirche: Dort wurden nach dem Zweiten Weltkrieg Wohnungen gebaut. Im Juli 2002 wurde das Gebäude an die Baptistengemeinde Stettin übertragen

Herzen einiger Menschen und das Geld kam, oft gerade noch rechtzeitig.

Am Anfang war es sehr anstrengend, auf der Grundlage des Glaubens zu arbeiten, aber Gott hat sich als treu erwiesen.

gig ihre Zeit und ihr Geld eingesetzt haben, um uns bei der Renovierung des ältesten baptistischen Kirchengebäudes in Polen zu helfen. In gewisser Weise sind sie Nachfolger von Johann Gerhard On-

Volkstrauertag

Dreifaches Gedenken

Am 15. November war Volkstrauertag, diesmal aber ganz anders als sonst. Wegen der Corona-Schutzverordnungen durften öffentliche Gedenkveranstaltungen nicht stattfinden. Seit 25 Jahren legt der Bund der Vertriebenen in Anklam Kränze und Gebinde am Gedenkstein für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft, Flucht und Vertreibung nahe dem Steintor nieder. Das war diesmal nur mit je zwei Personen erlaubt. Dennoch kamen gegen 10.30 Uhr außer Manfred Schukat und Friedhelm Schülke auch der Landtagsabgeordnete Dr. Matthias Manthei, die beiden CDU-Stadtvertreter Steffen Göritz und Hannes Campe sowie Stadtvertreter Friedrich Baumgärtner und legten jeweils ein Blumengebinde nieder.

Danach ging es zur Gedenkdacht der Evangelischen Kirchengemeinde um 11.15 Uhr am ehemaligen Wehrmachtsgefängnis und am Nachmittag zur Kriegsgräbergedenkstätte des Landes MV auf dem Golm/Usedom. Auch dort durfte keine öffentliche Gedenkveranstaltung stattfinden. Einige der ständigen Besucher kamen individuell zur sonst üblichen Zeit gegen 14.00 Uhr, darunter der SPD-Kreistagsabgeordnete Dr. Günter Jikeli und Frau, die beiden Leiter der Jugendbegegnungsstätte Kamminke, Kinga Sikora und Mariusz Siemiakowski, sowie Vertreter des Landkreises Vorpommern-Greifswald, Lars Bergemann aus Wolgast und einige andere Besucher. Verbindend für dieses dreifache Gedenken war jeweils das gemeinsam gesprochene Vaterunser – wenn auch auf Abstand und mit Mundschutz. Manfred Schukat, Bund der Vertriebenen in Vorpommern e.V.

● **Info in Deutschland** Arbeitsgruppe „Christliches Zentrum Stettin“ – Friedemann Gillert: Telefon (0173) 9874723; Karl-Heinz Schlag: Telefon (0172) 3856608; E-Mail: info@christliches-zentrum-stettin.de – www.Christliches-Zentrum-Stettin.de

Pastor Dr. Robert Merez

„Wer soll uns dann noch schützen?“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Recht oft lese ich Ihre Zeitung und empfinde Ihren Abstand zum gegenwärtigen Zeitgeist als angenehm“

Gerhard Basedow,
Dannenberg



Ausgabe Nr. 46

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

KEINE SCHNELL-ZÄHMUNG ZU: DIE SPALTUNG BLEIBT (NR. 46)

Donald Trump, der 45. (Noch-)Präsident der USA benimmt sich zurzeit wie ein angeschossenes Tier, das ganz wild um sich schlägt, beißt, kratzt und auch sehr schlimme Verletzungen zufügen kann. Wahlsieger Joe Biden kann im Augenblick nur eines tun: sehr beruhigend auf Trump einzuwirken, der noch bis zum 20. Januar 2021 im Amt bleibt.

Mit einer Schnell-Zähmung dürfte wohl kaum zu rechnen sein, eher im Gegenteil. Was uns ein Biden überhaupt zu bieten hat, das wird er uns vermutlich erst im Januar des nächsten Jahres so ganz richtig zeigen können; nach seiner Amtseinführung, falls eben alles nach Plan laufen sollte. *Riggi Schwarz, Büchenbach*

WIR SCHAFFEN ES EHER NICHT ZU: MAN LIESS IHN GEWÄHREN (NR. 45)

Der Untertitel „Wenig Aufregung um einen Mord – ein radikaler Moslem tötet ...“ sagt ja schon alles über die Beschaffenheit der Politik und der geläufigen Presse. Es erscheint üblich, dass es regelmäßige Gewalttaten vonseiten radikaler Muslime gibt. Es wird akzeptiert als der Preis, der gezahlt wird für eine bunte Republik.

Nach der Aussage „Wir schaffen das!“ sieht jeder, dass wir es nicht schaffen. Hinzu kommt, dass eher über rechte Radikale in Bundeswehr und Polizei gefaselt wird. Also wer soll uns dann noch schützen, wenn vor allem findige Anwälte jeden Gewalttäter an Jahren herunterrechnen? Da ist auf einmal ein 25-Jähriger 17 Jahre alt. *Karl M. Hemmersbach, Köln*

EIN VERRÜCKTES GESCHÄFT ZU: WIDERSTAND GEGEN PIPELINE FÜR US-FLÜSSIGGAS (NR. 45)

Jean-Claude Juncker (ehemaliger EU-Kommissionspräsident) traf Donald Trump, um mit ihm einen Deal auszuhe-

cken, der die Lieferung von Fracking-Gas in die EU vorsieht. Dieser Deal von Juncker wurde hinter verschlossenen Türen vorher in Brüssel vereinbart (mit wem, weiß keiner?), ohne dass die Öffentlichkeit davon unterrichtet oder die Presse verständigt wurde. Jetzt wird in Brüssel die entsprechende Terminal für die Anlieferung des Gases gebaut.

Drei Millionen Euro sind bereits geflossen. An wen in der EU wird sonst noch geliefert? Oder sind wir mal wieder die dummen Einzigsten? Und das alles vor dem grünen Hintergrund, dass in ein paar Jahren Deutschland gänzlich auf fossile Energieträger verzichten soll. Total verrückt. Das ist auch einer der Gründe, warum die Briten die EU verlassen haben. Sie wollen nicht fremdbestimmt werden. Recht haben sie. *Alex Schnell, Steinau*

GANZ SPANIEN DEN MUSLIMEN? ZU: SYMBOLE DER EROBERUNG (NR. 43)

Bei einem Aufenthalt in Cordoba besuchten wir auch die ehemalige Mezquita, die Kaiser Karl V. in eine Kathedrale umwandeln ließ. In einer Ecke des Gebäudes sind Bauteile der von den Muslimen geschleiften westgotischen (christlichen) Kirche ausgestellt, auf deren Grund die Moschee errichtet wurde. Außerdem gibt es im Boden einige verglaste Gitter, durch welche die Fundamente der zerstörten Kirche des Heiligen Vinzenz zu sehen sind.

Der Kathedrale gegenüber auf der anderen Seite des Guadalquivir erhebt sich die Brückenfestung La Calahorra, die heute als „Haus der drei Kulturen“ fungiert. Dort erklärte uns ein Angestellter, den wir auf die Forderungen der Muslime angesprochen hatten, dass diese nicht nur die Rückgabe der Mezquita verlangten, sondern ihm ins Gesicht gesagt hätten, dass ganz Spanien ihnen gehöre.

Die Zeiten des muslimischen Übermuts in Al Andalus sind zum Glück für Juden und Christen lange vorbei. Dazu schreibt der britische Historiker Raymond Carr 2007 in seiner „Historia de

España“, dass es damals Massaker an den Ungläubigen gegeben habe, die alternativ auch zu Tausenden als Sklaven nach Marokko deportiert worden seien: „Die Idee, dass das mittelalterliche Spanien in irgendeinem Sinn das war, was wir heute als tolerante Gesellschaft erkennen könnten, ist ein Mythos der liberalen modernen Einbildung.“

Toleranz gab es nicht einmal unter den Muslimen selber. Der gelehrte Aristoteleskenner Ibn Ruschd, dessen Denkmal heute im ehemaligen Judenviertel von Cordoba steht, musste wegen Religionsfrevler nach Kairo fliehen.

Immerhin haben die Spanier die Reconquista nicht vergessen. So wurde 2012 in Santa Elena am Südhang der Sierra Morena zur Erinnerung an die entscheidende Schlacht von Las Navas de Tolosa im Jahr 1212 gegen die Mauren ein Museum mit Aussicht auf das Schlachtfeld eröffnet. Die Museumsleiterin war mit meiner spanischen Sicht der Ereignisse sehr einverstanden und gab mir Gelegenheit, was wir in Cordoba über die muslimische Arroganz erfahren hatten, an andere Spanier weiterzugeben.

In Torquemada, nicht weit von Valladolid, verwickelte uns ein alter Priester in ein Gespräch über die Zeit, als Spanier und Deutsche einen gemeinsamen Herrscher hatten; in Badajoz schenkte uns die Direktorin des Museums beim Abschied zwei Ausstellungskataloge ihres Hauses zur iberischen Epoche. Offenbar hat in Spanien das Bürgertum noch ein positives Verhältnis zur eigenen Geschichte und Kultur. *Adolf Frerk, Geldern*

TIERARZT ALS GEBURTSHELFER ZU: GEBURTSTUNDE DER ZIVILEN LUFTRETTUNG (NR. 42)

Ihr Bericht über die Anfänge der zivilen Luftrettung wird vielen Lesern einen Einblick in die Entstehung und Entwicklung dieses humanitären Rettungsdienstes geben, dennoch möchte ich gern eine Lücke schließen. In dem letzten Satz erwähnen Sie so nebenbei, dass sich inzwischen

auch die Bundeswehr mit dem SAR-Dienst tummelt.

Dazu ein paar Worte über meine Tätigkeit in diesem Dienst: Seit 1960 war ich als SAR-Pilot im Rettungsdienst der Marine tätig. Wir flogen bei jedem Wetter und auch nachts, denn der zivile Rettungsdienst ist bis heute nur sehr bedingt einsetzbar. Bei schlechten Sichtverhältnissen oder nachts springt nach wie vor der SAR-Dienst der Bundeswehr ein.

Hier ein kurzes Erlebnis aus meiner Zeit: Im sogenannten Schneewinter 1978/79 hatte ich zwei Ärzte an Bord, die ich nachts zu Patienten zu fliegen hatte. Die Ziele waren Bauernhöfe, die auf der Straße nicht zu erreichen waren. Als wir bei dem ersten Hof landeten, sagte der dort aussteigende Arzt: „Ihr könnt mich in einer halben Stunde wieder abholen. Ich habe nur einen Kaiserschnitt zu machen, dann bin ich fertig.“ Danach sprach ich den noch weiter mitfliegenden zweiten Arzt an, und meinte, ein Arzt könne doch eine Frau nach einem Kaiserschnitt nicht einfach sich selbst überlassen, und bekam von ihm die Antwort: „Er ist Tierarzt, muss zu einer Kuh.“ Dann war ich zufrieden. *Gerhard Hahl, Altenholz*

MARSCHALL AUS SAND ZU: VERGÄNGLICHE MYTHEN AUS SAND (NR. 39)

Gerade von einer dreiwöchigen Reise nach Usedom zurückgekehrt, fand ich in der PAZ vom 25. September den Artikel über die Strandkunst von Ahlbeck, über den ich mich sehr gefreut habe, war ich doch zum wiederholten Mal Zeuge dieser jährlichen künstlerischen Aktion. Zwar befindet sich, wie beschrieben, die Ausstellung auf einem Platz direkt an der deutsch-polnischen Grenze, aber vereinzelt gibt es selbst Sandfiguren abseits davon, etwa in Heringsdorf. Erfreulich ist zudem, dass man sich auch auf der polnischen Seite an der Aktion beteiligt, wie etwa eine Sandskulptur des Marschalls Pilsudski im Kurpark von Swinemünde zeigt. *Wolfgang Reith, Neuss*

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Was Ihnen der Staat alles wegnehmen kann und wie Sie sich davor schützen

EXKLUSIV
Die Horrorkarte der Steuern und Abgaben: 41 Möglichkeiten, wie sich Olaf Scholz Ihr Geld holen wird!

■ In der EU und in Deutschland werden Billionen Euro zur Bewältigung der Corona- und Wirtschaftskrise benötigt. Doch die Staaten sind klamm. Deshalb fordern jetzt viele Politiker: Ran an die Immobilien und ran an die Privatvermögen.

Niemand ist vor Enteignungen sicher, das gilt heute mehr denn je!

Der Staat wird unzählige Möglichkeiten nutzen, um an die Ersparnisse der Bürger zu gelangen. Bestsellerautor Michael Grandt erklärt auf der Basis von rund tausend Quellen alle Enteignungsgesetze, die heute schon gelten, und hat für Sie zusammengestellt, welche Maßnahmen zu erwarten sind. Herausgekommen ist eine »Horrorkarte der Steuern und Abgaben«. Eine Liste mit 41 denkbaren Wegen der Geldbeschaffung. **Durch diese Liste wissen Sie schon heute, wo der Staat morgen bei Ihnen abkassieren kann.**

Wussten Sie zum Beispiel, dass

- ein »Lastenausgleich« und eine »Vermögensabgabe« bereits im Grundgesetz stehen?
- ganze Wirtschaftsbranchen enteignet werden können?
- Sie auch ohne direkte Enteignung Ihr ganzes Hab und Gut verlieren können?
- man Sie dazu zwingen kann, Ihr Grundstück zu bebauen und sogar ein Darlehen dafür aufzunehmen?
- Behörden leer stehende Wohnungen zwangsvermieten können?

- Ihr Mietrecht enteignet und Sie aus Ihrer Wohnung geworfen werden können?

Michael Grandt beantwortet viele brisante Fragen, über die Sie bewusst nicht aufgeklärt werden:

- Weshalb kennt kaum jemand das wichtigste Finanz-Enteignungsgesetz und warum wird öffentlich darüber geschwiegen?
- Was haben Reichsnotopfer, Wehrbeitrag und Hauszinssteuer mit unserer heutigen Situation zu tun?
- Weshalb ist eine Zwangshypothek auf Ihre Immobilie jederzeit möglich?
- Welches ist der »gefährlichste« Artikel im Grundgesetz?
- Wer ist eigentlich der »Enteignungsminister« der Bundesregierung?
- Wie ist es möglich, dass man mit der verschwiegenen CAC-Klausel Ihre gesamte Altersvorsorge enteignen kann?
- Was bedeuten die »Notstandsgesetze«, die Ihre Grundrechte in unglaublicher Weise einschränken, gerade in der heutigen Zeit?

Bringen Sie Ihr Vermögen rechtzeitig in Sicherheit. Michael Grandt zeigt Ihnen im Detail, was zu tun ist!

Michael Grandt: Vorsicht Enteignung!
gebunden • 316 Seiten • Best.-Nr. 981 800 • 22,99 €

KOPP VERLAG
Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

ADVENT

Kein Verzicht aufs Brauchtum

Zu Besuch in Göteborg– Die Schweden lassen sich die Zeit vor Weihnachten durch Corona nicht vermiesen

VON ANDREAS GUBALLA

Der „Schwedische Weg“ zur Corona-Bekämpfung sollte holprig werden. Fuhr die Regierung bis vor Kurzem noch eine moderate Linie, so will man jetzt ausgerechnet mit Beginn der Adventszeit härtere Maßnahmen durchsetzen. So ganz entspannt blicken die Schweden also nicht mehr auf die anstehenden Feiertage. Immer mehr Adventsmärkte fallen im Dezember aus, darunter der landesweit beliebteste: der Liseberg in Göteborg.

Dabei wird die Adventszeit in Schweden sehr geschätzt und von vielen sehnlich auch deswegen erwartet, weil man weiter alte weihnachtliche Brauchtümer pflegen kann. Mit dem Schein aller Kerzen in den Häusern und Fenstern, den mit Lichtern versehenen Tannenbäumen und den winterlich dekorierten Straßen und Schaufenstern erhellt der Advent den ansonsten sehr dunklen Monat Dezember. Auch in Schwedens zweitgrößter Metropole Göteborg herrscht eine ansteckende Vorweihnachtsstimmung, sobald das Fest der Feste näher rückt.

Wenn die Dunkelheit des Winters sich über den Fluss Göta älv senkt und die Tage immer kürzer werden, breitet sich für einige Wochen eine wundervolle Atmosphäre in der Stadt aus. Es gibt wenig, was die Göteborger im Dezember lieber tun, als über die Weihnachtsmärkte zu bummeln, schönen weihnachtlichen Melodien zu lauschen oder die Stunden mit Einkäufen in den weihnachtlich dekorierten Geschäften zu verbringen, wengleich erstmals mit Mund-Nasen-Schutz.

Der Julbock an der Straßenecke

Die meisten Geschäfte sind innerhalb des Wallgrabens (Vallgraven) zu finden. Vom Einkaufszentrum Nordstan aus ist es nur einen Katzensprung zum Gustav-Adolfs-Platz, benannt nach dem Stadtgründer Gustav II. Adolf, der im Dreißigjährigen Krieg bei Lützen gefallen ist. An diesem Platz steht traditionell der größte Weihnachtsbaum der Stadt. Umrahmt wird er von einem Weihnachtsmarkt, auf dem es Süßigkeiten, Pfefferkuchen und Glögg, die schwedische Version des Glühweins, mit Mandeln und Rosinen, gibt.

An vielen Ständen wird der Julbock aus Stroh – ein klassisches Mitbringsel auch für das deutsche Weihnachtszimmer



Am 13. Dezember gehen den Schweden mehrere Lichter auf: Traditionelles Luciafest im Göteborger Hvitfeldtska Gymnasium

– direkt für den Besucher angefertigt. Das Stroh wird so lange gefaltet, gebunden und gekürzt, bis es die Form des Schafbocks bekommt. Der Julbock ist das älteste schwedische Weihnachtssymbol und begegnet dem Göteborg-Besucher an jeder Ecke. Geformt aus Tannenzweigen steht der Bock vor fast jedem Geschäft. Sogar mannshohe Exemplare lassen sich in der Stadt entdecken.

Zu den eigenen, neueren Weihnachtstraditionen gehören das weithin bekannte blaue Licht, das seit einigen Jahren die Prachtstraßen und Gebäude erhellt, die Krönung der Lichterkönigin Lucia am 13. Dezember und die riesige weihnachtliche Bildershow an der Fassade des Kunstmuseums am Götaplats. Von hier aus erstreckt sich auch die Weihnachtsmeile über der Kungssportsavenyn, dem Hauptboulevard der Stadt, und der Straße Östra Hamngatan bis hinunter zum Hafen. Etwa in der Mitte liegt die Winterlandschaft. Hier gibt es eine Eisbahn für Schlittschuhläufer, und es treten Chöre in der Form eines Weihnachtsbaums auf.

Ausgefallene Weihnachtswünsche lassen sich in den Geschäften um Järntorget, Linnéstaden, Haga und Vasastaden am ehesten erfüllen. Dorthin gelangt man am besten mit der Straßenbahn. Hier gibt es autofreie Straßen mit Kopfsteinpflaster und netten kleinen Läden. Trotz Pandemie sind die meisten Restaurants geöffnet. Die Einheimischen treffen sich dabei gerne in der in einer Jugendstil-Markthalle untergebrachten „Fischkirche“ oder in einem der vielen gemütlichen Cafés zu Speis und Trank.

Der Gnom mit Zipfelmütze

Beim Einsetzen der Dämmerung setzt das größte weihnachtliche Lichterspektakel des Nordens – „Jul på Liseberg“ – ein. Fast fünf Millionen Lichter in den Bäumen und an den Gebäuden sowie 700 Weihnachtsbäume verleihen dem Ganzen in normalen Jahren einen unvergleichlichen Charme. An etwa 80 Ständen findet man dann erlesenes Kunsthandwerk sowie Delikatessen, Schals, Rentiermützen – und „Tomtes“: Der Gnom erinnert mit seinem

langen, weißen Bart und der Zipfelmütze an den mitteleuropäischen Weihnachtsmann. Dabei bewacht der Gnom eigentlich Bauernhöfe. Geschenke bringt er zwar nicht, aber gut sollte man sich trotzdem mit ihm stellen: Ein schlecht gelaunter „Tomte“ im Haus bringt dem schwedischen Aberglauben zufolge Unheil.

Nach Feierabend wurde es früher in Liseberg voll. Auf einen Glögg oder eine Runde auf der Eisbahn zog es viele Göteborger in den Park. Die Restaurants servierten ein Weihnachtsbüfett, und auch die beliebte Eisgalerie und -bar war geöffnet. Doch auf diese Mischung aus weihnachtlichen Düften, Glögg- und Pfefferkuchenständen und Lichterglanz muss man diesmal verzichten. Wegen Corona ist der Liseberg-Park geschlossen.

● **Weihnachtsstadt Göteborg** Das Göteborg Touristbüro bietet ein preiswertes Weihnachts-Paket mit Übernachtung, Frühstücksbüfett und Göteborg-Pass an. Telefon: 0046 31612500, E-Mail: turistin@fgoteborg.com, www.goteborg.com

QUEDLINBURG

Wo dem Ganzen die Krone aufgesetzt wurde

Von Heinrich I. über Klopstock bis Feininger – Eine kleine Stadt am Nordharz schreibt Geschichten

Mitteldeutschland und ganz besonders Sachsen-Anhalt ist so reich an Geschichte und Geschichten, dass es eigentlich immer ein Jubiläum zu feiern gibt, manchmal mehrere gleichzeitig. Quedlinburg im Nordharz macht da keine Ausnahme. Vergangenes Jahr feierte es 25 Jahre UNESCO-Welterbetitel, 30 Jahre Friedliche Revolution und 110 Jahre Krönung Heinrichs I. zum ersten deutschen König. Nebenbei gliederte sich die Stadt mit den 2000 vorbildlich sanierten Fachwerkhäusern auch noch ins Jubiläum 100 Jahre Bauhaus ein.

Dabei erinnert zuerst die – derzeit wegen Corona noch geschlossene – Lyonel-Feininger-Galerie zu Füßen des Schlossbergs an den von Walter Gropius 1919 als Meister ans Bauhaus in Weimar berufenen Künstler. Die 1986 eröffnete Sammlung des Quedlinburger Kunstfreunds Hermann Klumpp dokumentiert Feininger

Schaffensperioden aus den Jahren 1906 bis 1937. Zu sehen ist auch jener Fahrradtyp, mit dem der 1871 in New York geborene deutsch-amerikanische Künstler die Dörfer Thüringens und der Ostsee erkundete, um sie zu verewigen.

In den Fokus der 21.500-Einwohner-Stadt rücken in diesem Zusammenhang auch unbekannte Bauten der Moderne von Expressionismus bis Bauhausstil nur wenige hundert Meter vom Stadtzentrum entfernt. Zum Beispiel jene von Herbert Puls wie die Kapellen von Servatii- und Marktfriedhof, die Wohnhäuser der Breitscheidstraße und das Wohnhaus des Architekten in der Wallstraße 30.

Altbekannt ist dagegen, dass dem Luidolfinger Heinrich I. 919 in Quedlinburg die Königskrone aufgesetzt wurde. Just in dem Moment, als er am Finken- beziehungsweise Vogelherd den Singvögeln



Fachwerkjewel: Quedlinburg

nachstellte. So jedenfalls die Legende. Als Heinrich I. 936 mit 60 Jahren in der Kaiserpfalz Memleben verstarb, stand er auf dem Höhepunkt seiner Macht.

Als erster anerkannter Herrscher über die sich vereinigenden deutschen Stämme der Sachsen, Franken, Schwaben, Bayern und Lothringern war er der Gründer des ersten Einheitsstaates unserer Nation. Seine Grablage befindet sich in Quedlinburg, seiner Lieblingspfalz, in der Krypta der Stiftskirche St. Servatii neben seiner Gemahlin Königin Mathilde. Heute ist das Heinrichs-Grab jedoch leer.

Literaturfreunden sei auch ein Besuch des Klopstockhauses nahegelegt. Hier am Schlossberg wurde 1724 der Dichter des „Messias“ geboren. Im April will man das Museum wieder öffnen. Helga Schnehagen

● **Internet** www.quedlinburg.de

● MELDUNGEN

Busreise nach Königsberg

Frankfurt/Main – Der Online-Reiseveranstalter trendtours stemmt sich (noch) unermüdet gegen die Krise in der Reisebranche. Trotz vieler Reiseabsagen wird das an sich schon als Billiganbieter bekannte Unternehmen nicht müde, immer wieder neue noch günstigere Angebote aufzulegen. Zu den jüngsten gehört eine siebentägige Busreise nach Königsberg in Ostpreußen, die auch die Schönheiten der Bernsteinküste und den Charme der Städteperlen Thorn und Posen mit einschließt. Von April bis August kommenden Jahres ist dieses Erlebnis für Schnellbucher schon ab 399 Euro zu haben. Sofern es denn stattfindet. Bei Reiseausfall zum Beispiel wegen eines erneuten Corona-Lockdown inklusive Grenzschießung setzt man auf Verschiebung und Alternativangebote. Über die genauen Kostenrisiken sollte sich der Reisende daher vorab genau erkundigen. Infos unter: www.trendtours.de *H. Sch.*

Schutz gegen Covid-Ausfall

Kiel – Der Studienreisenanbieter Gebeco bietet allen Reisenden noch mehr Reise-Sicherheit. Mit dem Versicherungsschutz Covid Protect reagiert Gebeco auf das gestiegene Absicherungsbedürfnis der Reisenden im Zusammenhang mit Covid-19 und möglichen Quarantäne-Fällen im Reiseland. Dank dieses neuen Schutzes in Kooperation mit AXA Partners entstehen während einer Gebeco-Reise keine zusätzlichen Kosten, die im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie anfallen könnten. Für alle Gebeco-Reisen mit Abreisen bis zum 31. Dezember dieses Jahres ist die Versicherung Covid Protect bereits automatisch inkludiert und im Reisepreis inbegriffen. Die Versicherung ergänzt übliche Reiseversicherungen und greift während des Aufenthalts im jeweiligen Reiseland. Der Versicherungsschutz kommt zum Beispiel zum Einsatz, wenn aufgrund einer Quarantäne oder einer Pandemie-/Epidemie-Erkrankung vor Ort Kosten anfallen würden. Die Leistungen von Covid Protect reichen von einer Notfall-Hotline, die rund um die Uhr und sieben Tage in der Woche erreichbar ist, sowie einer App mit ärztlicher Teleberatung bis zur medizinischen Rückführung in ein deutsches Krankenhaus (sofern keine medizinischen Gründe oder sonstigen regulatorischen Vorschriften wie Flugverbote dagegensprechen). Eine gewöhnliche Reiserücktrittskostenversicherung oder Reiseabbruchversicherung ersetzt Covid Protect nicht. „Darüber hinaus empfehlen wir allen unseren Gästen, ihren üblichen Versicherungsschutz zu prüfen und gegebenenfalls die bekannten Reiseversicherungen zu buchen. Dies geht direkt bei uns oder im Reisebüro“, empfiehlt Michael Knapp, Geschäftsführer von Gebeco. Das Kieler Reiseunternehmen sorgt darüber hinaus für weitere Maßnahmen wie ein differenziertes Hygienekonzept und ein weltweites Sicherheitsnetz aus Partnern und Reiseleitern vor Ort. Für alle neuen Buchungen, die bis zum 31. Dezember mit Abreise bis zum 30. September 2021 eingehen, gilt, dass Reisen bis 60 Tage vor der Abreise kostenlos umgebucht oder storniert werden können. Weitere Infos im Internet unter: www.gebeco.de *tws*

● FÜR SIE GELESEN

Beunruhigende Diagnose

Schon seit Längerem verschwinden hierzulande immer mehr konventionelle Arbeitsplätze. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Zeitarbeiter, Solo-Selbstständigen, Mini-Jobber, Crowdworker – und wie die oft digitalen Tagelöhner sonst noch auf Neudeutsch heißen mögen – kontinuierlich zu. Diesem Phänomen widmet sich Michael Opczynski in seinem Buch „Restposten. Sind unsere Jobs noch zu retten?“

Darin beschreibt der ehemalige Leiter und Moderator der ZDF-Sendung „WISO“ die Veränderungen unserer Arbeitswelt und schildert die Chancen und Risiken, welche sich daraus ergeben. Dabei überwiegen ganz offensichtlich die Letzteren – auch und gerade in der Corona-Krise, die hier wie ein Brandbeschleuniger wirkt, während der Staat komplett machtlos scheint.

Bei dieser beunruhigenden Diagnose will es der Autor aber nicht belassen. Deshalb gibt er permanent Ratschläge, „wie wir selbst den Wandel mitgestalten und für eine humane Zukunft sorgen können“. Die atmen freilich zu meist einen völlig unangebrachten Optimismus und suggerieren darüber hinaus, dass diejenigen, welche auf der Verliererseite stünden, nur unfähig seien, die Revolution auf dem Arbeitsmarkt aktiv mitzugestalten und am Ende von ihr zu profitieren. Opczynski hat also ein wichtiges Thema aufgegriffen, es aber auf wenig hilfreiche Art bearbeitet.

Wolfgang Kaufmann



Michael Opczynski: „Restposten. Sind unsere Jobs noch zu retten?“, Benevento Verlag, München/Salzburg 2020, gebunden, 206 Seiten, 22 Euro

Gegner von Amazon

Johannes Bröckers ist ein erklärter Gegner der Methoden, mit denen Amazon, Google und Co. von ihrem „kostenlosen Schürfrecht“ Gebrauch machen. Im Buch „Alexa, ich mach Schluss mit Dir!“ kritisiert er, wie Amazon den „wichtigsten Rohstoff“, unsere Daten, sammelt und unsere privaten Leben gewinnbringend kapitalisiert.

Amazon habe am Corona-Lockdown am kräftigsten verdient. Das Vermögen von Jeff Bezos, dem Chef des Unternehmens, sei von März bis Mai um 35 Milliarden Dollar gewachsen. 2026 könnte er gar der erste Billionär der Menschheitsgeschichte werden. Bröckers kritisiert die Geschäftsphilosophie von Amazon. Über die Rücksichtslosigkeit gegenüber Konkurrenten, Mitarbeitern und Kunden wurde bereits berichtet. Einen Ausweg aus der Amazon-Falle sieht Bröckers in einem „Tempolimit für das Netz“, da immer schnelleres Wachstum nicht zuletzt die Umweltziele des „Green-New-Deal“ schade.

MRK

Johannes Bröckers: „Alexa, ich mach Schluss mit Dir! Nichts wie raus aus der Amazon-Beziehungsfalle“, Westend Verlag, Frankfurt/Main 2020, broschiert, 96 Seiten, 8,50 Euro



Fische verarbeiten wie Profis

Bevor ein Fang auf den Tisch kommt, sind einige Schritte und Kenntnisse über die richtige Zubereitung nötig. Jens Müller zeigt, wie es geht.

FOTO: SHUTTERSTOCK



Rund um frischen Fisch Wie werden Fische und Meeresfrüchte richtig ausgenommen, geschuppt und haltbar gemacht? Lars Müller, Fischwirtschaftsmeister und Berufsschullehrer, ist der geeignete Fachmann, um

Anglern, aber auch Profis alles über Entgrätung, Filetierung und Lagerung von frischen Meerestieren zu vermitteln. Vom Werkzeug bis zur Technik gibt es viele nützliche Tipps mit reicher Bebilderung.

MRK

Lars Müller: „Fisch und Meeresfrüchte verarbeiten, haltbarmachen, vermarkten. Handbuch für Produzenten, Händler und Genießer“, Stocker Verlag, Graz/Stuttgart 2020, gebunden, 160 Seiten, 22,90 Euro

DEUTSCHE GESCHICHTE

Prostken ist überall

Anhand der Figur eines Eisenbahners schildert Arno Surminski einschneidende Jahre

VON KLAUS WEIGELT

Arno Surminski wird mit dem Thema des historischen Wahnsinns, der Gewalt und des Krieges nicht fertig. Es ist sein Lebenssthema. In dem Antikriegsroman „Der lange Weg“ stellte der Autor das Thema des Russlandfeldzugs Napoleons 1812/13 in die historische Distanz und erlaubt dem Leser eine die eigene Existenz nicht berührende, beobachtende Sicht.

In seinem neuen Roman „Irgendwo ist Prostken“ (siehe auch die Besprechung vom 21. August) wird diese Distanz aufgehoben: Der Geschichtsverlauf vom Ersten Weltkrieg über die Weimarer Zeit und den Sieg der braunen Bewegung und des Antisemitismus bis zum Zweiten Weltkrieg, dem Hauptteil des Buches mit allen Schrecken und Verbrechen bis zum Niedergang, geht den Leser unmittelbar etwas an – je weiter die Geschichte vorrückt, umso mehr.

Die Personalisierung dieser Geschichte in dem Erleben und Handeln des Lokführers Wilhelm Bubatz rückt die eigene Haltung mehr und mehr ins Zentrum: Der Leser kann nicht neutral bleiben, er wird zur Positionierung veranlasst. Wer Bubatz für seine Entscheidungen oder Nichtentscheidungen, für seine Neutralität oder sein Wegducken kritisiert, muss sagen, wie er in seiner Situation gehandelt, geredet, gedacht hätte. So ist Prostken nicht irgendwo, sondern überall.

Bubatz ist pflichterfüllender Preuße, der wie alle Deutschen schuldig wird, ohne dass er selbst aktiv an Verbrechen beteiligt ist. Aber seine Züge sind überall mittelbar beteiligt, sie sind Instrumente der Logistik, wo auch immer die Transporte von Menschen, Nahrungsmitteln, Energie (Kohle) und Material aller Art, vor allem für den Krieg, ihr Ziel haben.

Die befehlenden Herren, die Verantwortlichen, kommen nur selten in den Blick – der Kaiser, der Reichspräsident, der Führer – und so fühlen sich die Pflichterfüllenden, wie Bubatz, zunehmend verlassen, aber schuldig, versuchen, sich zu entziehen, was nicht immer gelingt, auch nicht als Flucht in eine längere Krankheit.

Prostken ist überall, wo das Buch heute gelesen wird. Es erzählt die Tragik der deutschen Geschichte: das Verschwinden des Kaisers und seines Reiches, Inflation, Lebensunfähigkeit der Weimarer Republik und Vordringen der braunen Flut, Größenwahn und Niedergang des NS-Reiches und die SS-Verbrechen im Osten Europas.

Die grausamen Stationen für Bubatz sind Rumbula bei Riga, Maly Trostenez bei Minsk, Auschwitz und Birkenau. Dazu kommen Sachsenhausen, Theresienstadt, Stutthof. Der Lokführer durchfährt mitten im Krieg die ganze osteuropäische Topografie des NS-Terrors, an dem die Eisenbahn mit drei Millionen transportierten Opfern, vor allem Juden, beteiligt ist.

Aber er sieht auch den Bombenterror der Alliierten in Lübeck, Hamburg, Königsberg und Dresden. In Rumbula sieht er fröhliche Kinder aus dem Zug steigen, die sich sogleich an dem frischen Schnee erfreuen, ehe sie mit ihren Müttern von der SS am Waldrand erschossen werden. Vor Hamburg muss im Sommer 1943 der Zug einer Kinderlandverschickung halten. Die aus dem Harz kommenden fröhlichen Kinder sehen das brennende Hamburg und warten vor der Stadt auf ihre Mütter, viele vergeblich.

Surminski erzählt in seinem Roman als Rahmenhandlung die Geschichte der Familie Bubatz, deren Sohn Werner an der Ostfront steht. Der Wohnsitz wird nach Posen verlegt, die Hauptstadt des Warthegau, um dem ostpreußischen Prostken nä-

her zu sein. Dort verbringt man auch das letzte Weihnachtsfest 1944, ehe man gerade noch im Januar 1945 vor der heranrückenden Ostfront nach Posen zurückkehrt und von dort wieder nach Hamburg zieht, kurz bevor die Rote Armee Posen erreicht.

Der Roman enthält sehr viel gut recherchierte Eisenbahngeschichte, die zur Auflockerung der Erzählung beiträgt und dem Leser viel Wissenswertes vermittelt. Dem Lokführer Bubatz stellt Surminski den Heizer Piontek an die Seite, einen der polnischen Sprache mächtigen Oberschlesier aus Kattowitz, der viel Witz und Ironie in die Ereignisse einbringt, dem aber auch angesichts der Grausamkeiten das Lachen vergeht und der sich rechtzeitig absetzt, als er erkennt, dass man bald mit Polnisch weiterkommen wird als mit Deutsch.

Die Schuldfrage wird in dem Kapitel „Die Vernehmung“ kurz vor der Pensionierung von Bubatz durch drei gut gekleidete Herren, von denen der eine in Frankreich, der zweite in Italien und der dritte bereits im Ruhestand war, als die Schrecken über Osteuropa zogen, nicht geklärt. Sie konfrontieren Bubatz mit dem Vorwurf, dass ohne das Mitwirken von Eisenbahnern die Transporte und die Ermordung der europäischen Juden nicht möglich gewesen wären.

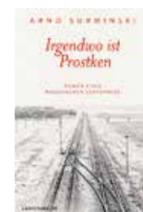
Bubatz denkt an seinen schon 1933 entlassenen Kollegen Rosenbaum und an Rumbula, schüttelt den Kopf und entgegnet: „Wer das sagt, weiß nichts von der Eisenbahn und den Zuständen in jener Zeit.“ Dennoch weiß er, dass er immer das Gefühl hatte, mit schmutzigen Händen nach Hause zu kommen. „Er konnte waschen, so viel er wollte, das Schmutzgefühl wollte nicht weichen.“

Die Meta-Tragik der Schuldfrage besteht darin, dass die hintergründigen Schilderungen Surminskis den oberflächlichen

modernen Otto Normal-Deutschen der Corona-geschwächten Spaßgesellschaft kaum erreicht. Wer macht sich heute schon solche Gedanken über die deutsche Geschichte wie Surminski oder sein Gewährsmann Bubatz?

Aber auch wer diese Tiefen nicht erreicht, lernt von Surminskis Lokführer in den 101 Kapiteln des Buches viel über drei Jahrzehnte deutsche Geschichte und über die Entwicklung des Bahnwesens in dieser Zeit. Zudem lenkt der Autor wie immer den Blick kontinuierlich auf deutsche Landschaften, die heute, gerade im 30. Jahr der deutschen Vereinigung längst der deutschen Geschichtsvergessenheit anheimgefallen sind: vor allem Ostpreußen mit seiner weiten Schönheit, aber auch der „polnische Korridor“ in den 1920er und 1930er Jahren, Pionteks Oberschlesien und die von den Nationalsozialisten geschändeten Regionen Litauens, Weißrusslands, der Ukraine und Polens.

Wer Surminski und seine Bücher kennt, weiß, dass sich hinter seinem oft trockenen Erzählstil des Berichts, der Schilderung, der lakonischen, manchmal ironischen Kommentierung, der distanzierten Betrachtung immer auch eine erkennbar betroffene Anteilnahme verbirgt, die seine Bücher und insbesondere dieses Buch seines Lokführers auszeichnet. Ein großes Buch eines großen Autors!



Arno Surminski: „Irgendwo ist Prostken. Roman eines masurischen Lokführers“, Langen-Müller Verlag, München 2020, gebunden, 384 Seiten, 24 Euro

● AUFGESCHNAPPT

Was ist jetzt das Richtige? Steuern rauf oder Steuern runter? Bundesfinanzminister Olaf Scholz ist sich da selbst nicht so sicher. Einerseits feiert er den Wegfall des alten „Soli“ für die meisten Steuerzahler als genau das richtige Signal in Krisenzeiten, andererseits forderte er schon im Mai einen neuen „Corona-Soli“ als Zusatzsteuer. In jedem Falle unterstützt der SPD-Kanzlerkandidat die großzügigen Hilfen für andere EU-Länder wegen Corona und ist ebenfalls ein Freund gemeinschaftlicher Schulden der EU. Mit dem Instrument könnte Italien dann Schulden auf den Bierdeckel der Deutschen machen. In Rom denkt man derzeit nicht über einen „Corona-Soli“ zulasten der eigenen Bürger nach, sondern über Steuererleichterungen. Die wären natürlich viel leichter zu stemmen, wenn Berlin Geld überweist, das aber irgendwo herkommen muss. Etwa über mehr Verschuldung oder über einen deutschen „Corona-Soli“, mit dem Scholz die Entlastung der italienischen Bürger mit Steuererhöhungen für deutsche Bürger finanzieren kann. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Ulrich Schödlbauer wundert sich über die Heftigkeit, mit der die Regierenden auf Kritiker der Corona-Maßnahmen losgehen, und lenkt auf seinem Blog „ulrich-schoedlbauer.iablis.de“ (22. November) den Blick aufs Grundsätzliche:

„Ein Land von Sicherheitsleuten, die nichts mehr fürchten als die Freiheit, von der sie behaupten, sie sei in Gefahr, seit sich ihre Verteidiger melden – das war mit Sicherheit nicht die Vision, die der Verfassung dieses Landes zugrunde liegt.“

Malte Lehming hat im Berliner „Tagesspiegel“ (23. November) eine eigene Erklärung dafür, warum Außenminister Heiko Maas so außer sich geriet wegen eines unangemessenen NS-Vergleichs auf einer Kasseler „Querdenken“-Demo:

„Der Verdacht drängt sich auf, dass es dem Bundesaußenminister nicht in erster Linie um die oft politisch motivierte Vereinnahmung der deutschen Vergangenheit geht. Ihn ärgert vor allem, dass sich dieser Strategie inzwischen auch rechte Politiker und Gegner der Anti-Corona-Maßnahmen bedienen.“

Für Rainer Bonhorst ist die 0:6-Niederlage der deutschen Fußball-Nationalmannschaft gegen Spanien kein Ausrutscher, sondern ein Spiegel des neuen deutschen Selbstverständnisses. Auf „Achtgut.de“ (19. November) schreibt er:

„Wir erlebten den neuen deutschen Mann: sanftmütig, zuvorkommend, alternativ. Die Spieler zeigten ihre feminine Seite. Sie grätschten nicht, sie traten nicht, sie schupsten nicht. Sie liefen freundlich neben den Spaniern her und weigerten sich, ihnen zu nahezutreten. Musterknaben der deutschen Gegenwartskultur. Wir erlebten den deutschen Pazifismus in seiner schönsten Gestalt. Angreifen gehört nicht zum Repertoire des Pazifisten.“

Ungarns Justizministerin Judit Varga wehrt sich im Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen“ (18. November) gegen Vorwürfe der EU-Spitze, ihr Land und Polen verstießen gegen Rechtsstaatsprinzipien:

„Wir haben den Rechtsstaatsbericht der Europäischen Kommission gesehen. Da kann von Objektivität leider keine Rede sein. Polen und Ungarn haben zu spüren bekommen, worum es wirklich geht: Nicht um Werte, sondern um gewöhnliche Erpressung von Ländern, die auf Feldern wie der Migration oder der Familie nicht der Mehrheitsströmung folgen.“

Alexander Wendt äußert auf „publico.mag“ (23. November) Verständnis für „Jana aus Kassel“, die sich auf einer Demo mit Sophie Scholl verglichen hat:

„Wo Hüttler als Adabei an jeder Ecke grüßt, stellt sich auch das Schollgefühl des Guten im Handumdrehen ein.“

● WORT DER WOCHE

„Im Namen von Corona werden autoritäre Regime noch mächtiger: Sie verwenden das Virus als Waffe.“

Gertrud Höhler, Literaturwissenschaftlerin und Politikberaterin, in ihrem neuen Buch „Die Corona-Bilanz: Die Würde des Menschen ist unantastbar“

DER WOCHENRÜCKBLICK

Ist Merkel zufrieden?

Wie ein Echo schmerzen kann, und wovor deutsche Politiker wirklich Angst haben

VON HANS HECKEL

Eine gewisse Hemmungslosigkeit und die Lust, Regeln und Konventionen zu übertreten, galt in Deutschland gut fünfzig Jahre lang als schick. Mit den 68ern nahm die Freude an der Provokation der „bürgerlichen Sitten“, die sowieso alle verlogen seien und bloß dem Machterhalt des „Establishments“ dienen, Fahrt auf.

Es musste ein halbes Jahrhundert vergehen, bis wir eine verblüffende Entdeckung machten. Die Hemmungslosen haben die ganze lange Zeit hindurch ein düsteres Geheimnis gehütet: Ihre Provokationen, Beleidigungen und Regelbrüche fußen auf dem festen Urvertrauen, dass die Provozierten, Beleidigten und Kujonierten es ihnen niemals mit gleicher Münze heimzahlen würden. Dass sie die anderen also nach Lust und Tollerei herausfordern könnten, ohne jemals auf ein ebenso derbes Echo zu stoßen.

So haben die Klimakampf-Extremisten von „Extinction Rebellion“ erst vergangenen Juli im geschützten Bereich des Reichstags eine illegale Flugblattaktion durchgeführt. Greenpeace-Krawallos erkletterten damals von außen das Gebäude und verhängten es mit einem Transparent. Und im vergangenen Jahr demonstrierten zwei Dutzend Aktivisten von „Fridays for Future“ sogar mitten im Plenarsaal unter den Augen von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble.

Die Aktionen im Gebäude konnten nur gelingen, weil Bundestagsabgeordnete ihre Gesinnungsgenossen hineingelassen hatten. Welche Parlamentarier das waren, hat aber niemanden so recht interessiert.

Jetzt jedoch haben ein paar Leute, die wohl als Gäste von AfD-Abgeordneten in den Parlamentssitz gelangt sind, ebenfalls nicht ordnungsgemäße Aktionen im Reichstag veranstaltet. Das Entsetzen kannte nun plötzlich keine Grenzen mehr, es war *das* Medienthema, Empörung allenthalben.

Ja, damit hatte wahrlich niemand gerechnet, das die „Rechten“ so was auch mal machen könnten. Ungeheuerlich! Ein Anschlag auf die Demokratie! Und, was die AfD-Einländer der Provokateure angeht, ein grober Verstoß gegen die parlamentarischen Gepflogenheiten. Sagen die, welche entgegen allen demokratischen Gepflogenheiten der AfD seit 2017 den Posten eines Bundestagsvizepräsidenten verweigern. Bemerkenswert.

Auch bei Demos ist das mit den Provokationen und Regelverstößen so eine Sache. Im Sommer waltete sich „Black Lives Matter“ über den Berliner Alexanderplatz. Nur ein Teil trug die vorgeschriebene Maske, es kam zu massiver Gewalt und Polizisten wurden wüst beschimpft („Ganz Berlin hasst die Polizei!“, „Nazis, Nazis!“). Wasserwerfer sahen wir trotzdem keine, und aufgelöst wurde die Versammlung erst nach vielen Stunden, als sowieso fast keiner mehr da war. Nun erinnern Sie sich an die Wasserwerferszenen von der „Querdenken“-Kundgebung vor ein paar Tagen. Oder die wütenden Medien- und Politikerkommentare gegen die Demo. Den massiven, ziemlich robusten Polizeieinsatz. Wie sich die Umgangsformen von Polizei, Politik und Medien doch ändern können.

Um nicht selbst in den Strahl der Wasserwerfer und medialen Dreckschleudern zu geraten, wäre es hilfreich zu wissen, wo eigentlich die Grenze verläuft zwischen denen, die hemmungslos handeln dürfen ohne Rücksicht auf Regeln, und jenen, die sich gefälligst zu betragen haben. Wer weiß die Antwort? Da fragen Sie am besten Rebecca Sommer. Die war früher als „Flüchtlingsaktivistin“ unterwegs und hat zwischenzeitlich die Seiten hin zur Regierungskritikerin gewechselt.

Zu ihrem eigenen Unglück hat Frau Sommer dabei aber nicht mitbekommen, dass ihr Spielraum in der neuen Rolle weitaus kleiner ausfällt als in der alten. So stellte sie als Besucherin Wirtschaftsminister Altmaier vor einem Aufzug im Reichstag aggressive Fragen, was die besagte Empörung auslöste. Hätte sie als „Flüchtlingsaktivistin“, die sie mal war, in gleicher Weise einen AfD-Abgeordneten angegangen, wären wir hingegen begeistert gewesen: „Engagierte Bürgerin stellt Rechtspopulisten im Reichstag zur Rede. Der flüchtet sich in den Fahrstuhl – erbärmlich!“

Bevor wir's vergessen, apropos „Nazis, Nazis!“: Heftiges Geflatter hatte, wie Sie sicher gehört haben, der Auftritt von „Jana aus Kassel“ zur Folge. Die hatte sich als Widerstandskämpferin vom Kaliber der Geschwister Scholl inszeniert, was gewöhnlicherweise – je nach Gemüt – Gähnen oder Grinsen auslöst. Nun aber kam die Vereinnahmung des NS-Widerstands von einer „Querdenkerin“. Das machte alles anders.

Sogar Außenminister Maas schaltete sich ein mit seiner Empörung über den schrägen Vergleich, womit wir en passant erfahren, dass es sich bei „Kassel“ offenbar um eine

—
Nun aber kam die Vereinnahmung des NS-Widerstands von einer „Querdenkerin“. Das machte alles anders



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

auswärtige Angelegenheit handelt. Aber woher der Aufruhr? Seit Jahrzehnten hatten wir uns doch daran gewöhnt, dass jeder Wicht sein Anliegen durch NS-Vergleiche aufzublasen pflegt, und dass der „Nazi“-Vorwurf so allgegenwärtig lauert wie Adolf Hitler im Abendprogramm des deutschen Fernsehens. Die kindische Respektlosigkeit gegenüber echten NS-Widerständlern spielte dabei ebenso wenig eine Rolle wie die Hemmungslosigkeit, Andersdenkende wahllos mit braunem Dreck zu bewerfen.

Doch nun ist alles anders, denn uns droht das ganz große Chaos. Seitdem Leute, die wir bislang eher auf Friedensdemos, Kirchentagen, Ostermärschen oder linken Kundgebungen „gegen den Polizeistaat“ vermuten durften, neuerdings Seite an Seite mit Schwarz-Rot-Gold-Trägern auf die Straße gehen, gerät alles durcheinander. NS-Vergleiche und Geschwister-Scholl-Phantasien schießen kreuz und quer durch die Reihen, vor nichts wird mehr Halt gemacht. Jeder, selbst einer wie Heiko Maas, muss sich neuerdings darauf gefasst machen, dass seine eigene Anmaßung mit ebensolcher Wucht auf ihn selbst zurückschlägt. Grauevöll!

Haben die Menschen denn vor gar nichts mehr Respekt? Doch, zu unserer Erleichterung steht im Mittelpunkt des Reiches ein Monument der Macht, dem niemand seine Anmaßungen vorzuhalten wagt. Sie ahnen, wen ich meine. So schreibt „Focus online“ vergangenen Dienstag, einen Tag vor der Konferenz der Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin zum Fortgang der Corona-Restriktionen: „Was wird aus Weihnachten in Deutschland? Diese Frage wird den Corona-Gipfel am Mittwoch bestimmen. In der Adventszeit jedenfalls läuft das öffentliche Leben weiterhin auf Sparflamme – die Länder wollen es so. Auch über die Regelungen an Weihnachten und Silvester haben sich die Ministerpräsidenten verständigt. Es bleibt die Sorge, ob Merkel zufrieden sein wird.“

Die „Sorge“, ob „Merkel zufrieden sein wird“? Nein, nein, jetzt kein NS-Vergleich mit Führerstaat und so! Es erinnert auch vielmehr an einen versteinerten Fürstenhof, an dem die devoten Schranzen den Saum der Gekrönten küssen in steter Furcht, der Huld der Gottgleichen verlustig zu gehen. Bis die Erlösung kommt: Majestät sind „zufrieden“. Dem Himmel sei Dank! Die Stellung bei Hofe mit all den prallen Pfründen bleibt erhalten. Deutschlands Demokratie im Herbst 2020.